



## 159. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 28. Januar 2022

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	5	<b>3 Innenstädte – neue Räume für die Zukunft</b>	
<b>1 Priorisierung bei PCR-Tests – wie geht es für die Schulen in NRW weiter?</b> .....	5	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14262	
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/16346 .....	5	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen Drucksache 17/16247 .....	27
Jochen Ott (SPD) .....	5	Jochen Ritter (CDU) .....	27
Claudia Schlottmann (CDU) .....	6	Andreas Becker (SPD) .....	28
Sigrid Beer (GRÜNE) .....	8	Stephen Paul (FDP) .....	29
Franziska Müller-Rech (FDP) .....	10	Johannes Remmel (GRÜNE) .....	30
Helmut Seifen (AfD) .....	12	Sven Werner Tritschler (AfD) .....	31
Ministerin Yvonne Gebauer .....	14	Ministerin Ina Scharrenbach .....	32
Jochen Ott (SPD) .....	15	Ergebnis .....	33
Sigrid Beer (GRÜNE) .....	16	<b>4 Stopp von 2G und Co. im Einzelhandel. Freiheit und Entschädigung für den stationären Einzelhandel!</b>	
Helmut Seifen (AfD) .....	17	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/16274 .....	33
Dr. Dennis Maelzer (SPD) .....	19	Christian Loose (AfD) .....	33
Minister Dr. Joachim Stamp .....	20	Oliver Kehrl (CDU) .....	35
<b>2 Landwirtschaftliche und energetische Nutzung mit Agri-Photovoltaik symbi- otisch in Einklang bringen</b>		Dietmar Bell (SPD) .....	36
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16282 .....	21	Ralph Bombis (FDP) .....	37
Jochen Ritter (CDU) .....	21	Johannes Remmel (GRÜNE) .....	38
Dietmar Brockes (FDP) .....	22	Minister Karl-Josef Laumann .....	39
Annette Watermann-Krass (SPD) .....	22	Christian Loose (AfD) .....	40
Wibke Brems (GRÜNE) .....	23	Ergebnis .....	40
Dr. Christian Blex (AfD) .....	24		
Ministerin Ursula Heinen-Esser .....	26		
Ergebnis .....	27		

**5 Innovationsland NRW: Intelligente Spezialisierung und konsequente Zukunftsorientierung möglich machen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16283..... 41

Thorsten Schick (CDU)..... 41  
Rainer Matheisen (FDP)..... 42  
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) ..... 42  
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) ..... 43  
Sven Werner Tritschler (AfD) ..... 44  
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ..... 45  
Rainer Matheisen (FDP)..... 46

Ergebnis ..... 47

**6 Steuergelder versinken in sog. Umweltstiftungen – Stiftungsunwesen aus Zeiten der rot-grünen Landesregierung jetzt beenden!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/16271 ..... 47

Dr. Christian Blex (AfD) ..... 47  
Dr. Ralf Nolten (CDU)..... 48  
René Schneider (SPD)..... 49  
Markus Diekhoff (FDP)..... 49  
Monika Düker (GRÜNE)..... 49  
Ministerin Ursula Heinen-Esser..... 50

Ergebnis ..... 50

**7 Abgabe eines Zwischenberichts des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V (Hochwasserkatastrophe) gemäß § 24 Absatz 5 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen (UAG NRW)**

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16280 – Neudruck

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16321 – Neudruck

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/16401 .....51

Thomas Schnelle (CDU).....51  
Stefan Kämmerling (SPD) .....52  
Dr. Werner Pfeil (FDP).....53  
Johannes Remmel (GRÜNE) .....54  
Andreas Keith (AfD) .....55  
Thomas Schnelle (CDU).....56

Ergebnis..... 56

**Entschuldigt waren:**

Minister Herbert Reul

Jörg Blöming (CDU)  
Frank Boss (CDU)  
Florian Braun (CDU)  
Björn Franken (CDU)  
Heinrich Frieling (CDU)  
Katharina Gebauer (CDU)  
Matthias Goeken (CDU)  
Daniel Hagemeier (CDU)  
Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)  
Jochen Klenner (CDU)  
Oliver Krauß (CDU)  
Bernd Krüchel (CDU)  
Dr. Patricia Peill (CDU)  
Charlotte Quik (CDU)  
Jochen Ritter (CDU)  
Hendrik Schmitz (CDU)  
Fabian Schruppf (CDU)  
Christina Schulze Föcking (CDU)  
(ab 13 Uhr)  
Daniel Sieveke (CDU)  
Rainer Spiecker (CDU)  
Raphael Tigges (CDU)  
Dr. Christian Untrierer (CDU)  
Simone Wendland (CDU)

Andreas Bialas (SPD)  
Inge Blask (SPD)  
Sonja Bongers (SPD)  
Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)  
Dr. Nadja Büteführ (SPD)  
Anja Butschkau (SPD)  
Susana dos Santos Herrmann (SPD)  
Hartmut Ganzke (SPD)  
Heike Gebhard (SPD)  
Gabriele Hammelrath (SPD)  
Michael Hübner (SPD)  
Hans-Willi Köfges (SPD)  
Andreas Kossiski (SPD)  
Hannelore Kraft (SPD)  
Carsten Löcker (SPD)  
Eva Lux (SPD)

Norbert Römer (SPD)  
Karl Schultheis (SPD)  
André Stinka (SPD)  
Marlies Stotz (SPD)  
Frank Sundermann (SPD)  
Stefan Zimkeit (SPD)

Angela Freimuth (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)  
Andreas Becker (GRÜNE)  
Arndt Klocke (GRÜNE)  
Norwich Rüße (GRÜNE)

Uta Opelt (AfD)  
Thomas Röckemann (AfD)  
Dr. Martin Vincentz (AfD)  
Markus Wagner (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)  
Frank Neppe (fraktionslos)



**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 159. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Geburtstag hat heute Karl Schultheis von der Fraktion der SPD. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

**1 Priorisierung bei PCR-Tests – wie geht es für die Schulen in NRW weiter?**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/16346

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 24. Januar gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Für die SPD-Fraktion spricht als erster Redner der Abgeordnete Herr Ott.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, den Lärmpegel etwas herunterzufahren. – Danke schön.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute gibt es Halbjahreszeugnisse in unseren Schulen – Gott sei Dank nur für die Schülerinnen und Schüler.

Es ist in dieser Woche eine seit 1945 niemals dagewesene Lage an unseren Schulen entstanden. Nach zwei Jahren voller Unsicherheiten – teils Verzweiflung und Ängsten, aber auch Verärgerung und Frust – erleben wir in dieser Woche einen Höhepunkt, indem erklärt wurde, dass das Testsystem über Nacht verändert wird.

Die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Kinder und Jugendlichen sind stinksauer. Nie brauchte gute Schule gutes Management mehr als heute.

Wir als Abgeordnete, als Mitglieder des Parlaments, die wir alle hier sitzen, tragen die Verantwortung und müssen diese auch übernehmen. Denn das Gebot der Stunde ist, nicht länger die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen.

Nie war ein kluges und vorausschauendes Handeln wichtiger als heute. Jetzt ist die Zeit, Sorge dafür zu

tragen, dass wir in dieser Situation die bestmöglichen, die sichersten Vorkehrungen für alle treffen.

Das Vertrauen in die Schulpolitik Nordrhein-Westfalens schwindet rapide.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Wolfgang Jörg [SPD])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kinder in unseren Schulen und die Beschäftigten in unseren Schulen haben ein Anrecht auf eine Perspektive, darauf, dass das Fahren auf Sicht endlich ein Ende hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Seit zwei Jahren müssen die Kinder in unserem Land zum Schutz anderer vulnerabler Gruppen – ihrer Großeltern – zurückstecken. Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung und auf körperliche wie geistige Unversehrtheit, ein Recht auf Bildung und Gesundheitsschutz, die keine Widersprüche sind. Das haben sich unsere Kinder nach den zwei schwierigen Jahren verdient.

(Beifall von der SPD)

Zunächst aber muss ich sagen, dass diese Situation natürlich für niemanden leicht ist. Da gibt es auch keine schnellen Lösungen, die man eben über Nacht umsetzen kann. Das ist klar. Das wäre für niemanden einfach, gar keine Frage.

Aber das Problem ist trotzdem hausgemacht, und es ist ein Problem dieser Landesregierung. Es wird Woche für Woche deutlich, dass dieser Landesregierung die Lernkurve fehlt.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Noch im Dezember hat Karl-Josef Laumann im Gesundheitsausschuss gesagt, dass es keine Probleme mit den Laborkapazitäten gäbe. Knapp sechs Wochen später stehen wir nun vor dieser Situation. Voraussicht sieht anders aus.

Da muss ich schon fragen, Frau Gebauer und Herr Laumann: Welche Vorbereitungen haben Sie denn getroffen? Was haben Sie denn getan, um Laborkapazitäten auszubauen? – Ich befürchte, nichts.

(Lachen von Bodo Löttgen [CDU])

Das müssen Sie sich jetzt als Kritik gefallen lassen.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Was jetzt an den Schulen passiert, ist natürlich der Super-GAU. Wer erst um 22:15 Uhr die Schulleitungen informiert, was am nächsten Tag gilt, die Medien aber schon am Nachmittag, der sollte sich besser fragen, ob er selbst die richtigen Priorisierungen setzt,

(Beifall von der SPD)

zumal der MPK-Beschluss nicht wirklich überraschend kam. Wir haben schließlich schon Tage vorher darüber spekuliert und beraten; Sie selbst haben das auch getan.

Aber Sie haben eben nichts im Vorfeld veranlasst. Die Labore haben Dienstagmorgen um 6 Uhr mitgeteilt, dass sie es nicht mehr schaffen. Dazu war gar keine MPK nötig. Seit mindestens einer Woche war Ihnen doch klar, dass die Labore in die Knie gehen würden.

Es hilft aber nichts. Jetzt geht es darum, möglichst Ruhe in das System zu bringen, Lehrerinnen und Lehrern die Ängste zu nehmen, die sie umtreiben, Eltern bestmöglich darüber zu informieren, wie es weitergeht.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Dazu bräuchte es allerdings eine Landesregierung, die die Schulpolitik endlich zum Hauptfach macht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Und das von der SPD!)

Dazu bräuchte es einen Ministerpräsidenten, der die Schulpolitik endlich zum Hauptfach macht.

(Beifall von der SPD)

Was muss jetzt passieren? – Am besten wäre es, die PCR-Einzeltests auszuweiten und zusätzliche Kapazitäten zu schaffen; keine Frage.

Wenn das nicht geht, ist klar, dass die Einzeltestungen von den Schulen nach Hause verlagert werden müssen. Wenn ein PCR-Pooltest positiv ist, müssen sich die Betroffenen zu Hause testen, bevor sie in die Schule kommen. Wir können den Lehrkräften nicht zumuten, alle Kinder selber in der Schule zu testen in dem Wissen, dass mindestens ein Kind positiv ist. Das ist ein bisschen wie Roulette spielen. Das geht so nicht, das müssen wir sofort ändern.

(Beifall von der SPD)

Eine mögliche Alternative wäre es, die Kommunen um Hilfe zu bitten und mit den Kommunen gemeinsam die Testzentren, wo es möglich ist, mit den Schulen zu verknüpfen. Die müssten dann natürlich morgens früher aufmachen. Vielleicht wäre das eine weitere Möglichkeit.

Die einzige andere Alternative wäre, die PCR-Pooltests an den Grundschulen wie auch an den weiterführenden Schulen auszusetzen und dann dreimal die Woche zu testen. Das ist nicht die beste Lösung für die kleineren Kinder, aber es wäre wenigstens eine Lösung.

Man müsste vielleicht auch prüfen, ob die Kinder der Eltern, die zu den vulnerablen Gruppen gehören, in Zukunft weiterhin PCR-getestet werden können, um so die Sicherheit zu erhöhen. Wir dürfen jedenfalls in dieser Situation nichts unversucht lassen.

Allerdings muss man immer wieder daran erinnern: Es wäre schön gewesen, wenn kombinatorische Pooltests, Pooltests insgesamt in großem Stil vorbereitet worden wären. Das ist nicht vorbereitet worden, obwohl insbesondere Karl Lauterbach im letzten Sommer immer wieder darauf hingewiesen hat.

(Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]:  
Jo! – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales: Genau!)

Es wäre schön, wenn Sie Tests eingekauft hätten, Herr Laumann, die die Kinder auch selber öffnen können. Das wäre sehr hilfreich.

(Beifall von der SPD)

Es geht aber nicht nur um die Frage der Tests, sondern es geht darum, sichere Strukturen und Szenarien für alle aufzubauen. Es geht auch darum, wie beispielsweise in Brandenburg einen Plan aufzustellen, der Stufen vorsieht. In Brandenburg nennt sich die Stufe 1 Regelbetrieb, die Stufe 2 nennt sich eingeschränkter Regelbetrieb, und die Stufe 3 ist der reduzierte Präsenzbetrieb. Dafür sind jeweils Hilfestellungen für die Schulen vorgesehen; sie wissen dann, wie sie agieren können.

Die Schulministerin von Brandenburg sagt dazu – ich zitiere –:

„Wir geben den Schulen hiermit den notwendigen Rahmen, um mit gesteigerten Krankheitsquoten der Lehrkräfte gut umzugehen‘ [...]. ‚Im Zentrum stehen die Möglichkeiten der jeweiligen Schule.““

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine Strategie, die auf die individuellen Gegebenheiten vor Ort eingeht, eine Strategie, die den Schulen Freiheiten ermöglicht und dafür einen sicheren Rahmen gewährleistet: Das Land ist in der Pflicht, Schulen bei der Ausübung ihrer Aufgaben verantwortungsvoll zu unterstützen. Sorgen Sie endlich dafür, dass das Schulministerium, die Landesregierung wieder Partner der Menschen in der Krise wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Schlottmann.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege Ott!)

**Claudia Schlottmann (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ott, ich habe so ein bisschen den Eindruck, als hätten Sie gerade den Untergrund des Abendlandes beschrieben:

(Zurufe von der SPD)

Seit 1945 war es noch nie so schlimm ...

(Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, wir haben das doch beim letzten Mal geklärt: Sie können alle reinschreien, so viel Sie wollen,

(Sarah Philipp [SPD]: Sie haben gar nichts geklärt!)

ich kann immer lauter. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der zweite Punkt ist: Ich lasse mir von Ihnen das Wort weder verbieten noch irgendeiner Weise abschneiden.

(Unruhe – Glocke)

Und Drittens – glauben Sie mir –: Ich bin „Fußballmutter“, ich kann auch 90 Minuten schreien.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Das dürfen Sie hier aber nicht!)

Es ist uns in der Pandemiezeit gelungen, einen weitgehend normalen Schulunterricht aufrechtzuerhalten.

(Lachen von der SPD)

Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären die Kinder am Küchentisch unterrichtet worden und hätten ein Gummiabitur gemacht. Das muss man sich einfach mal vor Augen führen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Welche Belastung das für die Schüler und Schülerinnen und für die Eltern gewesen wäre, ist doch überhaupt nicht mehr zu beschreiben!

(Sarah Philipp [SPD]: Warum schreien Sie so?)

– Weil Sie so laut schreien.

(Lachen von Rainer Schmelzter [SPD])

Nun zum Thema: Auch das Jahr 2022 wird durch das Coronavirus bestimmt; die Omikron-Variante breitet sich in einem rasanten Tempo aus. Wir werden mit Infektionszahlen konfrontiert, die ein Ausmaß erreicht haben, das uns zuvor so nicht bekannt war und das wir, obwohl wir bereits seit zwei Jahren in der Pandemie leben, so noch nicht erlebt haben.

Aufgrund dieses ständig steigenden Infektionsgeschehens und aufgrund der engen Kapazitäten in den Laboren wurde zu Beginn der Woche für ganz Deutschland beschlossen, die PCR-Tests auf vulnerable Gruppen und auf die Beschäftigten zu begrenzen, die diese betreuen, behandeln. Es steht

außer Frage, dass die Beschäftigten in Krankenhäusern und in der Pflege für uns alle oberste Priorität haben. Allerdings ist es eine herbe Enttäuschung, dass der Bundesgesundheitsminister die Schülerinnen und Schüler unseres Landes nicht ebenfalls als bevorzugte Gruppe benannt hat. Hier muss der Bund dringend nachsteuern und die Kapazitäten von PCR-Tests aufstocken.

(Nadja Lüders [SPD]: Die MPK!)

Sehr geehrte Damen und Herren, sprechen Sie doch einmal, bevor wir uns hier in Nordrhein-Westfalen attackieren, mit Ihrem Genossen Lauterbach.

(Nadja Lüders [SPD]: MPK steht für Ministerpräsidentenkonferenz!)

Damit würden Sie unserem Land wirklich einen großen Dienst erweisen und nicht einfach die Fakten verdrehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie schüren jedoch Zweifel an der Sicherheit von Schnelltests und stellen die Sicherheit an unseren Schulen und damit auch in unserer Gesellschaft infrage; schließlich sind die Schnelltests für den Großteil der Bevölkerung das entscheidende Mittel zur Identifikation von Coronaerkrankungen.

Sie haben ihren moralischen Kompass verloren. Sie versuchen, aus den Ängsten von Menschen politische Vorteile für sich zu ziehen. Das ist nichts anderes als politische Panikmache.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Anstatt uns hier über Ihre Polemik zu unterhalten, sollten wir vielmehr unseren Schülerinnen und Schülern danken.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Genau, sie haben Ihr Chaos ausgehalten!)

Sie haben unserer Gesellschaft in den letzten Monaten durch die engmaschigen Testungen einen Riesendienst erwiesen. Keine Gruppe der Bevölkerung wurde zuverlässiger getestet als unsere Schülerinnen und Schüler.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Nicht nur das: Sie waren es, die es in den letzten zwei Jahren nicht leicht hatten. Der Distanzunterricht, der Ausfall von vielen schulischen Aktivitäten wie Klassenfahrten oder Exkursionen oder einfach das soziale Miteinander auf dem Schulhof – all das dürfen wir nicht vergessen, sondern müssen es bei unseren Entscheidungen mitdenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch gerne noch einmal den Lehrerinnen und Lehrern danken, die seit Monaten zusätzlich zum Unterricht und allen weiteren Aufgaben das umfangreiche Testsystem an

den Schulen organisieren, vorbereiten und durchführen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben es uns zum Hauptziel gemacht, den Präsenzunterricht so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Deswegen haben wir in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten eine beispiellose Teststrategie insbesondere für Kitas sowie für Grund- und Förderschulen ermöglicht und damit Eltern, Erziehern, Lehrern und Kindern die größtmögliche Sicherheit gegeben.

Wir können die Tatsachen, die im Bund geschaffen worden sind, nicht ändern, und wir sind durch den Vorschlag des SPD-Bundesgesundheitsministers gezwungen, die Teststrategie anzupassen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das war ein MPK-Beschluss! Ihr Ministerpräsident hat das mitbeschlossen!)

Das tun wir nicht aus Überzeugung.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Liebe Kollegen, genau das ist unser Job: Wir müssen Lösungen für die sich ändernden Situationen finden, anstatt alles kaputtzureden.

(Zuruf)

Der Aufwand, den das nun geänderte Testverfahren mit sich bringt, ist immens. Wir müssen aber auch unter den geänderten Umständen die möglichst sicherste Strategie für unsere Schülerinnen und Schüler wählen. Bei aller Umstellung muss das immer das oberste Gebot bleiben.

Deutlich möchte ich auch noch machen: Bei unseren Förderschulen wird sich rein gar nichts ändern. Gerade diese Schülergruppe haben wir fest im Blick. Wir sind davon überzeugt, dass das optimierte Lolli-Testsystem an dieser Schulform am dringendsten benötigt wird.

Weiterhin kommen die Pooltestungen in den Grundschulen zum Einsatz. Sollte dann ein positiver Test dabei sein, wird mit einem Antigen-Schnelltest nachgetestet. Bereits 15 Minuten nach der Testung besteht damit Klarheit, wie es im Unterricht weitergeht.

Wir alle haben in den letzten Jahren gelernt, dass das Recht auf Bildung mit Präsenzunterricht am besten zu erfüllen ist. Gerade deswegen werden wir weiterhin alles dafür geben, diesen zu ermöglichen. Das wird vermutlich nicht die letzte, aber eine sehr wichtige Anpassung für das Unterrichtsgeschehen in dieser Pandemie bleiben.

An dieser Stelle bleibt mir noch, den Eltern zu danken, die in der letzten Woche durch das geänderte Testverfahren sicherlich noch einmal in eine besondere Situation gekommen sind. Ich glaube, wir alle wissen, was die Eltern, Schülerinnen und Schüler

und Lehrer in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön. Aber, meine Damen und Herren, wir sind in der Pandemie. Wir packen es an, und wir arbeiten daran. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Haben Sie heute oder gestern oder vorgestern schon mal Zeitung gelesen? – Dietmar Brockes [FDP]: Ihr Vorschlag vom Januar war wieder, die Lolli-Tests auszuweiten!)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Ministerin Gebauer, zu warten, bis das letzte Labor sagt: „Ich kann nicht mehr“, ist keine gute superkluge Politik. Zu warten, bis die letzte Schule gesagt hat: „Ich kann nicht mehr“, wäre eine superdumme Politik. Es ist auch grundsätzlich keine gute Idee, dass sich Kinder mit einem Virus infizieren, dessen Langzeitauswirkungen und die damit verbundenen Risiken nicht bekannt und noch gar nicht erforscht sind.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Zum Glück haben Kinder und Jugendliche überwiegend mildere Verläufe. Bei hohen Inzidenzen und hohen Zahlen sind aber schon rein mathematisch mehr Kinder dabei, deren Verlauf nicht mild ist. Expertinnen weisen eindringlich auf mögliche Langzeitfolgen hin, wie beispielsweise jüngst die interdisziplinäre Wissenschaftsgruppe um Julian Schmitz von der Uni Leipzig. Deshalb muss es unser Ziel sein und bleiben, auch bei Kindern und Jugendlichen die Infektionsrate so gering wie möglich zu halten.

Die Erklärungen, Frau Ministerin, die Sie nach dem Pooldesaster abgegeben haben, haben Eltern und Schulen nicht beruhigen können. Wenn nach einem positiven Pooltest alle in der Lerngruppe mit einem Schnelltest negativ getestet werden, dann bedeutet das, dass die Infektion nicht entdeckt ist. Aber alle sollen dann à la Schule as usual im Unterricht sitzen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das Unwohlsein bei Eltern und Kindern ...

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie widersprechen Herrn Lauterbach öffentlich!)

– Herr Löttgen, halten Sie sich doch an das, was Frau Schlottmann gerade gesagt. Hören Sie mal zu!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das Unwohlsein von Eltern und Kindern ist doch mit Händen zu greifen. Auch die Lehrkräfte sitzen nur noch mit ungutem Gefühl in solchen Situationen. Die



treuherzige Aufforderung der Ministerin, Eltern könnte ja, wenn das Pooltestergebnis positiv ausfällt, dann bitte mit einem Bürgertest direkt nachtesten, ist doch völlig realitätsfern.

Ihnen scheinen einmal mehr die Abläufe nicht klar zu sein. Wenn spätabends die Mail aus dem Labor kommt, dann sollen die Eltern, obwohl die Kinder eigentlich – hoffentlich – schon im Bett sind,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

mal schnell noch den Bürgertest machen. Wo denn bitte? Oder sie sollen sich morgens vor der Schule in einer Reihe anstellen, damit das vorweg gemacht worden ist. Was wollen Sie den Familien hier eigentlich weiter zumuten?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kopfschütteln ist noch das Mildeste, was Ihnen begegnet.

(Zuruf: Was wollen Sie ihnen denn zumuten?)

Ein eindringlicher Protest sind die weißen Tücher, die Grundschulen aus den Fenstern hängen.

(Marcel Hafke [FDP]: Was ist denn die Idee der Grünen? Schulen zumachen, oder was?)

Sie kapitulieren vor dieser Schulpolitik, sie können nicht mehr. Nehmen Sie dazu doch mal Stellung. Kein Wort dazu!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wer Kinder in den Mittelpunkt stellen und Bildungschancen sichern will, der darf sich nicht so doppelzünftig verhalten wie die FDP,

(Marcel Hafke [FDP]: Keine Ideen!)

hier und im Bund,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

wie Sie das aktuell tun.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt die Richtige!)

Während das Virus Schulen und Kitas und den Alltag Tausender Familien auf den Kopf stellt, fordert die FDP-Fraktion hier Lockerungen. So sieht die Realität aus.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Erwachsene sollen shoppen und zum Fußball gehen können, und Kinder und Jugendliche werden in ihrer Lebenswelt eingeschränkt.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Frau Gebauer, zeigen Sie nicht auf Karl Lauterbach, klären Sie das mal innerhalb der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Josefine Paul [GRÜNE] – Glocke)

So sieht es heute innerhalb Nordrhein-Westfalens aus: Die Inzidenzen liegen für 5- bis 9-Jährige bei 2.670 und für 10- bis 14-Jährige schon bei fast 2.800. In einzelnen Kommunen wie Solingen sind es fast 5.500 für die 5- bis 9-Jährigen.

(Zuruf: Das sind ja auch diejenigen, die getestet werden!)

Es gibt kein Vertrauen mehr in Testungen, keine systematische Ausstattung mit Luftfiltern.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind schon ohne Corona an der Schulpolitik gescheitert!)

Zur Verfügung stehende umfangreiche Unterstützungsmittel sind nicht zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Schulen eingesetzt worden, sondern müssen aufwendig und bürokratisch in Sonderprogrammen organisiert werden.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Damit sind die Schulen in dieser pandemischen Lage überfordert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bis heute hat das Land die S3-Leitlinie nicht konsequent umgesetzt. Denn die empfiehlt evidenzbasiert ganz klare Maßnahmenpakete zur Minderung des Infektionsrisikos.

Wer Präsenzunterricht will – und das wollen wir –,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein, das wollen Sie nicht! Sie wollen die Kinder nach Hause schicken!)

der muss auch alles dafür tun, dass die Schulen offen bleiben können und das Infektionsgeschehen nicht faktisch für geschlossene Klassen sorgt. Das ist doch längst der Fall.

Das Bilden kleiner stabiler Lerngruppen ist eine zentrale Maßnahme. Alle Programme, alles Personal aus den Coronaprogrammen kann dazu eingesetzt werden.

Die Schulen brauchen vor Ort mehr Flexibilität im Umgang mit ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie wollten doch in Ihrer Regierungszeit die Stellen streichen!)

– Ach, Sie sind ja ein Schulexperte. Das habe ich noch nie vernommen, auch heute früh nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Schulen brauchen vor Ort mehr Flexibilität im Umgang mit der Pandemie,

(Dietmar Brockes [FDP]: So eine schlechte Rede!)

und vor Ort muss eigenverantwortlich entschieden werden können. Es darf nie wieder Verbote à la Solingen geben, Frau Ministerin.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Brockes ist Experte für alles!)

Lassen Sie die Schulen endlich mit vernünftigen Rahmenbedingungen eigenverantwortlich entscheiden.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das kommt von der Richtigen!)

Ob Wechselunterricht, ob Distanzunterricht, das Öffnen und Reduzieren der Stundentafeln – all das darf kein Tabu sein. Jugendhilfenetzwerke, Schulsozialarbeit müssen aktiviert werden, um Kinder und Jugendliche zu begleiten, die in Quarantäne sind.

(Marcel Hafke [FDP]: Wieder Schulschließungen!)

Und es sollte endlich dafür Sorge getragen werden, die Mentoring-Programme massiv auszuweiten.

Viele Kinder und Jugendliche sind psychosozialen Belastungen in der Pandemie ausgesetzt. Die resultieren aber nicht nur aus dem Verlust der sozialen Kontakte und unzureichenden Lernbedingungen im häuslichen Umfeld während des Distanzunterrichts, sie speisen sich auch aus der Unsicherheit in den Familien und den gesundheitlichen Risiken, denen sie sich und ihre Kinder ausgesetzt sehen.

Willy Brandt hat den Satz geprägt: „Die Schule der Nation ist die Schule.“ Die Schulpflicht und die Präsenzpflicht und damit das Miteinander von Menschen aus allen sozialen Schichten und Milieus sind eine gesellschaftliche Errungenschaft. Aber in dieser noch nie dagewesenen Lage darf das nicht gegen den Gesundheitsschutz gestellt werden. Es kann nicht heißen „Bildung oder Gesundheit“, es muss immer heißen „Bildung und Gesundheit“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, angesichts der Lage und der faktisch stattfindenden Durchseuchung müssen wir über die Präsenzpflicht mit allen Beteiligten reden.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Omikron ist schneller als die Reaktionszeit der Landesregierung.

(Henning Höne [FDP]: Jetzt kommen wir zum Kern!)

Omikron bestimmt schon längst die Lage.

Es kann nicht sein – Herr Löttgen, geben Sie mir darauf eine Antwort –, dass Kinder von Testverweigerern entschuldigt fehlen dürfen, aber Kinder aus Schattenfamilien mit realen gesundheitlichen Risiken im bürokratischen Verfahren gedrängt werden, um

dann zu erreichen, dass sie nicht am Präsenzunterricht teilnehmen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Darüber müssen wir mit allen Beteiligten reden, und dafür müssen wir Lösungen finden. Denn die Schulen handhaben das völlig unterschiedlich.

Ich sage noch mal: Zu warten, bis die letzte Schule gesagt hat, sie könne nicht mehr, das wäre eine superdumme Politik.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein, Ihre Politik!)

Frau Ministerin – ich komme zum Ende –, weil es notwendig ist, dass die Schulen, Eltern und Schülerinnen wieder Vertrauen fassen, biete ich an: Es braucht einen politischen Schulerschluss in dieser krisenhaften Lage, wie es weitergeht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das kommt von Ihnen! Was für ein vergifteter Pfeil!)

Wir sind bereit, die Abwägung und die notwendigen Maßnahmen sehr kurzfristig mit der Landesregierung und den Verbänden zu diskutieren und die Umsetzung voranzubringen. Nehmen Sie dieses Angebot endlich an.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was für ein vergifteter Pfeil!)

Sie allein sind mit Ihren unzureichenden Maßnahmen längst vor die Wand gelaufen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FDP hat die Abgeordnete Frau Müller-Rech das Wort.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wenn es nach den Grünen gehen würde, würden die Tests an den Förderschulen abgeschafft!)

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Beer, ich glaube, in Ihrer Rede ist einiges komplett durcheinandergeraten.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Genau! Sie wollten ja Corona abschaffen!)

Sie monieren, dass Schülerinnen und Schüler in ihrer Lebenszeit eingeschränkt würden, tragen aber hier Vorschläge vor, die zu Schulschließungen führen, die die Präsenz von Kindern und Jugendlichen in der Schule durch mehr Wechselunterricht reduzieren würden.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: War schon abgeschafft!)

Sie waren immer die Ersten, die zum Beispiel mit dem Solinger Modell zusammen gefordert haben, die

Schulen eher schneller zu schließen als zu öffnen.  
Frau Beer, komplett falsch!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hier erst so eine Rede vorzutragen und dann einen Schulterchluss anzubieten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

da müssen Sie selbst merken,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

dass Politik und Schulterchluss so nicht funktionieren können.

(Beifall von Guido Déus [CDU])

Wir haben uns ein anderes Miteinander mit Ihnen in der Opposition vorgestellt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Mai 2021 haben wir mit den Lolli-Tests das bundesweit beste Testsystem an unseren Grund- und Förderschulen eingeführt. Wir können hier in Nordrhein-Westfalen zu Recht sehr stolz auf die herausragenden Forschungsleistungen des Teams der Universitätsklinik Köln sein. Diese Tests waren die ersten ihrer Art, und wir waren das einzige Bundesland, das es geschafft hat, sie flächendeckend erfolgreich einzusetzen. Dafür gebührt der Dank des Hohen Hauses unserer Schulministerin Yvonne Gebauer. Sie hat acht Monate lang in der Delta-Phase größtmögliche Sicherheit an unsere Schulen gebracht. – Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aktuell ist die Lage wegen Omikron aber anders.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Die Fallzahlen und damit der Bedarf an den PCR-Tests sind stark angestiegen. Die Laborkapazitäten kommen insgesamt an die Belastungsgrenze nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen Republik.

Weil die Kapazitäten knapp werden, hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am Montag der Ministerpräsidentenkonferenz vorgeschlagen, die PCR-Tests auf Angehörige der Risikogruppen und die Mitarbeitenden im Gesundheitssektor, die sie behandeln, zu beschränken.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wo war denn der Gesundheitsminister in der Konferenz?)

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass ich selbst eine Priorisierung für den Bildungsbereich gefordert habe. Ich bin enttäuscht – daraus mache ich keinen Hehl –, dass Karl Lauterbach etwas anderes vorgeschlagen und die Ministerpräsidentenkonferenz so entschieden hat.

(Frank Müller [SPD]: Da hat er aber in der Fragestunde was Interessantes gesagt!)

Aber es ist doch klipp und klar, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen den gemeinsamen Weg der Bundesländer auch zusammen gehen. Abweichungen davon hätten Sie übrigens sofort als Flickenteppich kritisiert. So ehrlich müssen Sie heute sein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn wir schon bei der Opposition sind, möchte ich an das erinnern, was unser stellvertretender Ministerpräsident, Joachim Stamp, am Mittwoch in der Debatte vorgetragen hat: Die SPD hat im Familienausschuss immer wieder gefordert, die PCR-Lolli-Tests auf alle Kitas im ganzen Land auszuweiten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Die Grünen haben gefordert, die PCR-Lolli-Tests auf alle weiterführenden Schulen im Land auszuweiten. Meine Damen und Herren, wenn wir auf die Opposition gehört hätten, wären wir komplett verloren gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Uns wäre schon im Herbst die gesamte PCR-Kapazität zusammengebrochen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Man hätte ja mal neue Kapazitäten erschließen können!)

Da hätten wir auch nichts mehr zu priorisieren gehabt. Auch hier ist unserer Schulministerin zu danken, dass sie diesen Forderungen nicht gefolgt ist. Dadurch standen uns die PCR-Tests acht Monate lang an den Grund- und Förderschulen zur Verfügung,

(Dietmar Brockes [FDP]: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke)

und sie haben den Schulen mehr Sicherheit gegeben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich komme nun auf die aktuelle Lage zurück. Wir hatten ein funktionierendes System.

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, das sehen wir alle ganz genauso wie Sie!)

Die PCR-Tests sind nun anders priorisiert. Es frustriert die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrkräfte, die Schulleitungen, Schulpolitikerinnen und Schulpolitiker und auch mich persönlich, dass wir nun zu dieser Umstellung gezwungen sind.

Die Labore haben den Schulen in dieser Woche überraschend mitgeteilt, dass sie die Pooltestungen noch im PCR-Verfahren durchführen, positive Pools aber nicht mehr auflösen können.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Davon war aber auch nur die Schulministerin überrascht!)

Die Auflösung der Nachttests findet in den Grundschulen nun per POC-Schnelltest statt. Ich möchte mit einer Falschmeldung aufräumen und klipp und klar sagen: Wir führen die Lolli-PCR-Tests in den Förderschulen fort, solange es geht, und nutzen dafür jede einzelne Kapazitätsreserve,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das stimmt einfach nicht!)

weil wir davon überzeugt sind, dass diese kleine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, unsere verletzlichste Gruppe, ganz besonderen Schutz verdient.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass wir die Lolli-Tests in den Grundschulen nicht in der gewohnten Form fortsetzen können, ist äußerst bedauerlich. Der Umstieg auf die Auflösung per Schnelltest ist ein drastischer, aber unausweichlicher Systemwechsel. Die vergangenen Tage waren an den Grundschulen sehr turbulent, und ich weiß, dass die kurzfristige Umstellung auf die Kombination aus PCR-Pooltest und Auflösung per Schnelltest vielerorts nicht reibungslos funktioniert hat.

Den am Schulleben beteiligten Personen ist deshalb aber kein Vorwurf zu machen – ganz im Gegenteil: Alle Beteiligten stellen sich bestmöglich auf die neue Situation ein. Dafür gilt ihnen meine und unsere größte Anerkennung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich verspreche Ihnen: Wir wollen und werden auch in dieser besonders schwierigen Lage die bestmögliche Lösung für unsere Schülerinnen und Schüler finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Seifen.

**Helmut Seifen (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat für heute eine Aktuelle Stunde beantragt, um weiterhin auf der Panikkaviatur die schrillen Töne ihres irren Pandemieliedes spielen zu können.

War die letzte Aktuelle Stunde zur Schule Anfang November dem Maskenzwang gewidmet – es war ein Antrag, der dazu diente, die Gesichter der Schülerinnen und Schüler weiter hinter die Maske zu zwängen, damit sie als Symbol für die Gefährlichkeit der COVID-19-Erkrankung herhalten können –, so dient der Antrag heute dazu, vom Standpunkt dieser irren Pandemieliedmelodie aus der Ministerin Versäum-

nisse ans Zeug zu flicken, die lediglich aus Sicht dieses Pandemiestandpunkts Versäumnisse sein mögen.

Wenn diese haltlosen Geschichten über die Gefährlichkeit einer COVID-19-Erkrankung wirklich der Wahrheit entsprächen, könnte man der Ministerin tatsächlich Versäumnisse vorwerfen, die da wären: nicht genügend Tests, immer wieder Quarantänefälle, keine Vorsorge dafür, Unterricht in Museen, Kinos, Turnhallen, Eiskunstlaufhallen, Opernhäusern, im Wald oder in Rathäusern abhalten zu können.

All das forderte die SPD doch tatsächlich in früheren Anträgen und zwischendurch auch immer mal wieder in Schulausschusssitzungen. – Nein, die Leute von der SPD sind nicht gaga. Das meinen die ernst.

Außerdem hat die Ministerin aus dem Blickwinkel der Zeugen Coronas nicht dafür gesorgt, dass die Schüler gleichzeitig in Distanz-, Wechsel-, Hybrid- und Präsenzunterricht unterrichtet werden können, und zwar jeden Tag die einzelnen Formen tauschend.

Sie denken vielleicht, dass meine Aufzählung eine ironische Überspitzung der SPD-Forderungen sei. Dazu kann ich nur sagen: Es ist nur in Ansätzen eine Überspitzung. Geht man die Anträge der SPD durch und liest die Protokolle der Schulausschusssitzungen, wird man feststellen, dass die Vertreter von SPD und Grünen überzogene Vorsichtsmaßnahmen gegen die Erkrankung durch ein für Kinder harmloses Virus fordern, die so unerfüllbar und gleichzeitig so unsinnig sind, dass man entweder am Verstand der Antragsteller zweifeln oder aber eine perfide Taktik unterstellen muss, die nur ein Ziel hat: Panik zu schüren, Ängste auf hohem Niveau zu halten und von der Ministerin die Quadratur des Kreises zu fordern, damit sie nicht so viel Spaß an ihrem Amt hat.

Den gleichen Zweck hat auch die heutige Aktuelle Stunde zu den PCR-Tests. Zu Recht sind Schulen nicht in die Priorisierungsliste aufgenommen worden. COVID-19 ist für 98, 99 % der Bevölkerung überhaupt nicht gefährlich und für Kinder und Jugendliche – Gott sei Dank – noch weniger.

Die Zahlen wurden hier doch schon x-mal vorgetragen, aber Fakten und Verhältnismäßigkeit interessieren in diesem Hause niemanden von den Altparteien, auch wenn wir, die AfD-Fraktion, Ihnen seit April 2020 immer wieder statistische Daten über Sterblichkeit, über Erkrankungsraten, über Positivtestungen und Studien über die Schädlichkeit der Maßnahmen für die Schülerinnen und Schüler vorlegen. All das hat Sie nie interessiert, und es interessiert Sie auch heute wieder nicht.

(Beifall von der AfD)

Was haben Ihnen meine Kollegen Dr. Vincentz und Wagner sowie auch ich selbst nicht alles an Expertisen hochanerkannter Mediziner aus dem In- und Ausland vorgetragen! Aber alle, die hier sitzen,

ignorieren mit einer Dickfelligkeit die von AfD-Abgeordneten vorgetragene Fakten über die medizinische Unsinnigkeit und die katastrophalen Auswirkungen der Coronamaßnahmen auf die Menschen, dass man nur von einer bewussten Erkenntnisverweigerung sprechen kann.

Wer sich als Politiker bewusst Erkenntnissen verschließt und die Wirklichkeit ausblendet, handelt verantwortungslos, bricht sein Versprechen, für die Menschen im Land da zu sein, und kommt seiner Aufgabe, Volksvertreter zu sein, nicht nach.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird jetzt die Linie der AfD!)

Führt man sich die Qualen zu Gemüte, denen Sie alle hier im Rund die Kinder aussetzen, ist die Erkenntnisverweigerung noch von ganz anderem Kaliber. Sie geben dem Verdacht Nahrung, dass Sie nicht nur keine Volksvertreter sind, sondern Vertreter der Pharmaindustrie,

(Lachen von Frank Börner [SPD])

die mit Masken, Tests und wirkungslosen Impfstoffen in den letzten zwei Jahren Milliardengewinne gemacht haben,

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Unverschämtheit!)

und zwar auf Kosten des Wohlergehens von Millionen Menschen und in diesem Fall von Millionen Kindern.

(Beifall von der AfD)

Denn dass all diese Maßnahmen – auch die Tests – keinerlei medizinische Begründung haben, ist doch längst allen klar. Wie in der letzten Fragestunde hier im Parlament zu erfahren war, hatten Mediziner zwei Tests pro Woche für Schulkinder vorgeschlagen. Die Landesregierung hat die Anzahl der Tests einfach so auf drei pro Woche hochgesetzt. Oder waren dabei kommerzielle Interessen im Spiel?

Vor einiger Zeit wurde die Geltung der Schnelltests von 48 auf 24 Stunden herabgesetzt. Warum eigentlich? Es gibt keinen medizinischen Grund. Jetzt werden auch noch Tests für Geimpfte und Genesene verlangt. Warum eigentlich? Genesene haben genügend Antikörper; die können sich nicht anstecken und tragen auch keine Coronavirenlast mehr. Was soll das Ganze? Und dann müssen die Geimpften und Genesenen immer noch mit Filtertüten vor dem Mund herumlaufen. Das alles ist doch eine Farce!

(Beifall von Christian Loose [AfD])

Da Sie die Testverpflichtungen derart ausgeweitet haben, fehlen den Laboren jetzt natürlich Kapazitäten. Das hätte man Ihnen auch schon vorher sagen können, aber möglicherweise war das ja Sinn und Zweck. Man erhöht die Testverpflichtungen drastisch und jammert anschließend herum, dass die Labor-

kapazitäten nicht mehr reichen. Hersteller von Tests, Testzentren sowie Labore werden sich freuen; denn alle verdienen sich eine goldene Nase.

Verdienen dann auch Politiker mit? Ich möchte mal gerne wissen, wie sehr die Gewinne der von mir genannten Firmen gestiegen sind.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Ich möchte wissen, wer in den Parteien von diesen Firmen Spendengelder bekommt.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Das möchte ich einfach gerne mal wissen. Sagen Sie es doch einfach mal; legen Sie es doch offen.

(Beifall von der AfD – Marcel Hafke [FDP]: Das kann man doch nachschauen! – Zuruf: Das ist eine Sauerei! – Unruhe)

– Herr Stamp, seien Sie jetzt ruhig; Sie haben jetzt nicht das Wort.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Das ist eine Unterstellung!)

– Ich stelle hier Fragen. Das ist keine Unterstellung, und solange ich hier stehe, kann ich Fragen stellen, Herr Stamp! Das können auch Sie nicht verhindern. Sie haben hier nicht die absolute Macht. Merken Sie sich das!

(Beifall von der AfD – Fortgesetzt Unruhe – Glocke – Zuruf von Frank Müller [SPD])

**Präsident André Kuper:** Liebe ...

**Helmut Seifen** (AfD): Das sind Fragen über Fragen. Sie können sie ja hier beantworten.

(Frank Müller [SPD]: Sie sind ein Hetzer! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Unterstellung, Verleumdung und Volksverhetzung!)

**Präsident André Kuper:** Lieber Herr Kollege Seifen, bitte stoppen Sie gerade mal.

(Fortgesetzt Unruhe)

Lieber Herr Kollege Seifen, ich schalte Ihr Mikrofon gleich wieder an, und Sie bekommen auch Ihre Redezeit. Aber bitte versuchen Sie, das Redetempo und die Lautstärke anzupassen, und alle Kolleginnen und Kollegen hören zu.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

**Helmut Seifen** (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Sie haben recht: Hier müsste man ein bisschen mehr Ruhe reinbringen. Aber hier muss man doch mal Fragen stellen dürfen, und Sie können mir ja gleich auch die Antwort geben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, regen Sie sich wieder ab. Im ersten Teil bin ich gleich auch fertig.

(Marcel Hafke [FDP]: Oh Gott! – Sarah Philipp [SPD]: Gott sei Dank!)

Auf jeden Fall erinnert der Vorgang der Testerhöhung an einen anderen Clou: Da schließt man im letzten Jahr 20 Kliniken, verringert die Anzahl der Betten auf den Intensivstationen und kann dann im deutschen Fernsehen den Zuschauern wieder etwas zu Kliniken erzählen, die an ihre Leistungsgrenze kommen.

Das alles ist ein Schmarrn. Heute Morgen durfte das sogar der Chefarzt einer Lungenfachabteilung öffentlich im Deutschlandfunk äußern. Ich verrate den Namen nicht, sonst müsste er vielleicht zurücktreten.

Die Rückzugsgefechte werden eingeleitet, neue Botschaften von der Harmlosigkeit des Virus werden nun schon öffentlich verkündet, nur die SPD-Landtagsfraktion hat noch nichts bemerkt. Liebe Kollegen, wechseln Sie schnell die Kutsche, denn die Fahrt führt jetzt in eine andere Richtung. Sie werden es sehen.

(Beifall von der AfD – Gordan Dudas [SPD]: Wer hat denn diese intelligente Rede geschrieben? Herr Blex? – Frank Müller [SPD]: Goethe war es jedenfalls nicht!)

**Präsident André Kuper:** Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Gebauer das Wort.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die Landesregierung diese Aktuelle Stunde nutzen, um hoffentlich zu einer Versachlichung der Debatte über die Anpassung des Testsystems an unseren Grundschulen zu kommen.

Um es direkt an den Anfang zu stellen: Es ist schlichtweg grober Unfug, dass das Testsystem an unseren Schulen zusammengebrochen sei, auch wenn die Opposition das hartnäckig behauptet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jede Woche werden rund 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler an unseren weiterführenden Schulen dreimal getestet – ohne Probleme, ohne Vorkommnisse, reibungslos und wirkungsvoll.

Das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen hatte und hat das beste und sicherste Testsystem,

(Beifall von der CDU und der FDP)

aufbauend auf Antigen-Selbsttests und natürlich unseren PCR-Lolli-Tests. Dieses PCR-Lolli-Testverfahren ist wissenschaftlich hochanerkannt. Es ist hochkomplex und eine Gemeinschaftsleistung des Landes, der Kommunen und der Labore. Über 200 Menschen fahren auf über 400 Routen wöchentlich über 100.000 km, um in unseren Schulen auch in Omikron-Zeiten für einen sicheren Schulbetrieb zu sorgen.

Dieses Lolli-Test-Verfahren wurde hier bei uns in Nordrhein-Westfalen erfunden, und es ist einzigartig. Wir wenden es an unseren Grund- und Förderschulen an, um ein alltags- und kindgerechtes und zudem sicheres Testangebot für unsere Jüngsten zu machen.

Dass dieses Verfahren in den vergangenen neun Monaten so gut geklappt hat, ist dem Engagement vieler Beteiligten zu verdanken. Es ist eine große Gemeinschaftsleistung unterschiedlicher Akteure: der Schulträger, natürlich der Schulen selbst, der Schulleitungen, der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der Kinder und der Eltern. Selbstverständlich gilt dies auch für unsere leistungsstarken und zuverlässigen Labore. Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank. Ohne Ihren Einsatz wäre dieses hochkomplexe Verfahren nicht möglich.

Im Laufe der letzten Tage hat sich die allgemeine Lage durch Omikron verändert. Unser Vorzeigemodell ist gleich von zwei Seiten in die Zange genommen worden – auch, weil Gesundheitsminister Karl Lauterbach die Priorisierung von PCR-Tests angestoßen hat.

(Frank Müller [SPD]: Das hat Herr Lauterbach doch in der Fragestunde gesagt! Das war sehr aufschlussreich!)

Das Infektionsgeschehen hat in dieser Woche deutschlandweit erstmals die Marke von 200.000 erreicht. Auch in NRW steigt das Infektionsgeschehen an.

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD])

Die Labore kommen mit der Auswertung der PCR-Tests an ihre Grenzen. Das ist ein erster und ehrlich zu benennender Grund zur Anpassung des Testsystems an unseren Grundschulen.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier und heute die Gelegenheit nutzen, mein Bedauern für die leider sehr kurzfristige, aber dennoch notwendige Benachrichtigung der Schulen und der Eltern über das angepasste Testsystem zu Beginn dieser Woche auszu-drücken und auch um Verständnis zu bitten.

Mir war durchaus bewusst, dass mit dem Versand der Schulmail am späten Dienstagabend Unmut bei einer nicht geringen Zahl von Eltern, Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrern sowohl über das Verfahren als auch über die Uhrzeit und im Besonderen

über die Anpassung des Testverfahrens an unseren Grundschulen entsteht. Das musste ich aber angesichts der Situation und der Dynamik in Kauf nehmen.

Sie dürfen sich alle sicher sein: Ich weiß sehr genau, was das System Schule, was der große Tanker Schule braucht. Schule braucht Beständigkeit, Schule braucht Ruhe. Das ist etwas, was uns Corona bisher nicht gegeben hat und wahrscheinlich auch in Zukunft leider nicht geben wird.

Aber die notwendige Ruhe an unseren Schulen braucht neben der Landespolitik auch Partner, ganz besonders in Coronazeiten. Dabei ist es nicht hilfreich, wenn durch Unterstellungen bewusst Unsicherheit in der Schulgemeinde erzeugt wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zunächst wurde seitens der SPD-Fraktion unterstellt, wir hätten zu wenige Tests. Dann wurde seitens der SPD-Fraktion unterstellt, die Tests in unseren Schulen wären Tests, die nicht auf Omikron anschlügen. Das Ganze gipfelte dann in der Unterstellung der SPD-Fraktion, die Tests würden gar nicht auf Corona anschlagen.

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist es! – Dietmar Brockes [FDP]: Unsinn! – Sarah Philipp [SPD]: Wer war das? – Frank Müller [SPD]: Das ist nicht wahr!)

An dieser Stelle noch einmal eine Bitte: Wenn es Ihnen, den Bildungspolitikern der Opposition, aber auch der Spitze der Oppositionsfraktionen, wichtig ist, dass wir Ruhe und Sicherheit an die Schulen bekommen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da sind Sie ja die Richtige!)

dann bleiben Sie bitte bei der Wahrheit und spielen bitte nicht leichtfertig mit Zahlen und Fakten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Sie müssen uns doch keine Tipps geben, was wir machen sollen! Dafür sind Sie nicht die Richtige!)

Ich versichere Ihnen: Ich unternehme alle Anstrengungen, um auch in diesen herausfordernden Zeiten der Pandemie den Gesundheitsschutz für unsere Lehrerinnen und Lehrer sowie für unsere Schülerinnen und Schüler und damit auch den so wichtigen Präsenzunterricht sicherzustellen.

Meine Damen und Herren der Opposition, tun Sie das bitte auch. Allerdings lässt mich – das darf ich an dieser Stelle sagen – das flammende Plädoyer der Abgeordneten Beer für die Abschaffung der Präsenzpflcht und die sofortige Wiedereinführung des Distanzunterrichts Beer doch sehr stark an Ihrer Absicht zweifeln,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dass Sie sich für das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD hat noch einmal der Abgeordnete Kollege Ott das Wort.

**Jochen Ott<sup>\*)</sup>** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu zwei Dingen muss man doch noch mal ein paar Sätze sagen.

Zunächst haben Frau Müller-Rech und die Ministerin in den letzten Tagen – auch in der Fragestunde – immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig ihnen die Schulen als kritische Infrastruktur sind. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, wenn die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen diese Debatte dann auch nach vorne gebracht hätte. Aber schon die Befragung unseres Gesundheitsministers am Mittwoch hat gezeigt, dass es dazu nicht einmal im Kabinett von Nordrhein-Westfalen eine einheitliche Auffassung gab.

Eines will ich Ihnen ganz klar sagen: Aus meiner Sicht ist eine der ersten Lehren aus dieser Pandemie, dass künftig Schulen und Bildungseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur gezählt werden müssen,

(Beifall von der SPD)

weil das massive gesellschaftspolitische Auswirkungen hat.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das bedeutet, dass wir diese Bildungseinrichtungen dann präventiv darauf vorbereiten müssen – mit allem, was daran hängt.

Zweitens möchte ich klarstellen: Herr Laumann hat selber darauf hingewiesen,

(Marcel Hafke [FDP]: Minister Laumann!)

dass der MPK-Beschluss natürlich auch deshalb zustande gekommen ist, weil eine hohe Inanspruchnahme der PCR-Tests zu erkennen war. Das war eine der Entscheidungsgrundlagen.

Deshalb muss man auch klar sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen schon in der letzten Woche eine De-facto-Priorisierung hatten. Darauf wiesen in der vergangenen Woche die Labore unter Bezugnahme auf den Landesgesundheitsminister jedenfalls hin.

Sich dann hinzustellen und zu sagen, man hätte nicht wissen können, dass das kommt, und dann über Nacht das Testregime zu ändern, ist einfach unredlich und entspricht nicht der Wahrheit. Sie wussten es vorher, und Sie hätten vorher agieren müssen.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, Sie haben gesagt: Ich musste in Kauf nehmen, kurzfristig zu informieren. – Das größte Problem war in der letzten Woche wahrscheinlich nicht einmal die Umstellung des Testregimes, sondern die konzeptionslose Kommunikation, die überhaupt nicht im Blick hatte, wie ein solch gewaltiges System funktioniert. Sie haben die Menschen mehr verunsichert, als es nötig war.

(Beifall von der SPD)

Es wäre vorausschauendes Handeln angezeigt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie in Ihren eigenen Umfragen ... Ich greife mal ein Beispiel heraus. Die Schulen in der Bezirksregierung Arnsberg melden zurück, dass nur 75 % sich in diesen Tagen in der Lage sehen, die Hygienevorschriften in irgendeiner Weise abzubilden. Das sind Zahlen, die Ihnen vorliegen und die Sie kennen.

Ich könnte jetzt im Einzelnen die ellenlangen Statistiken vorlesen, was wo das Problem ist. Sie kriegen aus dem System permanent Problemanzeigen. Dass Sie sich dann an so einem Morgen, nach so einer Woche nicht dazu äußern, wie es in den nächsten Tagen und Wochen weitergeht, dass Sie die Gelegenheit nicht wahrnehmen, vor dem Parlament und damit vor der Bevölkerung ihr Konzept für die nächsten, wahrscheinlich schwieriger werdenden Wochen darzustellen und deutlich zu machen, das ist schon bodenlos. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, von einer Landesregierung zu erfahren, wie sie durch die Krise steuert.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Deshalb will ich es noch einmal zuspitzen. Wenn es stimmt, was wir überall aus den Schulen hören ... Da schreiben Kantinenbetreiber, dass sie die Mittagessen reduzieren müssen, weil ihr Personal erkrankt oder in Quarantäne ist und sie es nicht aufrechterhalten können. Wenn wir Hinweise erhalten, dass sich immer mehr Schulen an die Bezirksregierungen wenden und sagen, dass sie eine kritische Größe erreicht haben – so und so viel Kollegen sind nicht anwesend – und fragen, was sie jetzt machen sollen, dann muss doch eine Landesregierung einen Rahmen setzen und sagen, wie die Menschen damit umgehen sollen.

Da muss man sich doch Gedanken machen und wie in anderen Ländern sagen: Wenn soundso viele Leute ausfallen, dann könnt ihr in die zweite Stufe gehen, und in der dritten Stufe werdet ihr gegebenenfalls auch den normalen Unterrichtslehrplan auflösen und andere Gruppen bilden, und zwar unter der Prämisse – da stimme ich zu; das habe ich von Anfang an getan; da werden Sie kein anderes Zitat von mir finden –, dass wir Präsenzunterricht sicherstellen wollen.

Wir sollten aber nicht so tun, als ob das normaler Präsenzunterricht sein kann. Wenn viele Kolleginnen

und Kollegen, wenn viele Schülerinnen und Schüler ausfallen, dann wird das kein normaler Unterricht sein. Umso wichtiger ist es daher, Bildung ein einem umfassenden Sinne zu sehen, die Schulen offenzuhalten und dafür zu sorgen, dass die Kinder auch dorthin gehen können.

(Beifall von der SPD)

Last but not least für die Debatte heute: Wenn wir wollen, dass die Menschen – egal wo in diesem Land, von Ostwestfalen bis in die Eifel, und egal aus welcher Berufsgruppe, die mit Schule zu tun hat – sämtliche Vorgaben, die in Zukunft von Regierungen aus Düsseldorf kommen, überhaupt noch ernst nehmen, dann tun Sie mir einen Gefallen und handeln Sie endlich. Nehmen Sie den Eid, den Sie hier geleistet haben, wahr. Kümmern Sie sich darum, dass in Nordrhein-Westfalen an unseren Schulen wieder Ruhe und Sicherheit eintreten können – mit einem klaren Konzept, vorausschauend und mit einer guten Idee. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Grünen hat sich die Abgeordnete Frau Beer noch einmal zu Wort gemeldet.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, machen Sie bitte Schluss mit Ihrer Märchenstunde. Zeigen Sie nicht nur auf Karl Lauterbach.

Ich habe den Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann laut gehört, der in der letzten Woche in der Gesundheitsministerkonferenz gesagt hat, Kinder und Schulen müssten in die Priorität aufgenommen werden. Oder habe ich das nur geträumt?

Ich habe nichts gehört. Ich habe nicht gehört, dass der Ministerpräsident, der Vorsitzende der MPK, genau das gefordert hat. Ich habe es nicht gehört. Wo war denn diese Landesregierung? Sie sind in der Mitverantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Begrenzung der Kapazitäten war doch abzusehen. Dass Sie es erst in bis Anfang der Woche die Krise laufen lassen und dann die Schulen und die Eltern überraschen, die dastehen und gesagt bekommen, jetzt werde der Pooltest nicht mehr durch einen weiteren PCR-Test kontrolliert, das ist ein Versagen Ihres Managements in diesem Land – leider nicht zum ersten Mal.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Müller-Rech: Ja, Sie haben die Förderschulen jetzt noch einmal besonders ausgestattet. Da gibt es den zweiten PCR-Test, weil das ja die vulnerable



Gruppe ist. Jetzt frage ich Sie: Was ist denn mit den Kindern im gemeinsamen Lernen, mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Grundschulen, in den weiterführenden Schulen? Gehören die nicht zur vulnerablen Gruppe? Warum wird das anders behandelt?

Wo sind eigentlich die Bemühungen der Landesregierung, zusätzliche Möglichkeiten zu eruieren? Es ist schon das Stichwort der kombinatorischen Pooltests gefallen und die Frage der Erschließung der Kapazitäten in den humangenetischen und in den veterinärmedizinischen Laboren angesprochen worden. Wann hat das systematisch stattgefunden? Wann haben Sie uns Ihre Erkenntnisse dazu vorgelegt? Nichts ist passiert. Das ist genau dieses fehlerhafte Krisenmanagement.

Frau Ministerin, ich habe wieder nichts von Ihnen darüber gehört, was Ihre Reaktion auf die weißen Tücher ist, die Schulen jetzt reihenweise in die Fenster hängen. Das ist der manifestierte Protest gegen diese verfehlte und mangelhafte Schulpolitik und das Krisenmanagement.

(Beifall von den GRÜNEN – Marc Lürbke [FDP]: Och, Frau Kollegin, was soll denn das?)

Das muss man doch sagen. Und dann sagen Sie: Alles ist in Ordnung. – Nichts läuft mehr normal.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das muss gerade Grün sagen!)

Und: Frau Ministerin, verdrehen Sie hier nicht die Äußerungen. Ich habe gesagt, dass die Schulen jetzt eigenverantwortlich entscheiden müssen; nach ihren Voraussetzungen, nach ihrer Lage. Ist Wechselunterricht das beste Modell? Geht es jetzt nur noch im Distanzunterricht? Ich habe gesagt, dass Sie die Schulen nicht mehr mit Tabus belegen und Initiativen wie damals das Solinger Modell einfach verbieten sollten.

Noch einmal zur Präsenzpflcht: Das kann doch nicht sein. Ist bei Ihnen in diesem abgeschotteten Orbit des MSB noch nicht angekommen, dass Eltern jetzt quasi zur Notwehr greifen und ihre Kinder krankmelden, weil sie keinen anderen Weg mehr sehen, um diesen unsicheren Bedingungen zu begegnen? Ist das noch nicht bei Ihnen angekommen? Das kann man doch nicht einfach so hinnehmen.

Und auf der anderen Seite wird Coronaleugnern – wir haben hier heute auch wieder einen gehört – ermöglicht, durch einfaches Testverweigern ihre Kinder entschuldigt aus der Schule zu lassen.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Das kann doch nicht wahr sein. Darüber müssen wir in diesem Landtag reden. Dazu muss es Regelungen geben,

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

damit Eltern und Familien, die sich Sorgen um ihre vulnerablen Familienangehörigen machen, nicht zu solchen Reaktionen gezwungen werden. Es ist doch unsäglich, dass es in diesem Land überhaupt so weit kommen muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat nichts damit zu tun, Schulpflicht und Präsenzpflcht grundsätzlich abzulösen und auszusetzen.

Wann stellen Sie sich denn endlich den Realitäten? Jetzt hier mit dem Staatssekretär zu beraten, bringt uns nicht weiter. Wir brauchen eine konzeptionelle, vorausschauende Schulpolitik.

(Marc Lürbke [FDP]: Och, Frau Kollegin!)

Ich sage noch einmal: Nehmen Sie endlich die ausgestreckte Hand an.

(Zuruf von der FDP: Mein Gott!)

Denn Ihre isolierten Aktionen helfen den Schulen nicht weiter. Verunsicherung bei Eltern,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

bei Lehrkräften und bei den Kindern ist längst Alltag in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Diese Mauer zu durchbrechen, schaffen wir nur gemeinsam.

Aber Sie verweigern sich wiederholt allen Vorschlägen, die wir hier bereits gemacht haben, und sagen: Das geht so nicht. – Das geht so nicht? Nein, Sie haben es nie versucht, und wir konnten es auch nie gemeinsam versuchen.

Frau Ministerin, das ist eine selbst verschuldete Isolation. Leider müssen die Schulen, die Eltern und die Familien erleben, dass das ihre Lebenswelt einschränkt

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt die Richtige!)

und ihren Alltag derartig auf den Kopf stellt.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass Sie nicht mehr aufgestellt worden sind! Das ist selbst den Grünen zu peinlich!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Seifen das Wort.

**Helmut Seifen (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD stützt ihren Antrag auf die Behauptung, dass die Labore überlastet seien und die Ministerin im

Management versagt habe. Ich sage Ihnen, wer hier in diesem Land an seine Leistungs- und Duldungsgrenze kommt: Das sind die vernünftigen Bürger, die es einfach satthaben, sich betrogen zu fühlen,

(Zuruf von der SPD: Oioioi!)

die es satthaben, dass sie ihre Freiheit verloren haben, die es satthaben, dass ihre Kinder in kalten Klassenräumen mit einer Atembremse lernen und leisten sollen, dass sie symptomlos dauernd getestet werden – sogar draußen auf dem kalten Schulhof –, die es einfach satthaben, dass ihr Geschäft, ihre Firma, ihre Existenz am seidenen Faden hängt, weil die Kunden wegbleiben, die es satthaben, dass Freiheitseinschränkungen auf der Grundlage der irrsten Spekulationen über Hekatomben von Toten getroffen werden – Spekulationen, die sich allesamt als falsch herausstellten und von vielen nur für schlecht getarnte Lügen gehalten werden.

Da erfahren wir von falschen Zahlen in Hamburg und in Bayern. Da werden Unfallopfer bei positiven Tests als Coronakranke gezählt. Allein 29 % der verkündeten Coronatoten sollen offensichtlich keine sein.

Und die Inzidenzzahlen werden doch gewürfelt. Die Zahlen sind doch der reinste Quatsch.

(Beifall von der AfD)

Wenn man früher bei den Grippewellen getestet hätte, hätte man wahrscheinlich viel höhere Inzidenzen gehabt. Wer das ernst nimmt, der hat auch immer schon an Marsmännchen geglaubt.

Dieses ganze Gerede heute Morgen über PCR-Tests ist doch kindisches Kasperletheater.

Die Leute merken doch auch, dass sie in den zurückliegenden zwei Jahren elendiglich betrogen worden sind. Eine Person, die 30 Jahre im Gesundheitswesen gearbeitet hat, führt aus – ich darf zitieren –:

Unter all den Impfstoffen, die ich in meinem Leben gekannt habe, habe ich noch nie einen Impfstoff gesehen, der mich gezwungen hätte, eine Maske zu tragen und dabei auch noch meine soziale Distanz zu wahren.

Wenn wir nach Impfungen immer noch eine Auffrischungsimpfung benötigen, wir nach vollständiger Impfung immer noch einen negativen Test erhalten müssen,

(Frank Müller [SPD]: Was für ein intellektueller Tiefpunkt!)

wir nach Impfung immer noch eine Maske tragen müssen, wir nach der Impfung immer noch ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen und wir erkranken, obgleich vollständig geimpft, kann man im Grunde nur zu einem Schluss kommen – Zitat –:

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Es ist an der Zeit, dass wir eingestehen, dass wir vollständig betrogen wurden. – Zitat Ende.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Eine gute Bekannte von mir – nicht geimpft, weil sie das nicht wollte –, ist von ihrem Sohn angesteckt worden, der sich hat impfen lassen. Leute, da muss man doch mal zur Besinnung kommen!

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Nein, meine Herrschaften, die Bevölkerung hat zu großen Teilen längst gemerkt, dass sie von den Regierungen im Land und den Journalisten im öffentlichen Rundfunk hinter die Fichte geführt worden ist. Deshalb reagieren Sie als Ertappte immer rigorosere mit autoritären Verordnungen.

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Leider verlässt der Ministerpräsident gerade die Plenardebatte. Er hat in einer Sendung bei Anne Will über die Impfpflicht gesprochen. Bei dem, was er da von sich gegeben hat, muss man doch an seiner Eignung für ein demokratisches Amt zweifeln. Da fordert er doch tatsächlich die Impfpflicht nicht aus medizinischen Gründen, sondern weil die Geimpften jetzt zufriedengestellt werden müssten. Auf Deutsch: Sie haben an all das geglaubt, was man ihnen gesagt hat, und merken jetzt, dass sie sich ständig neu impfen lassen müssen, Masken tragen müssen und sich testen lassen müssen, sich aber anstecken können. Deshalb müssen sich die Ungeimpften jetzt auch impfen lassen, damit das endlich mal gerecht ist.

Also ehrlich! Ich kann nicht begreifen, dass ein Ministerpräsident, den ich persönlich ja schätze, solch eine krause Begründung für einen massiven Grundrechtseingriff abgibt. So eine Person behandelt doch die Bürger wie seine Kinder. Das mit den Landeskindern hat er offenbar falsch verstanden.

Nein, meine Herrschaften, die Leute steigen Ihnen aufs Dach. Sie lassen sich nicht mehr an der Nase herumführen. Da helfen Ihnen auch nicht mehr die Expertisen Ihrer Gefälligkeitswissenschaftler, die ihren wissenschaftlichen Titel dazu missbrauchen, falschen Botschaften Autorität zu verleihen.

(Frank Müller [SPD]: Jetzt würde ich mal sehr aufpassen, Herr Seifen!)

Nun, wo Sie Ihre Felle davonschwimmen sehen, greifen Sie wieder einmal zum Mittel der Diffamierung, wie Sie es bei der AfD bereits seit ihrer Entstehung angewandt haben. Aber jetzt zieht das nicht mehr. Die Bürger merken, dass Ihre Masche, all Ihre Gegner in die Nähe von irgendwelchen Nazis zu bringen,

(Frank Müller [SPD]: Wie wenig Selbstachtung muss man haben!)

eigentlich Ihrer Hilflosigkeit entspringt. Sie wollen schlechte und zerstörerische Politik nicht ändern,

sodass Ihnen nur die Diffamierung derjenigen übrig bleibt, die Ihre falsche Politik aufdecken.

Wenn ein Vertreter der FDP gestern davon sprach, dass Proteste gegen die Coronamaßnahmen den Staat delegitimieren, dann bewegt sich dieser Mann auf dem Weg in Begründungen, wie wir sie von autoritären Regimen kennen. Dort wurde Protest auch als Delegitimierung des Staates aufgefasst – zum Beispiel in der DDR, die ihre grottenschlechte Politik auf die Grundlage eines angeblich wissenschaftlichen Marxismus stützte.

Ich bin entsetzt, wie Politiker sich noch für Demokraten halten können, die autoritär über das Leben von Menschen verfügen und dann auch noch friedliche Proteste dagegen für unstatthaft halten.

Nein, meine Herrschaften, Ihre Politik wird scheitern,

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

und zwar nicht an fehlenden PCR-Testkapazitäten, sondern an Ihrer fehlenden Bereitschaft, Einsicht zu zeigen.

Ich hatte hier schon einmal den Satz zitiert – ich komme zum Schluss –: Furor fit laesa saepius patientia.

(Frank Müller [SPD]: Da haben unsere Bildungseinrichtungen versagt, Herr Seifen!)

Ja, wilde Wut entsteht durch häufig verletzte Geduld. Ich verurteile jede einzelne Entgleisung, die wir auf Spaziergängen oder Demonstrationen feststellen müssen. Ich verurteile sie aufs Schärfste.

(Frank Müller [SPD]: Ach Gott!)

Ich verurteile es aufs Schärfste, wenn es Leute gibt, die Politiker bedrohen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Helmut Seifen** (AfD): Ich verurteile das aufs Schärfste.

(Frank Müller [SPD]: Das glaubt Ihnen niemand!)

Aber ich kann Ihnen nur sagen: Die Verantwortung dafür liegt einzig und alleine bei Ihnen, die Sie die Bevölkerung mit unsinnigen Verordnungen quälen. Hören Sie damit auf. Dann ist auch die PCR-Testkrise keine Krise mehr. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort.

**Dr. Dennis Maelzer** (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe diese Debatte gespannt verfolgt. Frau Ministerin, Sie haben die Debatte genutzt, um die Eltern und die Schülerinnen und Schüler in diesem Land um Verzeihung zu bitten. Diese Entschuldigung fand ich angemessen. Ich glaube, sie war auch notwendig.

(Beifall von der SPD)

So, wie ich die Debatte ansonsten verfolgt habe, waren insbesondere von den regierungstragenden Fraktionen Rückzugsgefechte zu beobachten.

Frau Müller-Rech ist zu der Behauptung gekommen, wir würden in Nordrhein-Westfalen sämtliche Testkapazitäten nutzen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Diese Aussage zeugt entweder von Unwissen, oder es ist eine bewusste Falschaussage.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Habe ich nicht gesagt!)

Sie waren doch gestern bei der Fragestunde dabei, als Ihre eigene Ministerin erklärt hat, dass sie beispielsweise nicht mit den staatlichen Veterinäruntersuchungsämtern gesprochen hat, weil sie davon ausgegangen ist, dass wir mit den Laborkapazitäten hinkommen.

(Beifall von der SPD)

Es werden nicht alle Laborkapazitäten genutzt – bis heute nicht.

(Zuruf: Das ist doch total verdreht! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Ich habe das mit keinem Wort gesagt! Schauen Sie in mein Skript! Das ist unerhört!)

– Wenn Sie von Ihrem Skript abweichen und dann hier Falschaussagen treffen, Frau Müller-Rech, tut mir das fürchterlich leid.

(Beifall von der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Sie haben keine Ahnung von Schulpolitik! Da ist eine Unverschämtheit! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Weitere Zurufe)

Stattdessen haben Sie mit heißer Nadel eine Verordnung gestrickt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Sie scheinen aufseiten der FDP ja sehr aufgeregt zu sein.

(Unruhe – Glocke)

Ich sage Ihnen: Sie sind zu Recht aufgeregt,

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das ist unverschämmt! Das ist unseriös!)

weil die Eltern in diesem Land über die Politik aufgeregt sind, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall von der SPD)

Statt einer vorausschauenden Politik

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

haben Sie dann mit heißer Nadel eine Verordnung gestrickt, in der es heißt, dass sich Schülerinnen und Schüler bei positiven Pools auch mit einem Schnelltest freitesten können. Das hat zunächst zu großer Verunsicherung und zu einem Chaos an den Schulen geführt.

Genau dieses Chaos tragen Sie als schwarz-gelbe Landesregierung nicht nur in die Schulen. Jetzt tragen Sie es auch in die Kitas.

(Beifall von der SPD)

Denn Ihre Verordnung, die Sie mit heißer Nadel gestrickt haben, ist eben nur eine Verordnung für Schülerinnen und Schüler und keine Verordnung für Kita-Kinder.

(Marc Lürbke [FDP]: Das ist mir tausendmal lieber als Sie!)

Wenn jetzt an den Kitas ein positiver Pool auftritt, brauchen Kita-Kinder nach Ihrer Verordnung weiterhin einen negativen PCR-Test, um sich freitesten zu können. Dann erklären Sie doch mal den Eltern, wo sie denn von heute auf morgen einen negativen PCR-Test herbekommen sollen, damit sie ihr Recht auf Bildung wirklich wahrnehmen können, das Sie angeblich immer so hochhalten.

(Beifall von der SPD)

Die Kommunen, die jetzt nichts anderes machen, als das gleiche Verfahren anzuwenden, das Sie für die Grundschulen als richtig erachten, stehen jetzt im Regen. Vor allen Dingen stehen die Eltern im Regen,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

und vor allen Dingen stehen die Kita-Kinder im Regen, weil Sie mit heißer Nadel Verordnungen stricken, anstatt auf Rechtssicherheit zu achten.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Kommen Sie endlich dazu. Hören Sie auf, die Kita-Kinder in der Krise immer wieder zu vergessen. Sorgen Sie für Rechtssicherheit. Ändern Sie die Verordnung. Das sind Sie den Kommunen, den Trägern und vor allen Dingen den Kindern schuldig.

Wenn das die Fachressorts nicht hinbekommen, Herr Ministerpräsident – in Abwesenheit –, dann übernehmen Sie endlich Verantwortung.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Thomas Nückel [FDP] – Franziska Müller-Rech [FDP]: Sie stehen ordentlich im Wald, Herr Maelzer!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

(Nadja Lüders [SPD]: Seht gut, Dennis! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Und jetzt kommen wieder Nebelkerzen!)

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, ein Stück weit fassungslos.

Ich war davon ausgegangen, dass der Kollege Maelzer die Größe hat

(Christian Dahm [SPD]: Dr. Maelzer! So viel Zeit muss sein!)

und sich hier an dieser Stelle dafür entschuldigt, dass er wochenlang – wochenlang! – tatsächlich Unmögliches verlangt hat, nämlich die PCR-Pool-Testung auf alle Kitas in diesem Land flächendeckend auszuweiten. Darüber hinaus ist auch noch gefordert worden, dies an den weiterführenden Schulen zu machen.

(Gordan Dudas [SPD]: Unmöglich für Sie, weil Sie nichts können!)

Wenn wir den Vorschlägen von Herrn Maelzer und von Frau Beer gefolgt wären,

(Helmut Seifen [AfD]: Da gebe ich Ihnen recht!)

dann wären wir in der tatsächlich viel gefährlicheren Deltawelle mit diesem Testsystem zusammengebrochen.

(Helmut Seifen [AfD]: Absolut!)

Grund dafür, dass wir so gut durch die Deltawelle gekommen sind,

(Widerspruch von der SPD)

war unsere vernünftige Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Unruhe – Glocke)

Das war das Nicht-Nachgeben bezüglich völlig irrsinniger Vorschläge, bei denen klar war, dass dies wissenschaftlich begründet nicht haltbar war.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben es trotzdem für die schnelle Schlagzeile immer wieder wiederholt.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wenn Sie das weiter fortsetzen,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wenn der Minister die Unwahrheit sagt, friert ihm immer die linke Hand!)

dann werde ich Ihnen das nächste Mal hier vom Pult Ihre gesamten Pressemitteilungen vorlesen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Gerne! – Beifall von der SPD)

Dann wird es sehr, sehr bitter und sehr, sehr peinlich für den Abgeordneten Dr. Maelzer. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Jochen Ott [SPD]: Ich schlage vor, dass Sie mein Skript vorlesen! Das würde richtig Spaß machen!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Na, Gott sei Dank! – Gordan Dudas [SPD]: Jeder Österreicher kann mehr als dieser Minister!)

Ich rufe auf:

## 2 Landwirtschaftliche und energetische Nutzung mit Agri-Photovoltaik symbiotisch in Einklang bringen

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16282

Ich eröffne die Aussprache

(Unruhe)

und bitte um etwas mehr Ruhe. – Der erste Redner ist für die antragstellende Fraktion der CDU Herr Kollege Ritter.

**Jochen Ritter** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen den Anteil an Energie, der aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird, an der Stromerzeugung erhöhen und dabei das Spektrum, aus dem das passiert, verbreitern.

Die Debatte dreht sich um Windkraft – in unseren Breiten auch nicht ganz unverständlich. Gleichwohl wollen wir mehr von dem größeren Potenzial abschöpfen, das die Kraft der Sonne birgt. Wie alle Arten der Nutzung der „Renewables“ ist auch diese nicht konfliktfrei. Bei Windkraft macht es die Höhe der Masten, bei PV ist es die Ausdehnung der Elemente in der Fläche.

Denn Fläche ist, zumal im dicht besiedelten NRW, ein knappes Gut. An dieser kurzen Decke ziehen viele Interessensgruppen, insbesondere die Landwirtinnen und Landwirte – nicht zu Unrecht; schließlich ist es ihre Existenzgrundlage.

Die Bäuerinnen und Bauern werden im Zusammenhang mit Klimaschutz meist als Teil des Problems, zuweilen sogar als das Problem schlechthin dargestellt. Das sehen wir anders. Für uns ist die Landwirtschaft in vielerlei Hinsicht Teil der Lösung: die Lösung schlechthin in ihrem Kerngeschäft, nämlich der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln – eigentlich eine selbstverständliche Sichtweise, die zunehmend außer Blick gerät –, aber auch Teil der Lösung, wenn es um die Versorgung mit Energie geht. Wind und Sonne hatte ich als Quellen erwähnt; Biomasse kommt hinzu.

Die Herausforderung besteht darin, knappe Güter so zu bewirtschaften, dass die teils gegenläufigen Interessen in einen akzeptablen Ausgleich gebracht werden.

Den Versuch wollen wir mit unserem Antrag befördern. Er steht konsistent in der Reihe unserer Ansätze, die wir auch in anderen Zusammenhängen verfolgen, nämlich nicht eine Fläche für einen Zweck zu reservieren und die nächste für einen anderen, sondern mehrere Zwecke auf ein und derselben Fläche abzubilden.

Das ist unsere Philosophie, wenn es um die Änderung des Naturschutzgesetzes – Stichwort „Eins-zu-eins-Kompensation“; gestern hier behandelt – geht.

Das war sie auch, als wir im vergangenen Jahr ein Gesetz zur Klimaanpassung vorgelegt haben, zu dem, wenn ich mich recht erinnere, die Architektenkammer in der Anhörung mitgeteilt hat, man könne sich bis zu 17 unterschiedliche Zwecke auf ein und derselben Fläche vorstellen.

Dergestalt auf die Spitze treiben wollen wir es in diesem Zusammenhang nicht, sondern zwei Zwecke harmonisieren, nämlich landwirtschaftliche und energetische Nutzung auf derselben Scholle.

Agri-PV, wie diese Kombination genannt wird, ist eine Möglichkeit dazu. Dafür eignen sich in NRW nach uns vorliegenden Informationen für die Intensität, die wir favorisieren, rund 7.000 ha.

Dabei liegt es nahe, solche Kulturen in den Blick zu nehmen, die ohnehin eines Schutzes vor Hagel, Starkregen oder extremer Sonne bedürfen, zum Beispiel Beerenfrüchte, Stein- und Kernobst oder Sonderkulturen wie Tomaten.

Bei Agri-PV der Kategorie 1 ersetzen lichtdurchlässige Solarmodule die üblichen Schutzvorkehrungen und machen zum Beispiel Plastikfolien überflüssig. Für die PV notwendige Konstruktionen nehmen dabei zwar etwas Fläche weg – angestrebt wird weniger als 10 % –, können aber auch landwirtschaftlichen Zusatznutzen stiften, beispielsweise mit Bewässerungssystemen, wenn man diese in das Ständerwerk integriert. Damit wird der Ertrag auf der verbleibenden Fläche allenfalls geringfügig gemindert,

die Nutzung des Landes insgesamt aber nicht unerheblich gesteigert.

Selbstverständlich soll Landwirtschaft der Hauptzweck der Veranstaltung im Sinne von DIN SPEC 91434 – so lautet der etwas sperrige Titel dieser Norm – bleiben und dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden können.

Dahin gehende Konstellationen werden durch die Landesregierung bereits nicht unerheblich über das Programm *progres.nrw* gefördert.

So etwas wie ein Leitfaden könnte den Zugang zu der Materie noch etwas niederschwelliger gestalten.

Hilfreich wäre zudem, wenn der Bund insofern unterstützen würde, als er zu begünstigende Projekte im vorgenannten Sinne definieren, die Hürden für deren baurechtliche Zulässigkeit im Außenbereich senken und die Bedingungen für die Ausschreibungen verbessern würde.

Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Klimawandel macht sich in vielen Bereichen unseres Lebens bemerkbar. Dazu zählt auch gerade die Landwirtschaft, die von den Folgen besonders betroffen ist. Daher ist es wichtig, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben und damit den Ausstoß an Treibhausgasemissionen noch stärker zu reduzieren. Die Energiewende wird auch zukünftig viel Fläche in Anspruch nehmen. Es ist daher auch ein Gebot der Sorgsamkeit, die Nutzung dieser Flächen zu optimieren.

Meine Damen und Herren, mit der Energieversorgungsstrategie 2.0 werden wir die Erneuerbaren noch weiter und stark ausbauen. Gegenüber dem Jahr 2020 wollen wir im Jahr 2030 eine Vervierfachung der Stromproduktion durch Photovoltaik erreichen. Für den technologischen Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir alle verfügbaren Potenziale nutzen. Wir setzen dabei auf Technologieoffenheit und nicht einseitig nur auf eine Technologie. Wir setzen auf Innovationskraft in Nordrhein-Westfalen, damit neben Wind- und Solarkraft auch Geothermie, Wasserkraft, Biomasse aus Abfall und Reststoffen, Wärme aus Ab- und Grubenwässern oder auch Grubengas ihren Beitrag zur klimaneutralen Transformation leisten können. Wir sind Vorreiter und gehen neue Wege, um Nordrhein-Westfalen zum klimafreundlichsten und innovativsten Industriestandort in Europa fortzuentwickeln.

Viele Landwirte leisten bereits heute mit Wind, Biogas und Gülleveredlungsanlagen sowie Photovoltaik auf Dachflächen einen enormen Beitrag zur Energiewende. Das wollen wir weiter ausbauen.

Durch verschiedene Flächenkonkurrenzen wie Siedlungsbau, Infrastruktur, Energiewende, Naturschutzmaßnahmen sowie Lebensmittelproduktion hat sich der Druck auf die Fläche erhöht – und das geht häufig gerade zulasten der Landwirtschaft.

Ein Lösungsansatz, diesen Druck zu reduzieren, ist die doppelte Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche mit Agri-Photovoltaik. Mit dieser Technologie können auf der Fläche sowohl Lebensmittel als auch Strom produziert werden.

Die Anlagen von Agri-Photovoltaik der Kategorie 1 haben eine Mindesthöhe von 2,10 m. Das macht eine Bewirtschaftung unterhalb der Anlagen möglich.

Ein lichtdurchlässiges Solarmodul der Agri-PV ersetzt dabei anderweitige Schutzvorkehrungen vor Hagel, Regen, Frost, Sonne und Insekten. Diese Module leisten zusätzlich den Schutz vor Verdunstung. Wo derzeit Netze und Plastikfolien die Kulturen schützen, können Solarmodule nicht nur eine Schutzfunktion übernehmen, sondern auch gleichzeitig Strom erzeugen.

Durch die Doppelnutzung der Anbaufläche aus Stromerzeugung und Schutz der Kulturen können Landwirte ihr Einkommen diversifizieren und eine bessere Risikovorsorge betreiben.

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wollen wir den Bau von Agri-PV überall dort ermöglichen, wo die Photovoltaik den bestehenden Schutz von Kulturen ersetzen kann. Dazu wollen wir die Genehmigungsverfahren vereinfachen und uns auf Bundesebene für eine Verbesserung von Ausschreibungsbedingungen für Agri-PV einsetzen.

Meine Damen und Herren, dafür bitten wir um Ihre Unterstützung und Ihre Zustimmung heute. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Watermann-Krass.

**Annette Watermann-Krass** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freuen wir uns von der SPD natürlich sehr darüber, dass jetzt anscheinend auch die Regierungsfractionen das Thema „erneuerbare Energien“ für sich entdeckt haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Oh! Und das aus den Reihen der SPD!)

Denn schauen wir uns einmal die Zahlen an: Der Primärverbrauch liegt gerade einmal bei 5,8 % im erneuerbaren Energiebereich. Wir wissen, was im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene steht: 2 % der Landflächen sollen dafür bereitgestellt werden. In Nordrhein-Westfalen sind wir weit davon entfernt.

Aber kommen wir zu Ihrem Antrag. Es ist wieder einmal ein Thema, das wir sehr ausführlich in der Enquetekommission behandelt haben. Herr Brockes und Herr Ritter, ich habe Sie da nicht so groß agieren sehen. Aber da haben wir es behandelt.

Auch wir sagen: Natürlich geht dieser Antrag in die richtige Richtung. Natürlich muss sich der ländliche Raum vielfachen Anforderungen stellen, ob es die Landwirtschaft, die Energieerzeugung oder die Biodiversität ist.

Dabei kann natürlich diese Überlegung der Doppelnutzung der Agri-PV-Anlagen, die wir dann aufständern, auch eine Lösung sein. Weltweit ist es schon so, dass bei den neu installierten Freiflächenanlagen 40 % aufgeständert werden und so gebaut werden.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Es ist positiv fürs Klima. Es verringert die Konkurrenz der Pachtflächen zwischen energetischer und landwirtschaftlicher Nutzung. Es ist ein zusätzliches Einkommen für Landwirte bei gleichzeitiger Sicherstellung der Nahrungsmittelsicherheit.

Tatsächlich kann es – Herr Brockes hat eben darauf hingewiesen – je nach Lage und Ausrichtung sogar dazu führen, dass die Erträge bei Sonderkulturen verbessert werden. Es ist also gleichzeitig der Sonnenschutz und der Hagelschutz. Insofern gibt es da viele sinnvolle Aspekte.

In diesem Antrag werden einige notwendige Voraussetzungen skizziert. Aber zwei Drittel dieser Forderungen betreffen die Bundesebene. Von den Genehmigungen bis hin zum Bundesbaugesetz und den Ausschreibungsbedingungen müssen diese Dinge für den Bau einer Agri-PV-Anlage auf der Bundesebene geregelt werden.

Eine Forderung fehlt uns allerdings, nämlich die Frage des Weidelandes, insbesondere für Schaf- und Ziegenbeweidung auf diesen Flächen. Ein Fall dazu liegt übrigens gerade vor Gericht, und zwar mit Blick auf die EU-Direktzahlung, in München.

Also: Wie ist das mit dieser Doppelnutzung, die ja durchaus Sinn machen kann? Wie kann eine sinnvolle Niederschlagsverteilung oder Bewässerung damit verbunden werden und eventuell auch eine Bodenausschwemmung verhindert werden? – Dafür bräuchte es aus unserer Sicht Pilotprojekte, um hier auch zu brauchbaren Erkenntnissen zu kommen.

Noch ein Wort zu den EU-Direktzahlungen: Sie sagen, die Direktzahlungen müssten erhalten bleiben.

Dabei wollen wir doch bis zur nächsten Förderperiode genau daran etwas ändern.

Ich komme wieder zu Ihrem Antrag. Wie sollen „keine Änderungen der Flächennutzungsplanung“ und „nur geringe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ aussehen? Das betrifft doch das Bundesnaturschutzgesetz. Das können wir nicht hier auf Länderebene ändern.

Sie wollen, dass die Landesregierung den Bau von Agri-PV ermöglicht. Wie soll das Land das denn machen? Das kann die Landesregierung prinzipiell tun, aber nur, wenn auf Bundesebene alle notwendigen Hürden beseitigt werden.

Den Ansatz, wie genau die Landesregierung das ermöglichen soll, bleiben Sie in Ihrem Antrag schuldig. Wollen Sie ein Förderprogramm auf Landes- oder auf Bundesebene oder auch auf beiden Seiten?

Zusammengefasst: Ihr Antrag geht in die richtige Richtung. Agri-Photovoltaik in Kombination mit Sonderkulturen hat wirklich viel Potential. Aber um dieses Potential auch effizient auf Landesebene zu nutzen, hätten wir uns etwas mehr Austausch im Umweltausschuss gewünscht. Einige konkrete Forderungen an die Landesregierung hätten wir da vielleicht einmal ausdiskutieren können. Wir haben auch noch eine Sitzung im Umweltausschuss. Es wäre möglich gewesen, zumindest einmal tiefgreifend darüber zu sprechen.

Nichtsdestotrotz begrüßen wir, dass CDU und FDP die erneuerbaren Energien endlich entdeckt haben. Wir möchten uns Ihrem politischen Fortschritt da nicht in den Weg stellen. Insofern werden wir uns bei diesem Antrag enthalten. Ich kann mir nur für die nächste Wahlperiode wünschen, dass man sich dem Thema dann auch noch einmal widmet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP]: Keine eigene Meinung!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag ist in der Kategorie „Torschlussspanik“ zu verorten.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Denn Schwarz-Gelb hat jetzt irgendwie gemerkt: Es sind noch ein paar Monate bis zur Wahl, und das mit dem Klimaschutz und den erneuerbaren Energien kommt bei den Wählerinnen und Wählern eigentlich doch ganz gut an. – Also zeigen Sie noch mal ein bisschen Aktivität.

Das haben wir ja an anderen Stellen auch gesehen. Beispielsweise bei der Energieversorgungsstrategie setzen Sie zwar mal eben Ziele herauf und kündigen Erleichterungen an, sagen dann aber überhaupt nicht, wie und wann Sie das jetzt genau machen, und zeigen auch keine Aktivität.

Sie haben in der Überschrift Ihres Antrags klargestellt, dass Sie eine „Symbiose“ von Landwirtschaft und Energieerzeugung wollen und dass das für Sie die Agri-PV ist. Ich muss Ihnen aber sagen: Auch mit diesem Antrag sind Sie einfach weit weg von so einer Symbiose.

Ich möchte gern in dem Biologiebild bleiben: Aus meiner Sicht ist das eher Mimikry. Das ist – falls das vielleicht jemand nicht kennt – die Anpassung von Tieren, die der Täuschung und dem eigenen Schutz dieser Tiere dient. Das beste Beispiel dafür sind die Schwebfliegen, die wie Wespen aussehen. Schwarz-Gelb täuscht eben gerne Klimaschutz vor, baut aber dann Hemmnisse nicht ab und handelt auch nicht entsprechend.

Auch dieser Antrag hört sich erst mal gut an, aber dann steckt wenig dahinter.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Und nicht mal das!)

Ihre Forderungen zur Agri-Photovoltaik kommen einfach reichlich spät und reichen absolut nicht. Ich frage mich: Warum kommen denn erst jetzt genau solche Forderungen?

Sie fordern zum Beispiel von der Bundesnetzagentur eine Definition für die Agri-PV-Anlagen, die dann gefördert werden sollen. Ich muss Ihnen mitteilen: Diese Definition, die Sie so unbedingt von der Bundesnetzagentur haben wollen, gibt es seit dem 21. Oktober 2021 und damit seit mehr als drei Monaten. Das heißt, man hätte eigentlich schon mit einem eigenen Erlass arbeiten können. Man hätte vorarbeiten können. Genehmigungen könnten vielleicht schon laufen. Damit hätte man auch an Ausschreibungen teilnehmen können.

Ich frage mich schon: Warum wartet die Landesregierung eigentlich damit? Warum braucht die Landesregierung eigentlich überhaupt so einen Antrag? – Der Grund ist: Eigentlich will sie das alles überhaupt nicht.

Ihre Forderungen sind einfach auch viel zu wenig.

Sie fordern beispielsweise einen Leitfaden. Der wäre dann eben rechtlich aber noch nicht mal verbindlich. Die Behörden vor Ort brauchen aber – Agri-Photovoltaik ist für sie zu einem Großteil sehr neu – ganz klare Anweisungen, ganz klare Hinweise. Wir brauchen deswegen einen Photovoltaikerlass, und zwar nicht nur für Agri-Photovoltaik. Ein solcher Photovoltaikerlass müsste auch die Freiflächenphotovoltaikanlagen mit beinhalten und auch das, was Sie an vielen Stellen als innovativ darstellen: Floating-PV. Das

sind alles Sachen, bei denen es klare Hinweise zu Genehmigungen geben müsste, damit auch endlich was vorangeht.

Weitere Indizien sprechen auch noch dafür, dass dieser Antrag ein Schnellschuss ist.

Sie stellen im Antrag dar, dass Sie Voraussetzungen für die Förderung und Privilegierung sehen. In dem Antrag bleibt aber vollkommen unklar, ob das Forderungen an den Bund sind – also bezogen auf das EEG – und ob Sie jetzt die Landesregierung auffordern, eine Bundesratsinitiative zu machen. Oder sind das Sachen, die Sie auf Landesebene machen könnten und ja auch schon längst hätten tun können, beispielsweise im Rahmen von progres.nrw?

Dann ist unter den Punkten, die Sie als Voraussetzungen für eine solche Förderung annehmen, ein Sachverständigengutachten, das dauerhaft wirtschaftlich tragfähige landwirtschaftliche Nutzungen darstellen soll. Ist das Ihr Ernst, dass Sie das für jede einzelne Anlage wollen? Wie passt das zu der großen Ankündigung von Schwarz-Gelb, dass Sie Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren wollen? Wenn Sie noch eine und noch eine Forderung obendrauf setzen, die jetzt jede einzelne Anlage erfüllen soll, wird das wirklich auch mit diesem Aspekt überhaupt nichts.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, auch wenn wir anerkennen, dass Sie sich mit dem Antrag zumindest auf den Weg machen wollten, ist das aus unserer Sicht zu wenig, zu kompliziert und einfach nicht konsequent.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Blex das Wort.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jahrelang sind CDU und FDP brav der grünen Ökoideologie gefolgt und haben fleißig dazu beigetragen, unsere produktive konventionelle Landwirtschaft durch immer mehr Ökoauflagen und deutsche Sonderwege innerhalb der EU zu vernichten.

Kurz vor der Landtagswahl wollen Sie sich nun bei den Landwirten wieder lieb Kind machen. Landwirte sollen in Zukunft auf den Äckern zwangssubventionierte Zappel Sonnenstromanlagen bauen. Die katastrophalen Auswirkungen für die Umwelt und den Landschaftsschutz sind so offensichtlich, dass ich mich auf den technischen Irrsinn und die Folgen beschränken werde. Vor allem Herr Dr. Untrieser von der CDU hat hier doch erheblichen Nachholbedarf.



Umso bedauerlicher ist es, dass er anscheinend diese Sitzung heute schwänzt.

In unserem sonnenverwöhnten Land sind mittlerweile zwangssubventionierte Zappelstromphotovoltaikanlagen mit einer Peakleistung von fast 59.000 MW installiert. Diese Anlagen haben im Dezember letzten Jahres, also letzten Monat, im Mittel 965 MW an Durchschnittsleistung erbracht. Das sind ganze 1,6 % der installierten Leistung. Selbst im Juni haben sie im Mittel nur 17,5 % der installierten Leistung geliefert, und natürlich nicht technisch brauchbar am Stück, sondern fast ausschließlich natürlich in den Mittagsstunden. Und wie die meisten von Ihnen vielleicht noch nicht wissen: Nachts liefern diese Anlagen gar nichts.

2011 hat die damalige Bundesregierung eine Ethikkommission zur Zukunft der Kernenergie einberufen. Da saßen natürlich keine Fachleute, da saß kein Kernphysiker, da saß nicht mal ein Fachmann der Energiewirtschaft. Stattdessen saßen da Kirchenvertreter, Soziologen, Philosophen, und ein Gewerkschafter hockte da auch noch rum. Diese technisch nun wirklich absolut unfähige Kommission hat – es muss die göttliche Eingebung gewesen sein – gesagt, dass wir zum Gelingen der Energiewende unseren Strom für zwölf Tage speichern müssen. Es gab zwar schon Dunkelflauten, die deutlich länger als zwölf Tage dauerten, aber mit Gottvertrauen und ohne technischen Verstand hat man einfach gesagt: zwölf Tage.

Meine Damen und Herren, elektrischer Strom ist eine Form der Leistungsübertragung. Man kann ihn nicht mit Kobolden oder irgendwie im Netz speichern. Zur Speicherung der für diese Leistungsübertragung notwendigen Energie brauchen wir spezielle Speicher. Das ist die Technologie, die wir seit 130 Jahren haben. Es sind Pumpspeicher, nicht mehr und nicht weniger, großflächige Pumpspeicher. Wir haben aktuell ca. 40 Gigawattstunden Speicherkapazität. Um jetzt diese auf göttlichen Rat vorgeschlagenen zwölf Tage zu speichern, bräuchten wir 20.000 Gigawattstunden Speicherkapazität. Das ist einfach mal eben das 500-fache der vorhandenen Speicherkapazität.

Das können Sie machen. Das ist auch mal durchgerechnet worden. Sie müssen halt nur massive Zwangsumsiedelungen durchführen, große Teile Deutschlands unter Wasser setzen, und das Ganze kostet dann halt 4 bis 5 Billionen Euro. Das sind ja Summen, die wir mittlerweile von der Euro-Rettung kennen. Dann können Sie den Leuten noch sagen, dass der Strom jetzt über 2 Euro pro Kilowattstunde kostet.

Schade, dass Herr Dr. Untrieser nicht da ist. Er hätte sonst vielleicht ein ganz klein wenig den Irrsinn des deutschen Sonderwegs in der Energiepolitik verstanden. Aber radikale Ökoideologen tun sich ja in der Regel schwer mit der Realität, und vermutlich haben

die allermeisten von Ihnen, die hier sitzen, nur grundlegende physikalische Kenntnisse von elektrischer Energie und Leistung oder dem Unterschied dazwischen. So werden Sie auch weiter unsere konventionelle Grundversorgung vernichten und technisch minderwertige Zufallsstromerzeugung durch massive Subventionierung fördern.

Meine Damen und Herren, von Frau Ayn Rand stammt das treffende Zitat:

Man kann zwar die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.

Und so gehen wir mit jedem abgeschalteten Kern- und Kohlekraftwerk und mit jeder neuen Zappelstrom-PV-Anlage weiter Richtung Blackout und explodierender Strompreise.

Als energiepolitischer Geisterfahrer hat Deutschland schon längst die teuersten Strompreise der EU und, von ein paar exotischen Ländern abgesehen, auch die teuersten Strompreise weltweit. Und diese Preise explodieren jeden Tag weiter. Mittlerweile zahlen wir wegen Ihres irrsinnigen Irrwegs schon weit über 37 Cent pro Kilowattstunde. Die Strompreise ruinieren nicht nur die deutsche Industrie, sie sind insbesondere eine asoziale Umverteilung von unten nach oben, vom Arbeiter, der nicht mehr weiß, wie er die Stromrechnung bezahlen soll, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Dr. Christian Blex (AfD):** ... hin zu besserverdienenden Pseudo-Grüninnen. – Ich komme zum Schluss.

Als einzige Partei, die die technischen Fakten nicht ignoriert, als einzige Partei, die für Freiheit statt für Ideologie steht, und als einzige Partei, die das Wohlergehen des normalen arbeitenden Bürgers im Auge hat, lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Da Sie zu Beginn Ihrer Rede unterstellt haben, Kollege Dr. Untrieser würde die Sitzung schwänzen, will ich nur für das Protokoll und damit auch für alle Zeiten klarstellen, dass er für diese Sitzung ordnungsgemäß entschuldigt ist,

(Dietmar Brockes [FDP]: Unverschämt!)

so wie übrigens vier Kollegen Ihrer Fraktion auch, der Sie das ja auch nicht unterstellen werden.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Dr. Christian Blex [AfD]: Gut!)

Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

**Ursula Heinen-Esser**, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir ganz klar bei den erneuerbaren Energien zulegen. Und dazu gehört – klar – auch der Ausbau der Photovoltaik.

In der Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie hat die Landesregierung festgehalten, dass wir mindestens eine Verdreifachung, möglichst eine Vervierfachung der installierten Photovoltaikleistung anstreben. Das sind sehr ehrgeizige Zahlen, die hier unterlegt sind, und dazu gehört es eben auch, dass wir uns über innovative, neue Ideen unterhalten; und die Agri-PV ist eben eine solche neue, innovative Idee,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das ist uralt!)

die vielleicht ein guter Puzzlestein ist, um den Weg weiter zu ebnen.

Bis jetzt sind die PV-Anlagen in NRW zu 95 % auf Dachflächen installiert. Hier gibt es auch noch ein großes Potenzial. Die Bauministerin hat auch schon viele kluge Ideen entwickelt, aber eben auch Anwendungen: Beispielsweise kann PV auf Parkplätzen oder Ähnlichem einen Schub zum Ausbau bringen.

(Christian Loose [AfD]: Sie ignorieren die Realität, Frau Heinen-Esser!)

In der Tat wird die PV auf Freiflächen intensiv diskutiert. Das ist ein Thema, meine Damen und Herren, das mir als Landwirtschaftsministerin offen gestanden sehr schwer fällt zu diskutieren, denn wir haben jetzt schon einen enormen Druck auf die Fläche. Wenn wir echte Freiflächen-PV machen würden, würden wir die Pachtpreise in der Fläche für die landwirtschaftlichen Betriebe noch mal deutlich in die Höhe treiben. Und das ist etwas, was wir auf jeden Fall verhindern möchten, denn wir verlieren bei uns in NRW schon zu viel landwirtschaftliche Fläche.

In diesem Punkt, Frau Brems, muss ich Ihnen eins sagen. Sie mahnen Regelungen zur Freiflächen-PV an. Ich habe Ihren Beitrag – Sie können mich auch korrigieren – eben so verstanden, Sie wollten mehr Freiflächen-PV haben. Das passt für mich – deshalb habe ich das auch so interpretiert – zu den Worten des neuen Agrarministers Özdemir, der neuerdings immer von Klimabauern spricht.

In dem Punkt möchte ich für mein Haus, aber auch für die Fraktion deutlich festhalten: Die oberste Aufgabe der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Ernährungssicherung der Bevölkerung in Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist die oberste und vornehmste Aufgabe der Landwirtschaft. Es ist wichtig, dass die Landwirte weitere Ziele erfüllen: Biodiversität und gerne auch

energiepolitische Themen. Aber die Ernährungssicherung ist einfach die zentrale Aufgabe, und das bitte ich bei den Diskussionen zu berücksichtigen. Eine echte Freiflächen-PV würde bedeuten, dass Landwirte die Pachtpreise nicht mehr zahlen könnten und dann den landwirtschaftlichen Anbau zugunsten von Energie aufgeben würden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke**: Entschuldigung, Frau Ministerin, diese kleine Atempause muss ich nutzen, um Ihnen mitzuteilen, dass Frau Kollegin Brems von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen möchte.

**Ursula Heinen-Esser**, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Danke, dass Sie das zulassen, Frau Ministerin. Sie haben mich ein bisschen missverstanden. Vielleicht können wir das an der Stelle noch mal präzisieren, und dann komme ich auch gleich zu der Frage.

Sie haben in Ihrem LEP selber klargestellt, dass Freiflächenphotovoltaik entlang von Autobahnen und Schienen sehr wohl zu unterstützen und zu genehmigen ist. Das wäre etwas, was aktuell gerade nicht passiert. Deswegen habe ich an Sie folgende Fragen: Sind Sie bereit, anzuerkennen, dass ich genau diesen Part meinte, der in Nordrhein-Westfalen noch nicht gemacht wird? Und: Was werden Sie tun, damit es auch in dem Bereich zu mehr Genehmigungen kommt?

**Ursula Heinen-Esser**, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Dann ist das wahrscheinlich in der Kürze der Redezeit untergegangen. Sie haben das jetzt klargestellt. Herzlichen Dank. Ich bin wie Sie der Auffassung, dass man wirklich mit viel Engagement entlang der Autobahnen vorgehen soll, um auch dort Möglichkeiten für Photovoltaik zu schaffen. Die muss ja nicht nur in die Fläche gehen, sondern kann dort tatsächlich auch in Form von Lärmschutzwänden etc. stattfinden.

Das führt mich jetzt aber doch zu dem Antrag zur Agri-PV zurück, den die Koalitionsfraktionen vorgelegt haben. Das ist der erste Schritt und eine Möglichkeit, die Flächenkonkurrenz zwischen Energie und Landwirtschaft zu entschärfen. Deshalb begrüße ich den vorliegenden Vorstoß.

Agri-PV ist noch eine Pioniertechnik. Das kommt nicht nur im Antrag heraus, sondern zeigt sich auch daran, wie im Moment in Berlin diskutiert wird. Wir brauchen hier tatsächlich auch noch Änderungen, wie etwa Klarstellungen im Baugesetzbuch, um die sich die Kollegin Scharrenbach auch kümmert. Sie

bemüht sich, diese so hinzubekommen, dass Agri-PV auch bei uns in Nordrhein-Westfalen vernünftig durchgesetzt werden kann.

Ich freue mich, dass wir jetzt hier eine politische Grundlage haben. Beim EEG-Gebotstermin am 01.04.2022 finden Innovationsausschreibungen für sogenannte „Anlagenkombinationen mit besonderen Solaranlagen“ statt. Darunter fallen eben auch die Agri-PV-Anlagen. Das ist ein großer Fortschritt, mit dem wir weiter arbeiten können. Es muss dazu beim EEG noch einiges verändert werden. Aber es ist gut, dass wir die Rahmenbedingungen auch für uns in einem Antrag formuliert haben. Deshalb danke ich CDU und FDP für die Vorlage dieses Antrags und werbe wirklich ganz stark dafür, ihn mit einem positiven Votum zu versehen, weil er uns in der politischen Umsetzung, in der Auflösung der Konkurrenz von Energie und Landwirtschaft ein Stück weiter bringt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben gerade die Aufmerksamkeit im Haus angesprochen. Ich möchte dazu nichts sagen – aber zu dem Grundrauschen und dem Grundgemurmeln, das ziemlich laut hier oben beim Sitzungsvorstand ankommt, wenn man sich über drei Reihen hinweg unterhält. Das ist der jeweiligen Rednerin und dem jeweiligen Redner gegenüber unhöflich, denn es ist wirklich laut. Vielleicht haben Sie irgendwann die Chance, hier oben zu sitzen und das einfach mal mitzubekommen, weil die Akustik im Raum sich offensichtlich unterschiedlich verhält, auch wenn das physikalisch nicht möglich ist.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Mit diesen Hinweisen für die kommenden Debatten vom Redepult und im Plenarsaal kommen wir zur Abstimmung,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

sofern keine weiteren Redebeiträge von den Fraktionen gewünscht werden. – Das ist der Fall.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Diese führen wir jetzt durch – über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16282. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Die Stimmenthaltungen sind demzufolge bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/16282 angenommen**.

Ich rufe auf:

### 3 Innenstädte – neue Räume für die Zukunft

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/14262

Beschlussempfehlung  
des Ausschusses  
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen  
Drucksache 17/16247

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Ritter das Wort.

**Jochen Ritter (CDU):** Frau Präsidentin! Zunächst vielen Dank für Ihre Klarstellung, was den Kollegen Untrieser angeht. Er sitzt mit gutem Grund zu Hause am Bildschirm, was ich bedaure, weil er mit seiner Kompetenz eine enorme Verstärkung für uns wäre, worum ich ihn aber auch beneide, weil er bei bestimmten Redebeiträgen wie dem vorletzten einfach den Ton wegdrehen kann, während wir das hier über uns ergehen lassen müssen. – Alles Gute, lieber Christian.

(Beifall von der CDU, der FDP, den GRÜNEN und Christian Dahm [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rimmel, Ihr Antrag hat eine ähnliche Vorgeschichte wie der Jahreswirtschaftsbericht von Robert Habeck. In dessen Entwurf wurde unser Wirtschaftssystem infrage gestellt. In dem Thesenpapier, das Ihrem Antrag zugrunde liegt, ist von Zwangsvermietung und von Enteignung die Rede. Beides ist geschliffen worden, bevor man es einer breiteren Öffentlichkeit zumutet. Aber die Zahnpasta ist in beiden Fällen aus der Tube.

Für Ihren Antrag haben Sie dann einen weniger verstörenden Einstieg gewählt, fast schon romantisierend, wenn Nachbarschaften beschrieben werden, die gemeinsam Blumenbeete bepflanzen. Das klingt interessant, ist es aber in weiten Teilen nicht, in Teilen ist es nicht mal neu.

Das liegt einerseits daran, dass es das, was Sie wollen, es schon gibt: Sie wollen experimentieren. – Dafür haben wir eine Innovationsklausel in die Bauordnung geschrieben.

Sie wollen Mittel gegen Schrottimmobilien. – Dafür haben wir ebenfalls in der Bauordnung als auch im Wohnraumstärkungsgesetz gleich mehrere.

Sie wollen eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen. – Das liefern wir seit vier Jahren, insbesondere über das GFG mit ständig steigenden Volumina und mit der Entlastung der Kommunen bei den KdU für Empfänger der Grundsicherung, die auf unsere Initiative zustande gekommen ist.

(Christian Dahm [SPD]: Oh, oh, oh!)

Sie wollen Förderung, um stationären Einzelhandel mit online zu vereinbaren. – Das Programm gibt es seit Mitte 2020.

Es hat schon etwas von Hase und Igel: Sie rennen dahin, wo wir schon sind.

(Beifall von der CDU)

Teile Ihres Antrags haben auch deshalb keinen Neuigkeitswert, weil die Forderungen erwartbar waren, zum Beispiel den Innenstadtfonds höher zu dotieren und einen Altschuldenfonds aufzulegen. Allerdings fehlt hier, wie in nahezu jedem Ihrer Anträge, eine Vorstellung davon, wie man die Kosten Ihrer Vorschläge decken könnte.

Ihr Antrag war Gegenstand der Anhörung, in der auch unser Antrag von den Sachverständigen erörtert worden ist, den wir in nahezu selber Sache einen Monat früher gestellt hatten. Darin ist im Wesentlichen das wiedergegeben, was wir in punkto Einzelhandel bisher auf den Weg gebracht haben.

Einiges habe ich genannt.

Insgesamt wird mehr als deutlich: Wir haben den Einzelhandel nicht erst in der Pandemie für uns entdeckt. Die Zentren der Städte stehen seit Beginn der Legislaturperiode auch im Zentrum der diesbezüglichen Betrachtung, werden mit unterschiedlichen Programmen, Initiativen und Formaten gestärkt – ressortübergreifend. Das fängt bei Bauen und Wirtschaft an – ich habe es erwähnt – und hört bei Inneres, Stichwort „Sicherheit und Ordnung“, und Umwelt, Stichwort „Klimaanpassung“, nicht auf.

Die Anhörung hat im Wesentlichen ergeben, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind – ökonomisch als auch ökologisch. Sie hat gezeigt, dass Ihre Vorstellungen – in Teilen jedenfalls – unrealistisch sind, zum Beispiel bei heterogener Eigentümerschaft mit Quoten für den Besatz der Immobilien arbeiten zu wollen.

Soll der Konsument seine Ware nicht mehr vorzugsweise im eigenen Kofferraum nach Hause bringen, dann müssen zunächst Alternativen zum Status quo zur Verfügung gestellt werden; „eine Frage der Reihenfolge“ nannte das der Einzelhandelsverband.

Dazu hat etwa das Verkehrsministerium – um ein weiteres Ressort zu nennen – durch Anlage von Radschnellwegen, mit Fußverkehrs-Checks usw. erhebliche Beiträge geliefert, anstatt wie Sie über autofreie Städte zu fabulieren.

Das hat aber auch Grenzen, wenn es um Logistik geht. Sie wollen Handwerk ins Zentrum holen. Die Schuster, die Sie als Chance für die Innenstädte nennen, mögen das noch auf ihren Rappen bewältigen, aber schon der ebenfalls erwähnte Elektriker wird seine Kabel nicht mit dem Drahtesel anliefern lassen können.

Sie sagen auch nicht, wie Sie mehr Bürgerbeteiligung gewährleisten wollen, ohne die ohnehin langwierigen städtebaulichen Prozesse zu perpetuieren.

Zum Schluss meiner Rede komme ich auf den Anfang zurück, den meiner Rede und den dieser Woche: Die schönsten Visionen und Planungen sind vergebens, wenn demjenigen, der sie umsetzen möchte, kurz vor Toresschluss der Stecker gezogen wird – ich meine die vorzeitige Einstellung der KfW-Förderung.

Wer ernsthaft an zusätzlichem Wohn- und Geschäftsraum interessiert ist, geht mit den Bauwilligen, mit der gesamten Baubranche anders um.

(Christian Dahm [SPD]: Wer hat's erfunden, Herr Kollege? Wer hat es veranlasst?)

Danke, Habeck.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wollen doch noch ganz andere Programme kürzen! Wo hat Herr Altmaier denn das Geld hergeholt? Kein Geld, keine Ahnung, aber groß tönen! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Becker.

**Andreas Becker (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich festhalten: Die Entwicklung unserer Innenstädte liegt uns allen am Herzen. Alle demokratischen Fraktionen im Hause haben mindestens einen Antrag, teilweise auch mehrere Anträge zur Frage der Entwicklung unserer Innenstädte gestellt.

Mehrere Anträge, auch einer meiner Fraktion, wurden im Übrigen schon vor der Coronapandemie gestellt. Die Coronapandemie wirkt zwar leider wie ein Brandbeschleuniger, aber unsere Innenstädte haben sich schon seit sehr langer Zeit zu einem Sorgenkind entwickelt.

Bei all dem wissen wir: Die eine Innenstadt gibt es ebenso wenig wie ein Patentrezept zur Entwicklung derselben. Das muss vor Ort geleistet werden. Deshalb kommt es darauf an, Gestaltungsmöglichkeiten gleich wie einen Instrumentenkasten zu bauen, aus denen die Kommunen – jede für sich – ihre Innenstadt entwickeln können.

Wir wissen alle oder ahnen es zumindest: Die Entwicklung ist immer Daueraufgabe; Innenstadt ist nie fertig.

Deswegen: Ein auf drei Jahre befristet angelegtes Sofortprogramm, auch finanziert aus dem Coronarettungsschirm, das von der Übernahme von Mieten und der Unterstützung bei Umbauten über die Anpflanzung von Bäumen und die Übernahme von

Personalkosten für Experten bei Beratungen bis zur Unterstützung bei der Digitalisierung im Handel vieles unterstützt, kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden.

Es ist aus meiner Sicht, um im Bild zu bleiben – ich sprach von Brandbeschleuniger –, nur ein kleiner Feuerlöscher.

Auch dass von den 95 Millionen Euro, die jetzt zur Verfügung stehen, bislang erst 21 Millionen Euro ausgezahlt sind, zeigt – auch wenn bereits weitere Mittel wegen der mehrjährigen Förderung gebunden sind, vielleicht kann Frau Ministerin das einmal aufdröseln –, dass es sich beim Umbau der Transformation der Innenstädte um eine weitergehende Aufgabe handelt.

Dieses Sofortprogramm ist eine notwendige, sinnvolle und willkommene Unterstützung, aber doch eher ein kleiner Beitrag. Nur finanzielle Mittel zu erhöhen, reicht nicht aus. Wir müssen auch rechtliche Rahmenbedingungen klären und verändern.

Drei Jahre Zeit reichen auch nicht. Wir werden das alles verstetigen müssen.

Nun legen Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag vor, der – das sehe ich völlig anders als Sie, Kollege Ritter – sehr grundsätzlich und weitreichend beschreibt, wie wir die Innenstädte zu neuen Räumen für die Zukunft gestalten können bzw. was wir in die Wege leiten müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger dies tun können.

Mit 21 Punkten und weiteren Unterpunkten stellt er aus meiner Sicht schon fast den lobenswerten Versuch dar, die eierlegende Wollmilchsau zu erfinden. Ich meine das positiv, denn vieles ist aus unserer Sicht sehr zustimmungsfähig, wie etwa die Forderung nach einem Altschuldenfonds. Oder überhaupt die Situation der Kommunalfinanzen: Da können Sie bei jeder Rede versuchen, die KdU-Entlastung als Ihren Erfolg zu verkaufen, es waren Sozialdemokraten, die diese Entlastung durchgesetzt haben.

(Beifall von der SPD)

Aber manches bleibt bei dem Antrag – zwangsläufig, ich will das noch nicht einmal als Kritik sagen – im Allgemeinen und bedarf vor einer Zustimmung weiterer Detailschärfe und Diskussionen. Das kann in der vorliegenden Form noch nicht abschließend beurteilt werden.

Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Wir tun dies in der Gewissheit, dass sich dieses Haus nach der Landtagswahl über das zentrale Thema weiter unterhalten muss und wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Paul.

**Stephen Paul**<sup>\*)</sup> (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine gewaltige Gestaltungsaufgabe. Unsere Innenstädte verändern ihr Antlitz, weil ihre Funktion sich im Wandel befindet. Jeder weiß es aus seiner Stadt: Die Mitte ist das Herz. Das ist wichtig für den ganzen Organismus Stadt. Holpert dieses Herz, droht gar ein Infarkt. Dann ist die gesamte Stadt im Niedergang begriffen, reißt alles mit. Es war bereits vor Corona so: Steht ein Laden leer, folgt bald der zweite. Verwahrlost ein Haus, ziehen auch aus dem Nachbarhaus die alteingesessenen Bürger aus.

Unsere NRW-Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten hat das längst verstanden. Wir stehen alle in einem engen Austausch mit unseren Kommunalpolitikern oder engagieren uns selbst im heimischen Stadtrat oder Kreistag und kennen die Lage in unseren Innenstädten.

So geben wir schon seit geraumer Zeit zielgerichtet und wirksam Impulse, um die Herzen unserer Städte, die Zentren, wieder zum Schlagen zu bringen – wir nennen das Innenstadtoffensive –, und zwar nicht mit altbekannten Rezepten. Wir sehen den Wandel und wollen den Fortschritt fördern, und wir wollen diejenigen unterstützen und ihnen ein guter Partner sein, die sich der großen Gestaltungsaufgabe vor Ort stellen.

Mit dem „Sofortprogramm Innenstadt“ ist Nordrhein-Westfalen Vorbild für ganz Deutschland. Inzwischen haben sich auch andere Bundesländer von unseren guten Ideen inspirieren lassen und legen ähnliche Programme auf.

Unsere Ministerin Ina Scharrenbach und unser Minister Professor Dr. Andreas Pinkwart haben die Innenstadtakeure wiederholt an den Tisch geholt, und sie haben ein Programm ausgearbeitet, um in einem gemeinsamen Kraftakt die Innenstädte mit vielen richtungsweisenden Ideen wiederzubeleben. Dafür stehen annähernd 100 Millionen Euro bereit, die von den Kommunen und den anderen bürgerschaftlichen Akteuren auch munter abgerufen werden.

Was den Antrag der Grünen anbelangt, weise ich auf unsere Städtebauförderung und auf das Programm zur Dorferneuerung hin. Hier wird mit einer Rekordsumme von etwa 450 Millionen Euro die bauliche Entwicklung unseres Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden landesweit unterstützt, und die Maßnahmen für eine klimafreundliche Stadtentwicklung, die Sie mit Ihrem Antrag im Blick haben, waren immer schon eine Fördervoraussetzung.

Die kommunale Familie hat überhaupt einen nie gekannten Spielraum für ihre örtliche Selbstverwaltung,

die immer eine Selbstgestaltung sein will. Rund 14,5 Milliarden Euro Gemeindefinanzierung – so hilft diese Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir reden nicht nur über den Wandel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sondern wir sind dabei auch ein guter Partner ganz nach dem Motto: Sagen, was ist, machen, was geht.

Baurechtlich erhalten die örtlichen Gestalter und Akteure der Innenstädte ebenfalls eine nie gekannte Flexibilität von uns. Denken Sie nur an die neue Innovationsklausel in der Landesbauordnung, die eine Umnutzung und bauliche Veränderungen erleichtert; Jochen Ritter ist darauf eben schon eingegangen.

Denken Sie auch an den erweiterten Instrumentenkasten im Wohnraumstärkungsgesetz, wenn gegen Schrottimmobilien vorgegangen werden soll.

Hinzu kommen weitere aktuelle Initiativen unserer Koalition hier im Landtagsplenum, etwa zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für unsere Innenstädte.

Ich lade Sie, die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, herzlich ein, mitzustimmen, wenn wir die Immobilien- und Standortgemeinschaften stärken, wenn wir die kommunalen Citymanager ermöglichen, wenn es darum geht, die Einzelhändler bei der Digitalisierung auch mit Gutscheinen zu unterstützen usw.

Sie erkennen: Im Antrag der Grünen findet sich tatsächlich nichts, was wir nicht schon tun oder bereits beschlossen haben. Stellenweise bleibt der Antrag sogar hinter dem bereits Erreichten zurück. Der Antrag bringt uns nicht weiter. Ich empfehle daher, ihm nicht zuzustimmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rimmel.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ritter, es tut mir leid, direkt am Anfang auf Ihren Beitrag antworten zu müssen; Sie haben ja auch eingeleitet. Ich will das aber nicht in der gleichen Form tun, wie Sie intoniert haben, also sprichwörtlich nicht aus dem Wald herausrufen, wie Sie hineingerufen haben. Ich finde, unsere Städte haben es schlicht und einfach nicht verdient, sich sozusagen – so wie Sie sich hier präsentiert haben – gegenseitig ins Förmchen zu pinkeln. Das war auch nicht der Impuls unseres Antrags.

Wenn man jedoch so bellt, wie Sie gerade gebellt haben, dann muss man schon vermuten, dass Sie

etwas zu verstecken haben, dass Sie etwas vertuschen wollen, dass Sie um etwas herumreden wollen, weil Sie nämlich an manchen Stellen

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

tatsächlich blank sind. Sie sind bei zentralen Fragen der Innenstadtentwicklung und der Stadtentwicklung blank.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Kommen Sie zur Sache, Herr Kollege!)

Auf diese Fragen haben Sie in dieser Legislatur bis heute keine Antwort gegeben.

Vordergründig können wir das gerne unter der Frage abhandeln, wie es mit einem Altschuldenfonds aussieht. Warum gibt es einen solchen bis heute nicht?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir können natürlich noch ein wenig tiefer gehen und fragen: Warum ist es in vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen so schwierig – da unterscheiden wir uns in der Tat von anderen Städten in anderen Bundesländern – öffentliche Investitionen auf den Weg zu bringen? – Der Grund ist, dass die Finanzkraft schlicht nicht gegeben ist, weil die Kommunen Altschulden mitschleppen und Haushaltssicherungskonzepte vorhanden sind, sodass sie nicht nach vorne investieren können.

(Zuruf)

Damit sind wir bei dem zentralen Punkt, wenn es um die Innenstadtentwicklung geht, nämlich bei der Verfügbarkeit von Schlüsselimmobilien.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wie sollen die Kommunen an die Schlüsselimmobilien kommen, wenn sie kein Geld haben, um diese zu erwerben? Man kann nur langfristige Immobilien- und Liegenschaftspolitik machen. Aber das können unsere Kommunen schon seit Langem nicht mehr, weil ihnen die nötigen Finanzen fehlen. Das ist jedoch die Grundlage für eine künftige Entwicklung.

(Beifall von den GRÜNEN)

In erster Linie geht es deshalb darum, wenn wir über die Zukunft der Innenstädte sprechen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen an vielen Stellen wiederherzustellen.

Ich habe überhaupt kein Problem damit, diese Regierung auch zu loben. Im Bundesländervergleich sieht man, dass das Programm, das Sie unter dem Coronaschirm entwickelt haben – wobei Sie nicht bereit sind, es zu verstetigen –, ein erster Schritt ist. Das reicht aber nicht aus, denn wir brauchen keine Programme, sondern wir brauchen Grundlagen. Das ist insbesondere bei der Finanzierung zu sehen.

Ein weiterer Punkt, bei dem wir uns offenbar unterscheiden und bei dem es eher eines, wie ich finde,

edlen Wettstreits bedarf, ist, dass Sie das prolongieren, was sich in der Vergangenheit entwickelt hat. Das kann ein Weg sein, wobei ich nicht sicher bin, ob er ausreicht, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Die zentrale Gestaltungsaufgabe der Kommunen in den nächsten 20 Jahren ist es, in den Innenstädten, in der gesamten Stadt klimaneutral zu werden. Die Innenstadt spielt eine zentrale Rolle bei der Frage, wie unsere Städte das künftig bei den Gebäuden, in der Mobilität und in der Stadtgestaltung schaffen. Dafür sind Milliardeninvestitionen zu tätigen, aber ich weiß nicht, woher dieses Geld kommen soll, wenn wir die Kommunen finanziell nicht in die Lage versetzen, genau diese Aufgabe zu erfüllen.

(Zuruf)

Ich will noch einen Punkt nennen, bei dem ich glaube, dass wir uns in der Einschätzung etwas unterscheiden. Natürlich wird der Handel auch in Zukunft eine bedeutende Rolle in der Innenstadt spielen. Unsere Innenstädte müssen je nach Stadt aber vielfältiger werden. Wir haben nicht das Stadtbild.

Über Jahrhunderte oder vielleicht sogar über Jahrtausende hat die Städte ausgemacht, ist, dass dort Handel stattfindet. Dieser Handel befindet sich zurzeit aber in einer Zeitenwende, er findet immer mehr virtuell im Netz statt.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Welche Erkenntnis!)

Das schränkt die Möglichkeiten für unsere Städte als Handelsplatz, als Begegnungsplatz ein, und deshalb braucht es hier neue Entwicklungen, die vielfältig sind, die man finden muss. Dafür müssen sie ertüchtigt, gestärkt werden, es fehlen aber die nötigen Voraussetzungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie uns deshalb weiter um die besten Ideen im Sinne eines guten politischen Wettbewerbs und nicht im Sinne einer gegenseitigen Denunziation von unterschiedlichen Konzepten streiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünen sind in Sorge um unsere Innenstädte, zumindest wenn man dem vorliegenden Antrag Glauben schenken darf. An der Politik, die Sie betreiben und propagieren, merkt man davon allerdings nichts.

Bereits im Jahr 2019, also kurz vor Beginn der Coronapolitik, haben wir das Thema im Kommunalausschuss ausführlich besprochen und eine ebenso ausführliche Expertenanhörung durchgeführt. Aber wir stehen kurz vor der Landtagswahl. Dann muss man die alte Soße, Herr Remmel, halt noch mal aufkochen.

Das könnte man ja noch irgendwie hinnehmen, wenn es nicht die grüne Politik wäre, die den Innenstädten besonders zusetzt. Das war in der ersten und in der zweiten Anhörung klar vernehmbar. Die Branchenvertreter – IHK, Handelsverband usw. – haben Ihnen unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben, dass es insbesondere Ihre autofeindliche Politik ist, die Sie gemeinsam mit Ihren Brüdern im Geiste in den anderen Fraktionen veranstalten, die ein schwerer Klotz am Beim der Einzelhändler ist.

Klare Aussage an der Stelle: Über 60 % unserer Ware verlässt die Stadt in einem Kofferraum. – Daran, Herr Ritter, ändern übrigens auch Radschnellwege nichts. Ich weiß nicht, auf welchem Planeten sich die CDU mittlerweile befindet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nicht auf Ihrem!)

Bei mir Köln kann ich das hautnah beobachten. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit feiert sich regelmäßig in Pressemitteilungen dafür, wenn sie mal wieder irgendwo Parkplätze abschafft oder ganze Fahrspuren und Straßenzüge für Autofahrer blockt. Aber gut, das fällt den schwarzen und grünen Ratsherren selbst vermutlich nicht so auf, denn die parken natürlich kostenlos in der Ratsgarage mitten in der Innenstadt.

Das reicht Ihnen aber noch nicht. In den beiden letzten Jahren haben Sie den Einzelhändlern dann die nächsten Mühlsteine um den Hals gehängt: Lockdowns und zuletzt 2G, Maskenpflicht und Beschränkungen für alles, was die Menschen in die Städte zieht, also für, wie es die Fachleute nennen, Frequenzbringer wie Weihnachtsmärkte, Gastronomie und Kultur.

Das alles wirkt – wir haben es gerade schon gehört – wie ein Brandbeschleuniger auf die Branche, der der sich ausbreitende Onlinehandel von Amazon und Co. ohnehin schwer zu schaffen macht.

Anders als die Grünen und manche andere offenbar meinen, ist die Branche aber keineswegs totdeweht. Sie wäre es zumindest nicht, wenn man ihr aus den eben genannten ideologischen Gründen nicht künstlich Schwierigkeiten bereiten würde.

Online heißt zwar Wettbewerb für die Händler, aber die cleveren Händler haben sich darauf eingestellt oder sind gerade dabei. Ein Gutteil der Kunden möchte eben nicht nur auf einem Bild auf dem Monitor sehen, was er gerade kauft, er möchte es vielleicht anfassen, ausprobieren oder ausprobieren und das alles in ein Erlebnis eingebunden haben.

Gerade im Weihnachtsgeschäft – zumindest in normalen Zeiten – lässt sich das gut beobachten. Obwohl viele Städte bis zum Anschlag gefüllt sind und man kaum noch von einem komfortablen Einkaufserlebnis sprechen kann, kommen die Leute wegen der Stimmung, wegen des Weihnachtsmarkts, weil man im Anschluss noch essen geht oder durch die Kneipen zieht. Das können Amazon und Zalando übrigens nicht verschicken, und genau deshalb steigen diese Onlinegiganten umgekehrt inzwischen auch in das stationäre Geschäft ein.

Nur, wenn Sie dieses Einkaufserlebnis zu einem Speißrutenlauf mit gesperrten Straßen, Verkehrsberuhigung, endloser Parkplatzsuche, teuren Parkhäusern und anschließender Impfstatuskontrolle an jedem Ladeneingang machen oder wenn Sie – viel schlimmer noch – die Kunden markieren, um ihren Impfstatus anzuzeigen, dann machen Sie dieses Erlebnis kaputt.

In Wahrheit, liebe Grüne, Herr Rimmel, geht es Ihnen ja auch nicht um unsere Innenstädte, zumindest nicht so, wie wir sie kennen und lieben. Sie wollen wieder mal eine künstliche Transformation voranbringen. Das schimmert auch bei dem Antrag durch. Aus den Innenstädten soll, wenn man Herrn Rimmel so schwärmen hört, irgendeine Art gender- und klimagerechtes multikulturelles Wolkenkuckucksheim werden. Sie sollen nicht mehr das sein, was sie seit Jahrhunderten sind und waren, Orte des Handels.

Da gehen wir nicht mit, meine Damen und Herren. Unsere Innenstädte und die Menschen, die dort leben und vor allem arbeiten, sind keine Versuchskaninchen für Ihre Wunschprojekte.

Wenn Sie es ernst meinen und lebendige Innenstädte erhalten wollen, dann stimmen Sie dem nächsten Antrag zu, der gleich folgt, der den Einzelhandel von den sinnlosen 2G-Regeln befreit. Das gilt insbesondere für die FDP, die am Wochenende schon erklärt hat, wie in der Zeitung zu lesen war, dass sie das genauso sieht wie wir. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir ehrlich sind, gibt es doch bei der Innenstadtentwicklung oder Innenstadtsicherung kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Wir haben viele Städte und Gemeinden – egal, ob klein, groß, kreisfrei, kreisangehörig –, in denen seit vielen Jahren über Veränderungsprozesse dis-

kutiert wird, aber die Räte nicht entscheiden. Ich sage das jetzt in aller Deutlichkeit.

Corona hat diese Veränderung der Innenstädte ohne Frage beschleunigt. Das wissen wir auch. Wir müssen uns schon fragen – das ist kein Anwurf, sondern nur eine Frage der Selbstreflexion –: Wer von uns kauft wie häufig online und nicht mehr im Einzelhandel?

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt aber nicht abstimmen lassen!)

Das bedeutet: Das, was wir zusammen mit Städten und Gemeinden, mit dem Handel, mit dem DEHOGA – Stichworte „Gastronomie“, „Hotellerie“ – auf den Weg bringen, ist doch ein Kampf gegen Verbraucherverhalten. Das ist die Herausforderung.

Unsere Geschäfte, ob Einzelhandel, ob Filialisten, hätten es doch wesentlich leichter, wenn der Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher sagen würde: Ich gebe mein Geld nicht im Onlinehandel aus, sondern ich investiere vor Ort. „Heimat shoppen“ heißt eine Aktion der Industrie- und Handelskammern. Das wäre in der Summe für uns gemeinsam einfacher.

Herr Professor Pinkwart und ich hatten zusammen mit dem Kollegen Lienenkämper am Jahresanfang erneut zum Innenstadtgipfel geladen. Das ist die Initiative, die die Landesregierung im März 2021 mit zwölf Verbänden und Organisationen gegründet hat, um sich über die Lage im Handel auch unter Berücksichtigung der aktuellen Coronaregelungen auszutauschen und zu schauen: Was kann denn die Perspektive sein?

Der Handel hat sehr deutlich gemacht, dass er sich im Handel selbst ungerecht behandelt fühlt, was Verpflichtungen anbetrifft – 3G, 2G, 2G plus –, und hat auf andere Bundesländer verwiesen. Er wirbt dafür, hier eine Chance zu bekommen. Ich denke und hoffe, dass die Ministerpräsidenten, aber auch die Bundesregierung bei einer ihrer nächsten Beratungen hier zu Vereinheitlichungen kommen.

Wir können wir nur gemeinsam dafür sorgen, dass Umsatz stattfindet. Aber vom Umsatz muss auch Gewinn übrig bleiben, anders geht es nicht. Sonst können wir Zigtausende Arbeitsplätze nicht sichern. Das darf und muss unser Anspruch sein, denn Nordrhein-Westfalen ist der Handelsstandort in der Bundesrepublik. Vor Corona gab es mehr als 750.000 Beschäftigte in dem Bereich. Der Handel ist auch einer der größten Ausbildungsgeber in unserem Bundesland.

Deshalb brauchen wir hier ein gemeinsames Tun – der Politik auf der Landesebene, der Politik auf der kommunalen Ebene, aber eben auch der Verbraucherinnen und Verbraucher.



Meine sehr geehrten Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion, Sie sagen, dass nicht genügend Personal da ist, dass die kommunale Finanzsituation nicht passt. Ich sage Ihnen ganz offen: Seit 2017 versuchen wir die Ausgabenreste in der Städtebauförderung zu verringern. Das bedeutet: Bewilligungsbescheide werden vor Ort nicht umgesetzt, weil man sich sehr zügig auf Projekte einlässt, Anträge stellt, der Bewilligungsbescheid kommt, aber dann hat man so viele Projekte vor Ort laufen, dass man sie nicht abarbeiten kann. Die Städte und Gemeinden wissen, dass sie von mir nur dann Geld bekommen, wenn die Ausgabenreste nicht ansteigen.

Wir haben im letzten Jahr bei mehreren Städten und Gemeinden schon Förderpausen eingelegt, weil wir gesagt haben: Arbeitet erst mal das ab, was ihr euch vorgenommen hat, bevor ihr Neues anfangt.

Das haben wir den Städten und Gemeinden zu Beginn dieser Woche in einem Hauptverwaltungsbeamtengespräch, das ich alljährlich führe, noch einmal deutlich gemacht. Das sind keine Entscheidungen gegen eine Stadt, sondern Entscheidungen für eine Stadt, damit man sich bei dem, was ein Rat, was eine Verwaltung, was eine Bürgerschaft in die Tat umsetzen will, fokussiert.

Dazu gehören auch vielfältige Maßnahmen im Innenstadtbereich. Wenn Sie sich die Städtebauförderprogramme ansehen, dann werden Sie feststellen, dass ein Großteil der Gelder, die wir zur Verfügung stellen, für Maßnahmen in Innenstädten gebraucht wird.

Insbesondere von dem landeseigenen „Sofortprogramm Innenstadt“ profitieren darüber hinaus viele Städte und Gemeinden, die mit viel einfacheren Ansätzen – es ist ein Landesprogramm, wofür ich immer werbe – an dieses Geld kommen können, um Transformationsprozesse zu begleiten.

Ich schaue hier einmal auf zwei Abgeordnete, nämlich die Landtagsabgeordneten Dr. Anette Bunse und Thomas Göddertz, die eigentlich Zeugnis davon ablegen können müssen, was das landeseigene „Sofortprogramm Innenstadt“ in ihrer Kommune bewirkt. Mit diesem Geld bewegen wir im Hansaviertel in Bottrop ungeheuer viel für die Innenstadt. Es gibt auch eine große Initiative der Stadt selber zusammen mit einem Investor, um dafür Sorge zu tragen, dass dieser Handelsstandort eine Zukunft hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Göddertz hat gedanklich mit applaudiert, ich habe es gesehen.

(Dr. Anette Bunse [CDU]: Ja, genau!)

Sie haben viele Punkte angesprochen; meine Redezeit ist leider um. Manchmal würde ich mich freuen, zu Themen eine Block-II-Debatte zu führen, weil sie sich lohnt.

Vieles von dem, was Sie ansprechen, ist auf Bundesebene zu regeln. Sie wissen, dass ich seit jeher für einen Innovationsraum Innenstadt im Bundesbaurecht werbe.

Sie sprechen Punkte an, bei denen Sie selbst in Nordrhein-Westfalen nicht klar sind, Stichwort „Technische Anleitung Lärm/Freiraum Lärm versus Innenstadtentwicklung“. Das müssen wir miteinander diskutieren, aber dazu haben wir jetzt leider keine Zeit mehr.

Nordrhein-Westfalen ist bei den Innenstädten wirklich auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank und Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, was auch so bleibt. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/16247, den Antrag abzulehnen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die antragstellende Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen den Antrag? – Das sind CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen gibt es wie angekündigt bei der SPD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/14262** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

#### **4 Stopp von 2G und Co. im Einzelhandel. Freiheit und Entschädigung für den stationären Einzelhandel!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/16274

Ich eröffne die Aussprache. Wie Sie bereits gemerkt haben, beginnt die Aussprache für die AfD-Fraktion mit Herrn Kollegen Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren beklagen Kommunalpolitiker, dass der Einzelhandel in den Städten leidet. Verstopfte Straßen sowie wenige und teure Parkplätze – all das lockt die Kunden nicht mehr in die Innenstädte. Stattdessen fahren die Menschen zu den großen Einkaufszentren oder kaufen online ein.

Mitten in dieser Entwicklung teilen Herr Wüst und Herr Stamp Geschäfte in virenverseuchte und virenbefreite ein und zwingen sie zu völlig unverständlichen Kontrollmaßnahmen. Man glaubt ja fast, man sei in einer Sperrzone. Ständig muss man Impfausweis, Personalausweis etc. vorlegen, ansonsten kommt man nicht mehr durch.

Für die zusätzlichen 2G-Maßnahmen gibt es bis heute keine wissenschaftliche Grundlage. Es gibt keine Beweise, dass der Einzelhandel ein relevanter Treiber der Pandemie ist. Aufgrund der Maßnahmen der Regierung aber bleiben nun die Kunden weg, was vor allen Dingen die Mitarbeiter und Inhaber kleiner Geschäfte betrifft.

In der letzten Woche hatten 23 % der Kunden keinen 2G-Status. Inzwischen sind es aber viel mehr, denn viele Genesene wurden in einer Wochenendaktion von Lauterbach und dem RKI entmündigt. Auch Personen, die mit Johnson & Johnson geimpft wurden, wurden über Nacht Grundrechte entzogen.

Nicht das Virus ist die Gefahr für unseren Einzelhandel, sondern die Landesregierung, die sich als Lobbyistin der Pharmakonzerne aufspielt. Mit Ihren Maßnahmen treiben Sie die Menschen in die Arme großer Internetkonzerne.

Staatliche Regeln sollen wirksam, verständlich und angemessen sein. Ihre Regeln sind es jedoch nicht. Wissen Sie, welchen Status Sie brauchen, wenn Sie ins Kino, zur Massage oder schlicht in den Baumarkt wollen?

(Der Redner hält eine Zeitung hoch.)

Vor einer Woche hat der Kölner Stadt-Anzeiger versucht, es in Bildern zu erklären. Vielleicht kennen Sie die Seite selbst: Diese Coronaregeln gelten für Sie.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Loose, Sie wissen genau, dass das Hochhalten von Abbildungen, Darstellungen usw. verboten ist. Ich hatte das gestern bereits Ihrer Kollegin gesagt und bitte Sie, das herunterzunehmen; sonst hat das Konsequenzen.

**Christian Loose (AfD):** Auf der linken Seite der gerade hochgehaltenen Grafik des Kölner Stadt-Anzeigers finden Sie die Geschäfte, zu denen Sie gehen möchten, auf der rechten Seite hätten Sie jetzt neun verschiedene Kombinationen von Impf- und Genesenstatus gesehen. Zum Friseur dürfen andere Leute als ins Kino und in die Kneipe wieder andere als ins Schwimmbad. Die Menschen blicken einfach nicht mehr durch.

Diese Liste ist inzwischen auch veraltet. In der letzten Woche hatten Sie noch Rechte, wenn Sie seit fünf Monaten genesen waren. In dieser Woche sind Sie

damit praktisch vogelfrei. Sie können diese Zeitung also getrost in den Müll werfen.

(Der Redner zerknüllt die Zeitung. – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Och, ich wollte die doch haben!)

Wie es mit Johnson & Johnson weitergeht, weiß auch niemand. Ist es überhaupt noch etwas wert, einmal mit Johnson & Johnson geimpft zu sein, oder nur dann, wenn man genesen ist, oder auch dann nicht? Das versteht schlicht kein Mensch mehr.

Weil die Menschen das nicht mehr verstehen, kaufen Sie im Internet oder bei den großen Warenhäusern. Bei real darf jeder eine Jeans oder einen Fernseher kaufen, aber wehe, Sie wollen diese Jeans bei H&M oder den Fernseher bei Media Markt kaufen. Das dürfen Sie nur, wenn Sie zu den Menschen mit den vollwertigen Grundrechten und dem richtigen G-Status gehören. Wer aber diese vollwertigen Grundrechte gerade besitzt, weiß eigentlich keiner so genau.

(Helmut Seifen [AfD]: Das weiß niemand!)

Das Virus ist auch nicht überall gleich schlimm. In Osnabrück, also in Niedersachsen, ist der Besuch im Baumarkt frei, in Münster aber nicht – wie 30 km ein solches Virus doch verändern können.

Einzig Gerichte stoppen die Regierenden, alleine zweimal in dieser Woche. Im Saarland und in Baden-Württemberg kippten die Gerichte die 2G-Regel im Einzelhandel. Diese Entscheidungen zeigen, dass Freiheit noch möglich ist. So appelliert der Geschäftsführer des Handelsverbands Deutschland in dieser Woche – ich zitiere –:

„Ich erwarte von der Politik den Mut dazu, Erfahrungswerte sowie Fakten anzuerkennen und eine schlechte Regelung auch wieder zurückzunehmen.“

Das ging auch an Sie, Herr Laumann.

Ich appelliere nun aber an Sie, liebe Abgeordnete: Hören Sie auf, die Kunden weiter in die Arme der großen Onlinekonzerne zu treiben. Lassen Sie uns gemeinsam den Handel in den Innenstädten stärken und die Händler für die bisherigen Kosten der unangemessenen Kontrollmaßnahmen entschädigen. Stimmen Sie für die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger und der Einzelhändler. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose.

(Christian Loose [AfD]: Brauchen Sie die Zeitung für irgendetwas?)

– Nein.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kehrl das Wort.

**Oliver Kehrl** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gesprochen hören sich AfD-Anträge meistens schlimmer an als gelesen; das muss man leider auch in diesem Fall wieder sagen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich möchte vorausschicken, dass Nordrhein-Westfalen die Herausforderungen der vierten Welle weit besser als die Mehrzahl der anderen Bundesländer meistert. Nordrhein-Westfalen steht verhältnismäßig sehr gut da, was unserer erfolgreichen Impfkampagne geschuldet ist. Wir stehen auf Platz eins der großen Flächenländer: Rund 76 % sind bereits vollständig geimpft.

Die Zahlen in den Krankenhäusern sind aber in den letzten Wochen um 50 % angestiegen. Wir hoffen, dass es bei leichten Verläufen bleibt. Es sind zwar weniger schwere Verläufe, aber wir müssen uns natürlich auch die aktuelle Situation anschauen.

Vor allem bei immunisierten, bei geimpften Patienten sind die Verläufe mild. Das versteht die AfD auch an dieser Stelle nicht: Impfen hilft. Genau das ist der Weg aus der Krise.

(Beifall von der CDU und der FDP – Helmut Seifen [AfD]: Das ist doch Quatsch!)

Wir haben erfolgreich gehandelt. Wir versuchen, den Gesundheitsschutz sowie die Rechte der Kaufleute und des Einzelhandels gegeneinander abzuwägen. Das ist ein schwieriger Prozess, aber bei über 200.000 Neuinfektionen am Tag ist die Politik gefordert, umsichtig und vorsichtig vorzugehen.

2G haben wir in Museen, Kinos und im Einzelhandel, in der Gastronomie haben wir 2G plus. Das alles sind Maßnahmen, die in der derzeitigen Phase mit Sicherheit hilfreich sind.

Sie haben recht, dass der stationäre Einzelhandel kein Infektionstreiber ist, aber es geht selbstverständlich um die Pooleffekte, die der Einzelhandel auslösen kann. An dieser Stelle war die Maßnahme mit Sicherheit richtig initiiert.

Wir haben es mit umsichtiger Politik verstanden, die Omikron-Welle zu verzögern. Darum geht es aktuell. Damit haben wir wertvolle Zeit gewonnen, um die Doppelbelastung in Krankenhäusern durch Delta und Omikron zu verhindern.

Das sind temporäre Maßnahmen, die sich mit Blick auf das Infektionsgeschehen in Nordrhein-Westfalen auszahlen. Sie dürfen aber kein Dauerzustand sein. NRW wird mit den Arbeiten für ein umsichtiges Zurückfahren der Schutzmaßnahmen beginnen, wenn wir in den nächsten Tagen und Wochen die Über-

forderung des Gesundheitssystems absehbar ausschließen können. So hat es der Ministerpräsident am Mittwoch hier im Landtag gesagt.

Die Menschen und gerade auch der Einzelhandel brauchen eine Perspektive für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität. Wir wissen, dass viele Unternehmer, Selbstständige und auch deren Arbeitnehmer um ihre Existenz kämpfen, besonders im Einzelhandel.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Dazu brauchen wir aber auch – das ist auch Teil der Wahrheit – von der Ampel und von Wirtschaftsminister Habeck rasche Klarheit über die Wirtschaftshilfen und eine frühzeitige Entscheidung über die Fortsetzung des Kurzarbeitergeldes bis zum 31. März.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Den jetzigen Zustand kann keine Wirtschaftsbranche auf Dauer aushalten. Das ist völlig klar. Da, wo Hilfe benötigt wird, steht NRW mit seinen Landesprogrammen bereit, und wir haben bei der Soforthilfe die Fristen für die Rückzahlung bis 2023 verlängert. Das sichert zunächst einmal Liquidität.

Wir nehmen die Sorgen der Einzelhändler, Mittelständler und Großunternehmen tatsächlich ernst. Ich bin persönlich seit zwei Jahren eigentlich täglich oder wöchentlich im Gespräch mit den betroffenen Branchen, mit den einzelnen Unternehmen, um Politik auch vor Ort zu erklären. Ich denke, das unterscheidet unseren Politikansatz von der AfD.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

So macht man Politik.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU] – Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Uns ist klar: Wir wollen die 2G-Regelung so schnell wie möglich obsolet machen. Das möchte ich ganz klar sagen. Es ist Aufgabe für die nächste Ministerpräsidentenkonferenz und für die Bundesregierung, ein Szenario zu entwickeln, wie wir an dieser Stelle zur Normalität zurückkommen.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU] – Christian Loose [AfD]: Das Land kann entscheiden!)

Die AfD verwechselt hingegen Pandemie mit Panikmache.

(Helmut Seifen [AfD]: Ah!)

Sie verbreiten fortgesetzt Fake News über das Coronavirus und dessen Folgen. Damit machen Sie unsere Impfkampagne an vielen Stellen noch schwieriger, als es in vielen Milieus und Branchen schon ist.

(Beifall von der FDP und von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist also Vorsicht geboten, und Entscheidungen, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen, sind angesagt. Aber den Alarmismus, den Sie von der AfD hier themenübergreifend verbreiten, sollten Sie sein lassen. Ihre Forderungen sollen spalten. Sie haben nichts mit verantwortungsvoller Politik zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bell.

**Dietmar Bell (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatten der letzten zwei Tage und auch heute verfolgt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass, je näher der Wahltermin rückt, die Auseinandersetzung über bestimmte Themen immer radikaler wird.

Wir haben heute Morgen einen denkwürdigen Auftritt des Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses in diesem Hohen Haus erlebt. Ich habe noch nicht erlebt, dass ein Vorsitzender eines Wissenschaftsausschusses in diesem Hohen Haus von Gefälligkeitswissenschaftlern gesprochen hat.

(Beifall von der SPD und der CDU und Josefine Paul [GRÜNE] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Herr Seifen, ich will an dieser Stelle sehr deutlich machen, dass ich in dieser Frage von Ihnen vor dem nächsten Wissenschaftsausschuss eine Klarstellung persönlicher Art erwarte. Das ist Ihrer Rolle sowie des Hohen Hauses unwürdig.

(Beifall von der SPD und der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Ich möchte hier meinem geschätzten Kollegen Kehrl widersprechen. Ich persönlich finde nicht, dass sich dieser Antrag gelesen nicht ganz so schlimm wie anhört wie gesprochen. Man muss sehr genau lesen, um ein Stück weit auch das Wording zu demaskieren, das vonseiten der AfD aktuell genutzt wird.

Was fordert die AfD, was wir heute hier beschließen sollen? – Unter anderem sagt sie, der Landtag möge feststellen:

„Eine Impfpflicht durch die Hintertür stellt eine Nötigung von Millionen freiwillig ungeimpfter Menschen dar.“

Die Nötigung ist nach § 240 Strafgesetzbuch ein Straftatbestand. Wenn dieser Landtag es beschließen würde, wie Sie, Herr Loose, es fordern, hätten wir die Situation, dass der Landtag grünes Licht für den besonders schweren Tatbestand geben würde, dass Amtsträger ihre Befugnisse oder ihre Stellung

missbrauchen. Genau das ist das Ziel Ihres Antrages.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Ihnen geht es überhaupt nicht um den Einzelhandel. Ihnen geht es darum, Amtsträger, die verantwortlich ihrer Arbeit nachgehen und in Verantwortung für die Menschen in diesem Land arbeiten, in einen strafrechtlich relevanten Zusammenhang zu ziehen und zu diskreditieren.

(Beifall von der SPD und der FDP und von Oliver Kehrl [CDU])

Deswegen sage ich: Es ist schlichtweg inakzeptabel, und es ist unanständig, was in diesem Antrag formuliert worden ist.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP)

Ich bleibe auch dabei: Eine Formulierung wie diejenige, dass Regierende sich zu Lobbyisten der Pharmakonzerne machen würden – das war vorhin Ihr O-Ton in der Debatte – ist nichts anderes als der Versuch, Amtsträger zu diskreditieren und sie zum Abschluss freizugeben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich sage das so deutlich, weil ich meine, dass das Wording, das wir zurzeit auch auf Demonstrationen erleben, sich mittlerweile auch in Plenardebatten und in Ihren Anträgen wiederfindet. Sie verletzen in diesem Hohen Hause Grenzen, die aus meiner Sicht nicht verletzt werden dürfen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ihnen geht es überhaupt nicht um den Einzelhandel.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ihnen geht es null um den Einzelhandel in den Städten. Ihnen geht es nur darum, ein radikales Umfeld anzuheizen und Stimmung zu erzeugen, um davon zu profitieren.

Ich bin jetzt seit zwölf Jahren in diesem Hohen Haus, und ich werde im Mai ausscheiden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Das können Sie ja begrüßen, Herr Loose. Das ist mir, ehrlich gesagt, egal.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja!)

Ich habe in diesem Hohen Hause mehrere Parteien erlebt, die zum Ende von Legislaturperioden geglaubt haben, Radikalisierung würde helfen, sich wieder ins Parlament zu retten – ob die Linken 2012 oder die Piraten 2017.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Genau!)

Mit dem Stil und mit der Art und Weise Ihrer aktuellen Kommunikation sind Sie auf dem besten Wege, den

Einzug in den Landtag zu reißen. Gönnen würde ich es Ihnen von Herzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bell. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Seifen wird diese durchführen. Bitte schön.

**Helmut Seifen (AfD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Herr Bell, jetzt gönnen wir uns ja alles Mögliche. Ich schätze Sie persönlich in Ihrer Arbeit im Wissenschaftsausschuss und hätte mich gefreut, wenn Sie weitermachen, aber so ist es nun mal im Leben.

Sie sprechen mich in den letzten Jahren ja immer dann als Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses an, wenn Ihnen etwas nicht passt und Sie keine Argumente haben. Dann muss ich immer mit meiner Position herhalten.

Erstens. Ich denke, Sie müssen auch zugestehen, dass ich mich in meiner Rolle als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses völlig korrekt und tadellos verhalte.

Zweitens. Ich bin auch gleichzeitig Sprecher für Wissenschaft. Da müssen Sie mir schon zugestehen, dass ich mir Sorgen mache, wenn ich im Fernsehen oder im Radio Wissenschaftler höre, die genau das sagen, was Politiker hören wollen, aber keine wissenschaftlichen Argumente bringen, und wenn außerdem im öffentlichen Rundfunk und in den Medien nur Wissenschaftler zu Wort kommen, die genau diese Coronaerzählung bedienen. Wenn andere, die oft zehn, zwanzig Jahre lang hochrangig und in Regierungsberatungsgremien waren, Institute geleitet haben, sich kritisch äußern, dann werden sie als Schwurbler oder so etwas bezeichnet. Das sind Respektlosigkeiten.

Dann muss ich als jemand, der für die Wissenschaft brennt, meine Stimme erheben, und als Sprecher für Wissenschaft – nicht als Vorsitzender – muss ich mir schon die Meinung erlauben dürfen, dass ich sage: Diese Wissenschaftler nehmen möglicherweise ihre Vorstellung, nach der Wahrheit zu suchen, nicht ganz so ernst, sondern sie geben den Politikern die Vorlagen, die diese brauchen, um hier im Parlament ihre Argumente darzulegen.

Sie haben jetzt in Ihrer Rede ...

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Stopp! Jetzt sind wir am Ende der Redezeit. – Herr Bell, Sie haben das Wort für eine Antwort oder Reaktion. Bitte schön.

**Dietmar Bell (SPD):** Herr Seifen, ich bin sehr dankbar für Ihr Kurzintervention, denn sie demaskiert Sie und Ihr Verhältnis zur Wissenschaft gnadenlos.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich werde diese Äußerung in der Wissenschaftscommunity verbreiten, weil Sie sich damit aus meiner Sicht als Ausschussvorsitzender des Wissenschaftsausschusses disqualifiziert haben.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Bombis.

**Ralph Bombis\* (FDP):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Auch wenn wir alle wissen, dass die AfD solche Anträge wie den vorliegenden nicht stellt, um die Debatte zu bereichern,

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

sondern nur, um auf Kosten der Menschen billige Polemik zu betreiben,

(Zuruf von der AfD)

werde ich natürlich dazu Position beziehen.

(Zurufe von Helmut Seifen [AfD] und von Christian Loose [AfD])

Ich möchte gerne das, was Kollege Bell eben zur Demaskierung Ihrer Sprache gesagt hat, noch einmal sehr deutlich unterstreichen und mich dem völlig vorbehaltlos anschließen.

Ich will zunächst deutlich sagen, dass wir als Freie Demokraten uns weiterhin sehr klar in der Frage der richtigen Strategie in dieser Pandemie positionieren werden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir werden unsere Position vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Lage immer wieder überprüfen und mit den anderen konstruktiven Fraktionen um den richtigen Ausgleich zwischen Vorsicht und Gesundheitsschutz einerseits und Freiheit und Grundrechten andererseits ringen. Das ist unsere Verantwortung als Demokraten in diesem Haus.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Die steigenden Infektionszahlen zeigen: Die Omikron-Welle hat uns voll erwischt. Glücklicherweise deutet die aktuelle Datenlage darauf hin, dass sich die schweren Krankheitsverläufe stärker als bisher von den Inzidenzen entkoppeln. Wenn die Hospitalisierungsrate und die Anzahl der schweren Verläufe zurückgehen, werden wir auch die Verhältnis-

mäßigkeit unserer Maßnahmen immer wieder überprüfen müssen. Auch das ist unsere Verantwortung.

Wir haben uns als Freie Demokraten bereits positioniert, dass wir einen Kurswechsel wollen

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und dass Freiheitsbeschränkungen stets gut begründet und im Lichte neuer Entwicklungen auch neu bewertet werden müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen im Einzelhandel weg von der 2G-Regelung. Das ist korrekt.

(Helmut Seifen [AfD]: Ah!)

Dafür brauchen wir aber keine

(Christian Loose [AfD]: Brauchen Mehrheiten!)

polemischen Anträge. Der Einzelhandel – auch das hat Kollege Kehrl bereits betont – ist kein Pandemietreiber, und nach einer neuen Studie schließt das Tragen von FFP2-Masken – so viel übrigens an die Herren der AfD zu den FFP2-Masken, die Sie immer despektierlich als Kaffeefilter oder so bezeichnen –

(Helmut Seifen [AfD]: Filtertüten!)

bei einer bis zu 20-minütigen Begegnung eine Infektion nahezu vollständig aus. Das ist der richtige Weg. Das ist die notwendige Vorsicht,

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

um dann zu kontrollieren und möglicherweise Maßnahmen anpassen zu können.

Eine Modellierungsstudie der Humboldt-Universität zu Berlin hat auch gezeigt, dass Ungeimpfte durchschnittlich an acht von zehn Infektionen beteiligt sind. Damit tragen Ungeimpfte zum Infektionsgeschehen überproportional bei. Auch diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen.

Deswegen gelingt der Übergang von der pandemischen zu endemischen Lage nur, wenn die Zahl der Geimpften in der Bevölkerung steigt. Deswegen bleibt das Impfen der beste und sicherste Weg. Die deutsche Booster-Kampagne steht mit ihrem Erfolg bisher beispiellos in Europa da. Das ist auch gut so, aber das darf uns nicht dazu bringen, dass wir in unseren Anstrengungen nachlassen.

Weil auch ein vollständiger Impfschutz keine Infektionen vollständig ausschließt, ist es richtig, verantwortbare Maßnahmen immer wieder neu zu diskutieren, zu überprüfen und anzupassen. Sie leisten dazu aber nun wirklich überhaupt keinen konstruktiven Beitrag. Sie sind nur an Populismus, Spaltung und alternativen Fakten interessiert, um die Menschen zu verunsichern und bei Querdenkern, Radikalen und Impfgegnern auf Stimmenfang zu gehen. Was Sie

hier betreiben, ist blanker Populismus, und Sie schrecken dabei auch vor Unwahrheiten nicht zurück.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden – Kollege Bell hat es gesagt – von angeblicher Nötigung; von Diskriminierung durch die Regierenden. Das ist blanker Populismus, und das ist gefährlich! Sie fordern pauschal Entschädigungen. Das ist blanker Populismus. Ihre Behauptung, Impfungen stünden im Zusammenhang mit Tausenden Todesopfern, ist blanker Populismus und inhaltlich total falsch. Das ist die Unwahrheit.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Das ist vermutlich vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Impfung für den Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung und gerade der vulnerablen Gruppen die perfideste und gefährlichste Aussage, die Sie hier immer wieder treffen.

Die vorhandenen Impfstoffe sind milliardenfach eingesetzt worden. Sie haben sich als sicher erwiesen. Das müssen wir hier immer wieder festhalten. Davon müssen wir die Menschen überzeugen, die immer noch Zweifel und Sorgen haben. Aber wer in diesem Stadium immer noch so argumentiert – das muss in aller Klarheit gesagt werden –, muss auch die Verantwortung für das Leid der Menschen übernehmen, die immer noch von einem schweren Verlauf betroffen sind. Und das sind Sie, die Damen und Herren von der AfD.

(Beifall von der FDP, der CDU, René Schneider [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Wir stehen weiterhin dafür, die aktuelle Lage immer wieder zu überprüfen und zu hinterfragen. Wir ringen mit den anderen demokratischen Fraktionen gerne um den richtigen Weg.

Wichtig ist und bleibt, dass die Maßnahmen für die Menschen klar und nachvollziehbar sind. Wenn Freiheit möglich ist, müssen wir uns auch dafür einsetzen und Beschränkungen fallen lassen, aber nicht populistisch, nicht polemisch und nicht gefährlich, wie es die AfD immer wieder tut. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, René Schneider [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bombis. – Nun hat Herr Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In Abwandlung eines bekannten Sprichwortes würde ich in Richtung des Einzelhandels sagen: Wehe denen, die solche Freunde haben –

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Helmut Seifen [AfD])

oder auch solche Freundschaften schließen wollen; ich glaube, das ist der eigentliche Impuls. Sie wollen sozusagen Ihr Spektrum erweitern, indem Sie sich dem Einzelhandel wegen seiner berechtigten Sorgen an den Hals werfen.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie wollen ausgrenzen!)

Man muss hier die Differenzierung und die Frage stellen, ob Sie überhaupt berechtigt sind, in dieser Frage mitzudiskutieren. Ich meine, das sind Sie nicht.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das entscheiden nicht Sie!)

Nein, Sie stehen außerhalb eines Konsens, bei dem man sich darüber Gedanken macht, den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt der Anstrengungen in einer Pandemie zu stellen.

(Helmut Seifen [AfD]: Wir auch!)

Sie glauben, dass der Gesundheitsschutz überhaupt nicht nötig ist. Sie leugnen die Gesundheitsgefahr.

(Helmut Seifen [AfD]: Fragen Sie doch mal die psychologischen Praxen! – Christian Loose [AfD])

Das ist es, was eigentlich zu diskutieren ist.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Im Übrigen ist auch sehr entlarvend, dass Sie nicht auf die aktuelle Rechtsprechung hinweisen. Ich will das an dieser Stelle tun. Bei aller Sorge um den Einzelhandel hat es bereits im Dezember eine Entscheidung des OVG gegeben, in welcher die Maßnahme als gerechtfertigt angesehen worden ist, insbesondere im Zusammenhang mit der Impfkampagne.

Ich will an dieser Stelle auch abschließen; denn ist schon von allen Vertreterinnen der anderen Fraktionen ausreichend auf Ihre politische Absicht hingewiesen worden. Sie instrumentalisieren den Einzelhandel, um die Frage zu stellen, die eigentlich an Sie zu stellen wäre. Aber Sie geben da ja grundsätzlich keine Antwort.

Im Kern geht es darum, von Anfang an Kontaktbeschränkungen so zu implementieren, dass möglichst wenige Kontakte entstehen. Das ist Ziel der ganzen Veranstaltung: Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren.

Wenn Sie diese Maßnahme nicht wollen, dann müssen Sie, wenn Sie sich ernsthaft an der Diskussion beteiligen wollen, sagen, wo Sie es denn sonst wollen. Das tun Sie aber nicht, weil Sie generell keine Maßnahme zur Kontaktreduzierung wollen. Deshalb meine ich, dass Sie jedes Recht verwirkt haben, an dieser Debatte überhaupt teilzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rimmel. – Nun hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Herr Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten gestern der offiziellen Statistik zufolge 46.500 Neuinfektionen in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine Anzahl an Infektionen an einem Tag, die wir uns Ende November, Anfang Dezember noch gar nicht vorstellen konnten. Deswegen müssen wir natürlich genau hinschauen: Welche Rolle spielen Inzidenzen, und wie ist die Situation im Gesundheitswesen?

Im Gesundheitswesen sieht es zurzeit so aus – das sind die Zahlen, die zumindest mich als Gesundheitsminister am meisten interessieren –, dass wir in Nordrhein-Westfalen rund 3.300 Menschen wegen oder mit dieser Erkrankung in unseren Krankenhäusern haben. Das sind 900 mehr als vor einer Woche. Wir haben, Gott sei Dank – darüber bin ich ganz glücklich –, keine großen Bewegungen bei der Belegung der Intensivstationen.

Es ist richtig, was Herr Rimmel gesagt hat: Die Pandemie kann man nur durch Kontaktbeschränkungen und durchs Impfen eingrenzen. Ich will nur sagen: Wer wenig Kontaktbeschränkungen haben will, sollte uns unterstützen, damit wir eine hohe Impfquote hinkriegen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Je höher die Impfquote ist, desto mehr Möglichkeiten haben wir auch in dieser Frage.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Weil die ja so toll hilft, die Impfung!)

– Sie hilft auf jeden Fall erheblich dabei, dass man weniger Leute ansteckt,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Quatsch!)

und sie sorgt erheblich für schwächere Krankheitsverläufe – beides.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dann gibt es einen weiteren Punkt. Wir haben heute Morgen in der Aktuellen Stunde wieder alle bekräftigt, dass es absolute Priorität hat, dass die Schule funktioniert. Wenn wir keine Kontaktbeschränkungen bei Schülerinnen und Schülern wollen, dann kann man nicht bei jeder anderen Gruppe, für die wir eine

Kontaktbeschränkung vorsehen, sagen: Da geht es aber auch nicht.

Da müssen wir uns schon entscheiden. Zu sagen, die Schule hat absoluten Vorrang vor allen anderen, heißt auch, dass ich woanders bereit sein muss, Kontaktbeschränkungen mitzutragen, wenn ich sie im Bereich „Schule“ nicht will. In den ersten Phasen der Pandemie haben wir eher Kontaktbeschränkungen über Kinder gemacht als zum Beispiel über den Handel.

Ein weiterer Punkt ist mir sehr wichtig. Wenn wir uns die Inzidenzen in Nordrhein-Westfalen mal nach Altersgruppen anschauen – ich will das hier nur mal ganz sachlich sagen –, zeigt sich dass wir zurzeit bei den 20- bis 39-Jährigen eine Inzidenz von knapp 1.500 haben. Sie liegt also um etwa 500 Punkte höher als in der Gesamtbevölkerung. Und Gott sei Dank haben wir bei den 80-Jährigen nur eine Inzidenz von 241.

Jetzt ist die große Sorge für das Gesundheitssystem: Wird über die Jüngeren die Ansteckung in die Familien getragen, sodass es bei den Älteren auch zu hohen Inzidenzen und Ansteckungszahlen kommen? – Viele Fachleute sagen: wenn das passiert, dann werden wir auch wieder eine andere Problematik auf den Intensivstationen haben.

(Christian Loose [AfD]: Das ist typisches Ängste-Schüren, was Sie da machen!)

Das muss man eben im Auge haben. Deswegen finde ich es richtig, dass wir zurzeit vorsichtig bleiben. Das sehe ich genauso, wie es heute schon andere Redner gesagt haben. Wenn wir eine gewisse Gewissheit haben – so will ich es mal sagen –, dass sich die Omikron-Variante nicht erheblich auf unsere Intensivstationen auswirkt,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Hat man in Dänemark schon! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Guck dir mal die Impfquote in Dänemark an!)

dann wird die Landesregierung selbstverständlich auch mögliche Spielräume nutzen, wie wir es während der gesamten Pandemie getan hat.

Auf einen Punkt lege ich auch Wert.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ihr habt ja nicht mal richtige Zahlen! – Unruhe – Glocke)

Wenn Sie sich anschauen, wie Nordrhein-Westfalen auch wirtschaftlich bis jetzt durch diese Krise gekommen ist,

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr seid unverantwortlich!)

wenn man sich einfach mal die Arbeitsmarktzahlen in Nordrhein-Westfalen anschaut,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dann kann ich Ihnen nur sagen: Nordrhein-Westfalen ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht so schlecht durch die Krise gekommen. Vielleicht hat das auch etwas mit Augenmaß in der Coronapolitik unseres Landes zu tun. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Minister Laumann. – Nun hat sich für die AfD noch einmal Herr Loose zu Wort gemeldet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Will noch jemand Pizza bestellen?)

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister, fast ganz Israel ist vierfach geimpft und hat trotzdem mit die höchsten Inzidenzen. Wer diese Fakten ignoriert, ist als Gesundheitsminister falsch aufgehoben.

(Beifall von der AfD)

Herr Bombis, Sie haben es doch in NRW in der Hand, die Fesseln für den Einzelhandel zu lösen. Ihr Minister, Herr Stamp, sagte am Wochenende – ich zitiere –: „Die 2G-Regel ist im Handel nicht mehr haltbar.“

Sie stellen hier weder einen Änderungsantrag noch einen Entschließungsantrag, um den Einzelhandel zu stärken. Da zeigt sich wieder: Bei der Presse behaupten Sie, Sie wünschten Freiheit, und im Plenum, wo es doch darauf ankommt, schränken Sie die Freiheit der Bürger ein. Dieses Verhalten, Herr Bombis, ist blanker Populismus.

(Lachen von Ralph Bombis [FDP])

Das ist gefährlich. Und gefährlich ist es auch, die Impfschäden zu leugnen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Impfschadensleugner sind verantwortlich für weitere Impftote. Da werden dann aus Biedermännern Brandstifter, und das ist brandgefährlich für die Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Zurufe von der AfD – Gegenrufe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Jetzt fahren wir die Erregung wieder ein bisschen runter und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion stimmt zu. Das war anzunehmen. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen sind gegen diesen Antrag. Gibt es Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.



(Fortgesetzt Zurufe von der AfD – Gegenrufe von CDU und FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose! Lassen Sie uns mal zur Ruhe kommen. Wir sind doch schon beim nächsten Tagesordnungspunkt.

(Christian Loose [AfD]: Entschuldigung!)

Ich rufe auf:

## 5 Innovationsland NRW: Intelligente Spezialisierung und konsequente Zukunftsorientierung möglich machen

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16283

Das ist mal ein Thema. Ich eröffne die Aussprache. Es spricht Herr Schick für die CDU-Fraktion.

**Thorsten Schick**<sup>3)</sup> (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, Sie haben völlig recht, das ist ein Thema, über das wir sprechen müssen; denn Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit hängen stark von der technologischen Innovationsfähigkeit eines Landes ab.

Dieser Trend verstärkt sich durch die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung. Der weltweite Konkurrenzdruck zwingt zu Fortschritten bei Hochtechnologiegütern und -lösungen.

Die Bedeutung von Innovationen geht aber weit über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus. Das hat gerade die Coronapandemie deutlich gemacht. Mit der schnellen Entwicklung des mRNA-Impfstoffes konnten weltweit unzählige Menschenleben gerettet werden. Ohne medizinische Innovationen wären wir der Pandemie noch heute schutzlos ausgeliefert, auch wenn es jetzt natürlich wieder reflexartige Bemerkungen der AfD gibt.

Weitere weltweite Herausforderungen werden wir nicht ohne Innovationen stemmen können. Die Erreichung der Klimaziele ist nur ein Beispiel. Auch hier sind Fortschritt und technische Innovationen erforderlich.

In Nordrhein-Westfalen haben wir unterschiedliche Regionen mit ganz eigenen Stärken: die großen Städte mit starken DAX-Unternehmen und Exzellenzuniversitäten an Rhein und Ruhr oder die starken Mittelstandsregionen in Ost- und gerade auch Südwestfalen. Sie alle sind allerdings auf neue Ideen angewiesen, damit ihre Unternehmen auch in der Zukunft noch erfolgreich arbeiten können.

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovationen hat Anlass zu Optimismus gegeben. In den Berichten der Landesregierung und der unabhängigen Experten wurde deutlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg sind. Die Gründerszene, die Innovationen vorantreibt, ist deutlich dynamischer und breiter geworden. Nordrhein-Westfalen schiebt sich auch weiter nach vorne, wenn es beispielsweise um die viel beachtete Start-up-Szene geht.

Diese Entwicklungen sichern Zukunft. Begleitet wird sie durch zwei positive Effekte, die ich gerne herausstreichen möchte. Wir haben auch viele Innovationen im sozialen und ökologischen Bereich. In einem Bundesland, das auch in diesen Feldern vor großen Herausforderungen steht, finde ich das sehr erfreulich. Wir begrüßen das ausdrücklich; denn auch diese Innovationen haben einen großen Mehrwert für die Gesellschaft.

Die zweite erfreuliche Entwicklung ist, dass in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Frauen gründen und damit auch Innovationen vorantreiben als in anderen Bundesländern. Ihr Anteil ist noch zu gering; das stimmt. Aber die Entwicklung zeigt hier deutlicher nach oben als in anderen Bundesländern.

Auch deshalb ist es unser Ziel, den Anteil von weiblichen Gründungen in den kommenden Jahren mithilfe von unterschiedlichen Instrumenten zu steigern. Wir wollen Unternehmensgründungen durch Frauen im Hochschul Umfeld vorantreiben. Es soll ein Female Incubator zur Förderung weiblicher Hochschulgründungen aufgesetzt werden. Wir wollen ein Mentoring-Netzwerk etablieren.

Die erreichten Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Die Landesregierung und die NRW-Koalition haben intensiv dafür gearbeitet, das vorhandene Ökosystem zu festigen und weiterzuentwickeln. Wir haben beachtliche Strukturen. Genannt seien hier die Kompetenzplattform KI.NRW, das Technologie-Netzwerk „it's OWL“, das Spitzencluster Industrielle Innovationen „SPIN“, die Forschungsfertigung Batteriezelle in Münster, das Helmholtz Institut für Wasserstoff in Jülich und das nationale Wasserstoffmobilitätszentrum in Düsseldorf. Es gibt noch viele weitere Strukturen mehr.

Auf Antrag der NRW-Koalition werden Gründerinnen und Gründer unter anderem mit der Errichtung der digitalen Plattform „Impact.NRW“ sowie durch die NRW-BANK, Schulungen und Workshops auf dem Weg unterstützt.

Dennoch dürfen wir uns trotz der Erfolge nicht zurücklehnen. Die erreichten Erfolge müssen immer wieder evaluiert werden. Grundlage zukünftiger Innovationsförderung ist unter anderem die Regionale Innovationsstrategie NRW. Der Status quo und die Stärken unseres Bundeslandes aus dem Innovationsbericht geben hier zusätzlich die Richtung vor.

Wir werden fortlaufend evaluieren; denn Innovationen sind ein dynamischer Prozess.

Dennoch möchte ich mich abschließend bei Minister Pinkwart bedanken. Das Ministerium trägt nicht nur den Namen „Innovation“, sondern lebt dies Tag für Tag. Der Erfolg gibt der Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen recht.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Keith [AfD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Schick. – Jetzt spricht Herr Matheisen für die FDP-Fraktion.

**Rainer Matheisen (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Schick hat jetzt schon etliche Punkte aufgezählt, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben. Die Frage ist für mich immer: Wie transportieren wir das weiter in die Zukunft?

(Dr. Christian Blex [AfD]: Inkubator!)

Wenn wir uns anschauen, wie ein Nordrhein-Westfalen 2050 aussehen soll, dann muss ich sagen: Ich möchte in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem wir eine saubere Luft haben. Ich möchte in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem die Menschen eine vernünftige gesundheitliche Versorgung haben. Ich möchte in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem die Menschen sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen haben. Ich möchte in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem wir eine gute, ausgefeilte Mobilität sicherstellen können. Ich möchte in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem wir, wenn, wie jetzt mit der Pandemie, eine Krisensituation auftritt, auch die passenden Antworten für diese Krise haben, in dem wir auch vernünftig digital und von der Gesundheitsversorgung her aufgestellt sind.

Genau deswegen, weil wir 2050 in einem guten Nordrhein-Westfalen leben wollen, brauchen wir Innovationen. Wir brauchen diese Innovationen nicht staatlich verordnet, indem der Staat plant. Wir brauchen sie auch nicht mittels Verboten, indem Dinge verboten werden. Vielmehr brauchen wir sie genau deswegen, weil dieses Land einen innovativen Geist atmet, indem Menschen anpacken – Gründerinnen und Gründer, aber auch Menschen, die in etablierten Unternehmen Innovationen vorantreiben –, mit Herzblut darangehen und sagen: Das nehmen wir als Gemeinschaftsaufgabe an.

Deswegen ist es so gut und so richtig, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen – da auch herzlichen Dank an Professor Pinkwart und die gesamte Landesregierung – diesen Innovationsgeist mit einer klaren Innovationsstrategie vorleben.

Darauf aufbauend haben wir den heute vorliegenden Antrag gestellt. Ich würde mich freuen, wenn Sie an der Stelle mit mir bzw. mit uns gehen und sagen: Wir möchten 2050 in einem Nordrhein-Westfalen leben, in dem es sich auch zu leben lohnt und das von Innovationen geprägt ist, um das Leben der Menschen besser zu machen.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Matheisen. – Nun spricht Herr Professor Dr. Karsten Rudolph für die SPD-Fraktion.

**Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist vielleicht nicht erstaunlich, dass Sie kurz vor Ende der Legislaturperiode – also kurz vor Ihrer Abwahl –

(Thorsten Schick [CDU]: Ah!)

einen Antrag vorlegen, der vor allem das fordert, was Sie fünf Jahre selbst hätten machen können. Stattdessen flüchten Sie sich jetzt – das betrifft sowohl den Antrag als auch teilweise Ihre Beiträge –

(Thorsten Schick [CDU]: Soweit Sie die gehört haben!)

in Absichtserklärungen, Sprechblasen, Allgemeinplätze und Wortgeklingel.

Mein Lieblingssatz in Ihrem Antrag lautet – ich zitiere daraus –:

„Eine sinnvoll ausgestaltete Innovationspolitik ist kein tatenloses Hoffen, dass für heutige Probleme in Zukunft Lösungen entwickelt werden mögen, sondern vielmehr ein sich über alle Politikbereiche erstreckender Politikansatz der Förderung und Ermöglichung von Innovationen.“

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Man kann das auch einfacher sagen. Die Tautologie heißt: Eine Innovationspolitik fördert und ermöglicht Innovation. – Was sonst?

Wenn man auf die Ergebnisse all dieser wortreichen Ausführungen schaut, liest man am Ende, der Landtag solle die Landesregierung zu irgendetwas beauftragen. Na ja. Wenn einem da einfällt, ein Handlungskonzept zur Förderung der Beteiligung an Horizon Europe aus bereiten Mitteln vorzulegen, muss ich sagen: Das sind Sachen, die schon längst hätten gemacht werden können.

Im Übrigen kann man auch einmal kritisieren, warum das bei den Antragsstellungen so kompliziert ist. Was heißt da eigentlich „Handlungskonzept“?

Der Berg kreißt weiter und gebiert ein weiteres Mäuslein. Denn der Landtag soll die Landesregierung auffordern, Netzwerkstrukturen zu schaffen und zu stärken – und das auch noch transparent.

Meine Damen und Herren, das sind wirklich kräftige Aussagen, die für eine Innovationspolitik stehen, die vor allen Dingen eines nicht macht und bis heute nach vier oder fünf Jahren nicht geschafft hat: den Menschen in den Mittelpunkt von Innovationen zu stellen. Sie machen einen großen Fehler und kehren eigentlich – auch als Liberale – in die 70er- und 80er-Jahre zurück, indem Sie meinen, man könne gesellschaftlichen Fortschritt nur über technologische Innovationen erzielen. Das ist aber leider nicht so. Das ist ein naives und unzeitgemäßes Fortschrittsverständnis, das Sie hier in Ihrer Politik vertreten.

Dabei liegen doch die Beispiele und Erkenntnisse auf der Hand. Beispielsweise loben Sie hier – das finde ich auch ganz großartig –, dass es uns gelungen ist, in Deutschland einen mRNA-Impfstoff gegen das Coronavirus herzustellen.

(Lachen von Christian Dahm [SPD])

Das Problem bei der Bekämpfung der Pandemie ist doch zurzeit nicht, dass wir keinen Impfstoff haben,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Der nichts taugt!)

sondern liegt darin, dass manche Menschen noch nicht genug überzeugt sind, diesen Impfstoff zu sich zu nehmen.

Bei einigen von der AfD ist es ja so, dass sie gegen den Impfstoff reden, dann aber die Ersten waren, die ihn sich abgeholt haben.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Sich selbst impfen lassen und andere auffordern, sich nicht impfen zu lassen:

(Helmut Seifen [AfD]: Haben wir nie gemacht! Wir halten uns da völlig raus! – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Haben wir niemals getan!)

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie natürlich, dass bei jeder Innovationspolitik – wie bei allen Dingen im Leben – der Mensch doch die entscheidende Rolle spielt.

(Zuruf von der SPD: Hat sich Herr Wagner auch impfen lassen? – Helmut Seifen [AfD]: Herr Wagner hat sich impfen lassen! Wo ist das Problem? Freiheit! Wir sind die Freiheitspartei!)

Ich verspreche Ihnen: Die Sozialdemokraten werden an die Stelle dieses naiven Fortschrittsverständnisses ein zeitgemäßes Verständnis setzen, in dem sowohl die Chancen als auch die Risiken benannt

werden. Wir werden sowohl die Wirkungen sehen als auch die Nebenwirkungen nicht verschweigen.

Wir wollen dabei auch versuchen, mit den Dingen umzugehen, die uns alle politisch noch viel mehr beschäftigen, als ein Handlungskonzept zu entwickeln, wie man Anträge gegenüber Europa besser stellt.

Das ist natürlich auch die Frage, inwieweit seit einigen Jahren Folgendes passiert: Inwieweit haben der technologische Fortschritt und die Digitalisierung zusammen mit bestimmten Marktmodellen ein solches Tempo aufgenommen, dass es jede demokratische gesetzliche Regulierung überholt oder fast unmöglich macht?

Ich würde mir wünschen, dass diese Landesregierung auch diese großen Themen angepackt und darüber gesprochen hätte, wie man den demokratischen Rechtsstaat und auch den Sozialstaat so zukunftsfähig macht, dass er nicht an einigen Stellen von technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die uns in eine schwierige Lage bringen, überrollt wird.

Im Antrag ist viel von Visionen die Rede. Sie haben Visionen. Ich denke, wir werden das dann als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach dem 15. Mai anpacken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Professor Rudolph. – Jetzt spricht Herr Bolte-Richter für Bündnis 90/Die Grünen.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind jetzt am dritten Plenartag. Bei einigen ist freitagmorgens schon ein bisschen die Luft raus. Und dahin passt dieser Antrag ganz genau. Er ist durchaus an einigen Stellen gut geschrieben. Aber letzten Endes geht das, was darin steht, das, was darin an konkreter Substanz stecken könnte, und das, was versprochen wird, deutlich auseinander.

Mit der Überschrift „Innovationsland NRW“ – jetzt retten wir die Welt und werden ganz innovativ – wird ja schon der ganz große Sprung versprochen. Schaut man sich den Antrag weiter an, insbesondere die Forderungen, sieht man aber, dass es maximal ein kleiner Hopser ist. Es sind keine neuen Schritte, keine konkreten Instrumente und keine konkreten, neuen Innovationen darin enthalten.

Es reicht eben nicht, zu sagen: „Wir wollen innovativ sein“, um als Innovationsstrategie durchzugehen. Was Sie da geliefert haben, reicht einfach nicht. Letzten Endes ist das, was in diesem Antrag steht, nur ein aufgehübschter Ausschnitt aus dem Tagesgeschäft des MWIDE.

In der Lyrik des Antrags steckt durchaus eine interessante und ehrliche Stärken-Schwächen-Analyse. Es ist auch so, dass Sie durchaus Innovationsfelder benennen.

Da unterscheiden Sie sich ja schon einmal wohltuend von Ihrer Kollegin Pfeiffer-Poensgen, deren Forschungsstrategie sich vor allem dadurch auszeichnet, dass man eben keine Strategie haben will. Statt aktiv die Zukunft zu gestalten, ist im Forschungsbereich bei dieser Landesregierung angesagt, dass man sich als Zaungast der eigenen Politik sieht und lieber gar nichts tut.

Dieser Ansatz wird hier tatsächlich etwas anders gesehen. Denn Sie benennen doch einige Felder, in denen etwas passieren könnte. Aber dann, wenn es konkret wird, gibt es wieder keine konkreten Maßnahmen und keine konkreten Instrumente.

Auch in der Aufzählung dieser Handlungsfelder findet man immer noch weitere Lücken. Es fehlt zum Beispiel der Schwerpunkt der Klimaneutralität, was ja die zentrale Frage – das hat zum Beispiel die Bundesregierung auch erkannt – für die Zukunft unserer Wirtschaft und die Zukunft unserer Gesellschaft ist und im Übrigen auch ein enormes ökonomisches Potenzial bietet.

Irgendwie schwimmt dann vielleicht an einigen Stellen mal ein bisschen Klima und mal ein bisschen Umwelt mit – aber nicht an den Stellen, an denen es zählt, nämlich bei den Forderungen. Der Kollege hat gerade schon wunderbar auseinandersetzt, was da alles fehlt und wie wenig Substanz eigentlich darin ist.

So fehlt – genauso, wie es in Ihrer ganzen Politik überhaupt an konkreten Maßnahmen zur Förderung von Social Entrepreneurship fehlt – die Förderung der sozialen und ökologischen Innovationen.

Dass Sie jetzt ein Handlungskonzept zur Förderung der Beteiligung an Horizon Europe fordern, ist sicherlich richtig. Aber auch da gilt: Was soll denn konkret passieren, außer dass Sie das Problem bewundern und feststellen, dass es da ein Programm gibt? Alles das ist genauso überfällig wie die übrigen Beschlüsse zur EU-Förderperiode seit 2021.

Dann kommen am Ende noch ein paar Selbstverständlichkeiten: Netzwerkstruktur und Open Innovation. Das ist jetzt auch nichts, was man erst kurz vor Ende der Legislaturperiode entdeckt haben sollte.

Die Wirkung der Entfesselungspakete wird dann noch einmal gelobt, obwohl wir alle wissen, dass das völlig überbewertet ist.

Am Ende bleibt als große Forderung noch übrig: jährliche Berichte über Innovationsprojekte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da haben Sie – auch Sie von den regierungstragenden Fraktionen – in dieser Legislaturperiode schon bessere und sub-

stanzhaltigere Anträge vorgelegt. Es steht wenig drin; es steht wenig Falsches drin; es steht wenig Richtiges drin. Das heißt dann am Ende: Von uns gibt es eine Enthaltung. Aber wir wünschen uns da schon ein bisschen mehr von Ihnen, vor allem ein bisschen mehr Drive für ein bisschen mehr Innovation. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Jetzt hat Herr Tritschler für die AfD-Fraktion das Wort.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab der Vollständigkeit halber ein Hinweis an Herrn Professor Rudolph: Ich zum Beispiel bin nicht geimpft, wie auch andere in meiner Fraktion. Wir geben in der Hinsicht keine Empfehlungen ab. Wir möchten, dass die Bürger sich frei entscheiden können und nicht gezwungen werden, sich mit einem Impfstoff behandeln zu lassen. Sie von der SPD verstehen das vielleicht als vulgäres Freiheitsverständnis. Aber es ist zumindest unser Freiheitsverständnis.

Und noch etwas: Kollege Wagner ist Unternehmer, also jemand, der selbst Werte schafft. Das kennt man bei der SPD nicht so. Sie sind ja meistens aus dem staatsnahen Bereich; das wissen wir. Aber wenn er dann im Rahmen dieser Tätigkeit mit Risikopatienten zu tun hat und sich deshalb impfen lässt, meine Damen und Herren, aufgrund einer Priorisierung,

(Christian Dahm [SPD]: Der war doch noch gar nicht dran! Das ist doch Quatsch!)

dann braucht er von Ihnen, von Ihrer Partei der Staatsprofiteure, keine Belehrung. Ich bin stolz darauf, dass in meiner Fraktion Leute mal noch was Anständiges gemacht haben und nicht nur in Parlamenten und Amtsstuben herumsitzen.

(Beifall von der AfD – Josefine Paul [GRÜNE]: Unanständige Vorträge!)

Aber zum Antrag: Den werde ich mir rahmen lassen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Immer, wenn mir jemand erzählt, CDU und FDP hätten noch irgendetwas mit Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu tun, werde ich ihn herausholen und vorzeigen.

Es ist jetzt gefühlt der hundertste Antrag aus der Reihe „Wir machen irgendetwas mit Digitalisierung und Innovation“. Da unterscheiden Sie sich von den Sozialisten, die hier gerade so rumgegrölt haben, und Sozialdemokraten in diesem Hause nur noch in Nuancen. Man hat es ja gehört: Es ist alles nur noch

ein bisschen zu wenig; aber im Grunde ist man sich einig.

Verräterisch ist ein Satz, der es mustergültig beschreibt – Herr Professor Rudolph hat ihn gerade auch schon zitiert – und Ihr ganzes missratenes Verständnis von Marktwirtschaft symbolisiert – Zitat –:

„Eine sinnvoll ausgestaltete Innovationspolitik ist kein tatenloses Hoffen, dass für heutige Probleme in Zukunft Lösungen entwickelt werden mögen, sondern vielmehr ein sich über alle Politikbereiche erstreckender Politikansatz der Förderung und Ermöglichung von Innovationen.“

Mit anderen Worten: Wir, die Politik, Sie, meine Damen und Herren, wissen besser, worauf es ankommt, als Unternehmer, als Erfinder und Kunden. Mit anderen Worten: Nicht der freie Wettbewerb entscheidet, was Erfolg hat und was nicht, sondern wir mit dem Geld, das wir vorher anderen weggenommen haben.

Das ist aber keine Marktwirtschaft, Herr Minister. Das ist Planwirtschaft. Und die ist in der Weltgeschichte nun jedes einzelne Mal gescheitert, als sie versucht wurde. Es ändert auch nichts, wenn Sie es „digital“, „innovativ“ oder „modern“ nennen.

Meine Damen und Herren, von Ludwig Erhard wird überliefert, dass er auf die Frage, warum er nicht zur FDP gegangen sei, geantwortet habe, er gehe lieber zur CDU; die brauche dringender einen Marktwirtschaftler. Heute wüsste er vermutlich nicht mehr so genau, wo er hingehen sollte. Das Elend ist ja auf beiden Seiten ähnlich groß.

(Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie – Henning Höne [FDP]: Elend steht gerade am Rednerpult!)

Würden Sie es ernst meinen mit Innovationsförderung, dann würden Sie dahin schauen, wo echte Innovation herkommt, meine Damen und Herren. Das sind die Länder, in denen man jungen Unternehmern Freiräume lässt. Dazu zitiere ich nur eine Umfrage aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter Unternehmensgründern. 75,5 % sehen sich in erster Linie durch eine überbordende Bürokratie in Deutschland behindert.

Da müssten Sie ansetzen. Das sprichwörtliche Gargen-Start-up, das in anderen Ländern so erfolgreich ist, geht hierzulande schon deshalb nicht, weil Bauordnung und Gewerbeaufsicht es verhindern würden.

Aber was fällt den vermeintlichen Entfesselungskünstlern von CDU und FDP ein? Eine Förderbürokratie, ein Female Incubator – wörtlich übersetzt: eine weibliche Brutmaschine oder eine Gebärmutter; ich weiß nicht, was das sein soll – und vor allem ein Programm zur Nutzung von Förderprogrammen.

Das funktioniert so: Wir überweisen Geld nach Brüssel. Dann bekommen wir aus Förderprogrammen mit klangvollen Namen wie Horizon Europe ein bisschen etwas zurück – aber nicht so einfach. Es muss natürlich gender-, klima- und sonst-was-gerecht sein und einen gewaltigen bürokratischen Apparat durchlaufen.

Weil das aber für einen Unternehmensgründer natürlich viel zu kompliziert und umständlich ist, schaffen wir jetzt eine Bürokratie auf Landesebene, die den Unternehmensgründern dabei hilft, die Bürokratie aus Brüssel zu bewältigen, für die andere in unserem Land Steuern bezahlt haben – mit die höchsten auf der Welt übrigens. So wollen wir dann mit den dicken Fischen aus Silicon Valley und Asien mithalten.

Das ist offenbar alles, was die vermeintlichen Parteien der Sozialen Marktwirtschaft den Bürgern im Jahr 2022 noch anbieten können. Sie sind – wenn wir ehrlich sind – ideologisch bankrott, meine Damen und Herren von den sogenannten Bürgerlichen. Man könnte über so etwas fast lachen. Aber es ist leider fatal für die Zukunft unseres Landes. Vielleicht besinnen Sie sich einmal auf Ihre Ursprungswerte. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Tritschler. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sehen schon anhand der Debatte: Auch die Innovationspolitik ist eine komplexe. Aber man kann sie, glaube ich, auf ein paar Grundsätze zurückführen.

Wenn Sie heute innovativ sein wollen, wenn Sie neue Produkte, neue Prozesse und neue Dienstleistungen entwickeln wollen und wenn Sie das Leben der Menschen besser machen wollen, dann brauchen Sie vor allen Dingen Köpfe: kluge Köpfe, bestqualifizierte Köpfe.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Köpfe, die Sie haben, die gut qualifiziert sind, brauchen die beste Infrastruktur auf der Welt, damit sie ihre klugen Ideen möglichst schnell in hoher Qualität in Inventionen, in Erfindungen umsetzen können. Dann brauchen sie einen Kapitalmarkt, und sie brauchen ein Umfeld, damit sie diese Geschäftsidee skalieren können und an die Märkte führen können. Dafür brauchen sie möglichst wenig Bürokratie.

Daher setzen wir hier in Nordrhein-Westfalen unsere Entfesselungsinitiativen um, damit sie dann, wenn sie wachsen wollen, auch noch eine Gewerbefläche finden und sich hier auch entsprechend entwickeln

können – möglichst im Umfeld der Hochschulen. Denn da sind ja viele Wissensträger; da sind die klugen Köpfe, die wir neben der beruflichen Qualifizierung und der technischen Umsetzungsfähigkeit brauchen. Das ist entscheidend.

Deswegen arbeitet die NRW-Koalition seit viereinhalb Jahren daran, dass die Voraussetzungen dafür in Nordrhein-Westfalen, im Herzen Europas, die besten sind: durch beste Bildung, durch beste Forschung und Technologie, durch beste berufliche Bildung und durch beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Das ist die Voraussetzung für Innovationen. Daran arbeiten wir.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lieber Herr Rudolph, das war doch ein sehr abstrakter Beitrag: Der Mensch steht im Mittelpunkt. – Wenn der Mensch nicht im Mittelpunkt unserer Innovationspolitik stünde, dann wüsste ich nicht, welche Innovationspolitik das noch besser erreichen könnte. Denn wir sind doch hier nicht abgehoben im Elfenbeinturm unterwegs. Wir sind auch nicht ideologisch unterwegs.

(Frank Müller [SPD]: Der eine sagt so, der andere sagt so!)

Vielmehr machen wir Innovationspolitik für die Menschen und die Betriebe in diesem Land, und zwar ganz konkret.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir machen es entlang der ganz großen Megatrends.

Lieber Herr Bolte-Richter, ich habe hier nicht den Antrag von Fraktionen zu bewerten.

(René Schneider [SPD]: Dann lassen Sie es doch sein!)

Aber Sie bemängeln zu wenig Klimaschutz. Der Klimaschutz steht in den ersten Sätzen dieses Antrages von CDU und FDP zu Recht neben anderen als eine der großen Herausforderungen.

Diese großen Herausforderungen habe ich als Ihr Wirtschafts- und Innovationsminister aber schon 2017 angetroffen. Da wurde ich nämlich zusammen mit Karl-Josef Laumann von Siemens in Mülheim – da sind 4.000 Leute beschäftigt – eingeladen, die uns gesagt haben: Mit Blick auf das, was jetzt zum Klimaschutz kommt, sind wir hier nicht richtig aufgestellt. Auch unsere Konzernzentrale hat sich nicht so sehr darum gekümmert, ob wir nach vorne noch innovativ sind.

Dann war es unsere erste Amtshandlung, zu sagen: Dann machen wir jetzt mit dem Betriebsrat und mit der Geschäftsführung mal Innovationen bei Siemens in Mülheim. – Heute beschäftigt sich Siemens in Mülheim mit dem Bau von Elektrolyseuren. Sie haben zusammen mit Amprion das ARESS-Programm

aufgelegt, das entsprechend gefördert wird, damit sie die Stromnetze der Zukunft stabilisieren können. Auch viele andere Innovationen sind auf den Weg gebracht worden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das Gleiche gilt für andere Unternehmen. Wir haben das SPIN-Projekt gemacht, um neue Innovationsprojekte für die vorhandenen Industrien zu schaffen, damit sie sich transformieren können.

Da reichen die fünf Minuten Redezeit nicht. Ich bräuchte hier Stunden oder sogar Tage, um Ihnen das vorzutragen. Ich könnte Ihnen die einzelnen Personen nennen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Das, was wir hier machen, ist eine Politik nicht für die ideologischen Bücherschränke, sondern für die Menschen in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

damit sie in Zukunft hier auch noch Arbeit haben.

Ihre Forderungen bei diesen Debatten wie in den letzten Tagen sind doch wohlfeil: Hier soll kein Kies abgebaut werden. Da soll das nicht mehr abgebaut werden. – Wir hören von Ihnen nur, was nicht in Nordrhein-Westfalen gehen soll.

(Zuruf von der SPD: Jetzt regen Sie sich doch nicht auf!)

Aber was gehen soll, hören wir hier überhaupt nicht mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und darum kümmern wir uns mit unserer Innovationspolitik. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pinkwart. – Jetzt hat Herr Matheisen sich noch einmal für die FDP-Fraktion gemeldet.

**Rainer Matheisen (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich das, was Professor Rudolph eben gesagt hat, schon ziemlich erstaunlich finde – ganz abgesehen davon, dass Sie jetzt wieder wiederholt haben, dass Sie dann ab 15. Mai hier regieren und alles anders machen, was ich vorsichtig bezweifeln möchte.

(Christian Dahm [SPD]: Daran ist nichts falsch!)

Ich weiß gar nicht, mit wem Sie hier regieren wollen, wenn Sie uns weiterhin unter der Gürtellinie beschimpfen

(Lachen von der SPD – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

mit teilweise falschen Aussagen.

(Frank Müller [SPD]: Majestätsbeleidigung!)

Jetzt zu Ihrer anderen Aussage: Sie reden die ganze Zeit davon, Sie würden hier Innovationspolitik machen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

In der Datenbank des Landtags findet sich absolut gar nichts, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben. Sie haben hier überhaupt keine Initiative gestartet. Sie, Herr Professor Rudolph, und Ihre Fraktion interessieren sich überhaupt nicht für Innovationspolitik.

Genau deswegen spreche ich Ihnen hier jedwede Berechtigung ab, zu behaupten, dass wir mit der Innovationspolitik unserer erfolgreichen NRW-Koalition in irgendeiner Form hinten liegen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben in Ihrer Regierungszeit dem damaligen Wirtschaftsminister überhaupt keinen Raum gegeben, seine Initiativen auszubreiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir leben das. Wir setzen das hier um, und zwar sowohl die Regierung und der Wirtschaftsminister als auch die regierungstragenden Fraktionen.

Deswegen möchte ich Sie bitten, sich an dieser Stelle ein Stück zurückzunehmen und lieber einmal eigene Initiativen zu starten, statt immer nur die guten Initiativen der anderen zu zerreden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Matheisen.

Nun haben wir eine Abstimmung vor uns. CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt also dem Antrag Drucksache 17/16283 zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Grünen ist der **Antrag Drucksache 17/16283** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

## 6 Steuergelder versinken in sog. Umweltstiftungen – Stiftungsunwesen aus Zeiten der rot-grünen Landesregierung jetzt beenden!

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/16271

Die Aussprache ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion hat Herr Dr. Blex das Wort.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Ach, diese Scheißmaske hier noch. So, die Filtertüte weg. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Glück für die ökordikalen bessermenschlichen Anhänger der Eine-Welt-Ideologie bekommt der deutsche Normalbürger die Arbeit der meisten Öko- und Massenzuwanderungsstiftungen nicht mit. Das trifft auch auf die Landesstiftung Umwelt und Entwicklung zu.

Man muss diese Pseudo-Umweltstiftung einmal von innen gesehen haben, um zu erkennen, wie ideologisiert sie in Wirklichkeit ist. Ich habe seit Kurzem das äußerst zweifelhafte Vergnügen, zwischen diesen Menschen da zu sitzen.

(Frank Müller [SPD]: Sie müssen ja nicht hingehen! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es gibt drei starke Gründe, warum wir diese ...

(Lachen von der SPD und Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

– Ich verstehe, dass sich die SPD und Frau Heinen-Esser jetzt darüber lustig machen. Denn es ist Ihre Ideologie, die da transportiert wird.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Aber es gibt drei starke Gründe, warum wir diese linksideologische Spielwiese so schnell wie möglich beenden müssen:

Grund eins ist ein vollkommen ideologischer Vorstand. Dieser ist ein Sammelbecken für abgewählte und ausgediente Politiker. Sie bekommen ein neues Betätigungsfeld mit besonderer Funktion

(Zuruf von der SPD: Wie sind Sie denn da reingekommen? – Weitere Zurufe von der SPD)

wie der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring als neuer Vorsitzender des Stiftungsrates.

(Unruhe – Glocke)

– Danke schön. – Die Wahrheit schmerzt manchmal. Ich verstehe das.

(Frank Müller [SPD]: Och nee! Es ist eher die Stimme als die Wahrheit!)

Im Vorstand sitzen Vertreter giftgrüner Vorfeldorganisationen, welche selbst die größten Einzelempfänger von Fördergeldern sind. Stellvertreter ist Manfred Belle von Eine Welt Netz NRW. Ausgehend vom letzten veröffentlichten Jahresbericht erhielt sein Netzwerk – wohlgemerkt: er ist Stellvertreter – die höchste Einzelförderung von 309.165 Euro ohne konkrete Zweckbestimmung. Es erhielt nicht nur die größte Einzelzuwendung, die Stiftung finanziert auch

keinen Fördernehmer so umfangreich wie das Netzwerk von Herrn Belle, der stellvertretender Vorsitzender dieser Stiftung ist. Auch der NABU sitzt im Vorstand der Stiftung, und es vergeht kein Jahr, in dem dieser Öko-NGO kein Projekt finanziert wird.

Grund zwei sind intransparente Finanzen. In Zeiten der politisch herbeigeführten sogenannten Coronapandemie – Sie nennen es Coronakrise – gehen Firmen pleite, Menschen verlieren ihre Arbeit, und die Staatsverschuldung explodiert. Das Geld wird einfach gedruckt. Deshalb müssen wir einmal genauer hinsehen, was in der Umweltstiftung eigentlich passiert, nicht nur deshalb, weil es offensichtlich ein krisenfester Job ist, sondern weil Stiftungen eigentlich von den Erträgen ihres Stiftungskapitals leben sollten.

Nun ja, die EU-Politik bzw. die EZB-Politik macht dies aktuell ein bisschen schwierig. Aber diese Umweltstiftung lebt überhaupt nicht mehr von ihrem Eigenkapital. Sie ist ohne staatliche Dauerunterstützung nicht mehr überlebensfähig. Besonders brisant: Fast 90 % ihrer Einnahmen sind Zuweisungen aus dem Landeshaushalt. Das entspricht einem Umfang von 4,844 Millionen Euro.

Für die Projektförderung hat die Stiftung jedoch nur 85 % ausgegeben. Mit anderen Worten: Sie gibt anteilig weniger für Projekte aus, als sie vom Land an Zuweisungen erhält. Das heißt, alle – jedes einzelne Projekt dieser sogenannten Stiftung – sind per se Projekte des Landes. Die Umweltstiftung hängt in der Coronakrise am Tropf des Landes, spielt sich dann aber mit dem Geld der Steuerzahler nach außen als unabhängiger barmherziger Samariter auf. Alle Projekte müssten deutlich als durch das Land NRW – und nicht durch diese Pseudoumweltstiftung – gefördert gekennzeichnet werden. Das ist eine Form der Transparenz, die sich der Anständigkeit halber einfach gehört.

Grund drei sind absolut förderunwürdige Projekte. 2020 wurde das Projekt „Weltgarten 2021“ gefördert. Besucher sollten auf Entdeckungstour gehen und ihre Gedanken auf der „Utopien-Wand“ und der „Rassismusstation“ niederschreiben. Es werden Projekte gefördert, um auf die deutsche Schuld während der Kolonialzeit – ja, während der Kolonialzeit, vor über 100 Jahren – aufmerksam zu machen.

Migranten mit afrikanischen Wurzeln sollen in Workshops besonders fortgebildet werden – ich halte diese Beschränkung per se eigentlich schon für rassistisch –, um in Deutschland eine Multiplikatorenrolle zu übernehmen.

Dann sollen sogenannte „Transition Towns“ gefördert werden, damit die grünen Bessermenschen ihre kostenlosen E-Parkplätze bekommen. Oder es wird ein Projekt gefördert, bei dem die Frauenquote bei Energiewendeprojekten erhöht wird, um mehr Vielfalt für die Bürgerenergie zu gewinnen. Vielleicht sollen

in Zukunft auch die Großwindindustrieanlagen in Regenbogenfarben angemalt werden.

Die Liste der Kritik ist lang. Aber das Wichtigste daran ist: Die Stiftung wird ihrem eigenen Anspruch an Umweltbildung und Entwicklungshilfe selbst nicht gerecht. Kein Kind in Afrika bekommt aufgrund solcher Projekte etwas mehr zu essen, Zugang zu Bildung oder wird vor der Gewalt in seinem Heimatland geschützt.

Zum Schluss meiner Rede kann ich Ihnen nur sagen: Beenden Sie die herrschende Intransparenz und sorgen Sie dafür, dass die Ideologie hier eingeschränkt wird. Stimmen Sie mit Rationalität für uns und gegen die Ideologie. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Dr. Blex. – Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Dr. Nolten das Wort.

**Dr. Ralf Nolten (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD fordert die Einstellung der Zuschüsse an die Stiftung Umwelt und Entwicklung und damit deren Aus – Revolution statt Reform –, ohne selbst einen erkennbaren Anlauf zur Änderung der Zielsetzung, der Fördergrundsätze und Vergaberichtlinien unternommen zu haben.

In jeder Stiftung gibt es einen – wie auch immer genannten – Stiftungsrat. Der Stiftungsrat der SUE mit politischen Vertretern aller Fraktionen dieses Hauses hat nach § 8 Abs. 1 über die Grundsätze der Arbeit der Stiftung zu entscheiden. Er übt also eine Aufsichtsfunktion aus und bestimmt die Grundlinien der Stiftungsarbeit. Hier kann sich Herr Dr. Blex für die AfD einbringen, wenn er denn will.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Er kann in ein demokratisches Prozedere des Meinungsaustausches mit den übrigen Mitgliedern treten

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das lohnt sich nicht!)

und für inhaltliche Positionen nach Mehrheiten suchen.

Es gibt sicherlich Ansatzpunkte zur Kritik. Soll man Vereinen und Verbänden Geld für Organisationsentwicklungsprojekte geben, wenn eine neue Geschäftsführung benötigt wird? Oder ist nicht ein Angebot von Gruppenschulungen für betroffene Vereine und Organisationen sinnvoller? Brauche ich Sperrfristen und andere Beschränkungen, damit nicht Anzahl und Umfang der Förderungen einzelner Einrichtungen womöglich geeignet sind, die Frage nach einer quasi institutionellen Förderung zu stellen? Über eine stärkere Kommunikation, wie sie jetzt auch angegangen wird, hinaus wäre eine größere, eine



wachsende Breite der inhaltlich im Zielfeld Tätigen als Empfängerkreis von Zuwendungen wünschenswert.

Wie gesagt, eine kritische Begleitung ist immer gewünscht und möglich, auch für den AfD-Vertreter im Stiftungsrat.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die vielen ehrenamtlichen Gruppierungen dürfen aber auch im Umweltbereich und in der lokalen Entwicklungszusammenarbeit Unterstützung erfahren, so, wie es der Stiftungszweck in § 2 Abs. 1 formuliert: Die Stiftung Umwelt und Entwicklung „soll die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner und von Gruppen zur Mitarbeit an dieser Aufgabe wecken und fördern“.

Think global, act local – das hat in Zeiten der Globalisierung und des Klimawandels seine Berechtigung, ohne dass es hierzu eines Impulses durch eine Coronapandemie bedarf. Wenn Vereine und Organisationen in NRW Kernthemen deutscher Entwicklungszusammenarbeit wie Empowerment und Partizipation aufgreifen, die ganz erheblich auf das Ziel „Good Governance“ einzahlen, leisten sie ohne Zweifel einen förderfähigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Solange diese Wege der Veränderung von innen heraus aber nicht konsequent gegangen sind – an den entsprechenden Hinweisen lässt es der Antrag ebenso wie der Vorredner wirklich missen –, verbietet sich die Forderung nach der Einstellung der Zuwendungen an die Stiftung. Wer Revolution statt Reform, wer den Bruch und nicht die Veränderung will, sollte zumindest seine wahren Beweggründe, sein ideelles Fundament offenlegen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Mehrheitsfähig würde er damit gleichwohl vermutlich nicht. Wir werden dem Antrag jedenfalls nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Noltén. – Nun spricht Herr Schneider für die SPD-Fraktion.

**René Schneider** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorhaltungen im Antrag sind unbegründet. Der Antrag ist ideologisch motiviert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt ihn deshalb ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schneider. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Diekhoff.

**Markus Diekhoff**<sup>\*)</sup> (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern hat die AfD-Fraktion zwar versucht, uns zu verkaufen, sie stehe nicht für Ausgrenzung, habe Verständnis für die Judenpolitik oder kämpfe auch gegen Antisemitismus.

Der Kollege Deutsch hat gestern sehr schön dargestellt, wo trotzdem das Problem bei der AfD liegt, nämlich darin, dass Sie ständig die Grundlage dafür schaffen. Als ich diesen Antrag gelesen habe, sah ich, dass darin eigentlich nur steht, dass irgendjemand das Wort „Flüchtling“ bei der Arbeit dieser Stiftung gefunden hat und sie deswegen dringend abgeschafft werden müsse.

Das ist natürlich Quatsch. Deswegen schließe ich mich meinem Vorredner an: Wir lehnen ab. – Danke.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Frau Düker spricht nun für Bündnis 90/Die Grünen.

**Monika Düker** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte es eigentlich nicht so kurz machen, weil ich glaube, für die AfD ist noch nicht alles verloren.

(Heiterkeit von der SPD und Henning Höne [FDP])

Vielleicht kann man hier noch ein bisschen Aufklärungsarbeit leisten; man muss ja immer von der Einsichtsfähigkeit ausgehen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Deswegen habe ich mir vorgenommen, hier doch noch einmal aus der Satzung zu zitieren. In der Satzung heißt es:

„Die Fördertätigkeit der Stiftung ist von dem übergeordneten Gedanken getragen, die Anliegen von Umwelt und Entwicklung im Sinne der Agenda 21 und des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu stärken.“

Agenda 21, Herr Blex, ist die Vereinigung von Umwelt und Entwicklungsinteressen. Daher ist es auch nur logisch: Satzungskonform fördert die Stiftung eben auch Projekte im Bereich Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von nachhaltiger Entwicklung. Das ist eben nicht alleinige Auf-

gabe des Bundes, wie Sie hier feststellen, sondern das ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen.

Wenn man sich die Satzung durchliest und sich dann die konkreten Projekte anguckt, dann stellt man fest, dass diese Stiftung das macht, was in der Satzung steht, und das ist aus unserer Sicht auch gut so.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie wollen jetzt – das ist die Hauptforderung – alle staatliche Förderung streichen. Die Hauptbegründung in Ihrem kruden Weltbild ist, dass diese satzungsgemäße Arbeit, die ich gerade vorgetragen habe – Achtung –, nicht dem Gemeinwohl diene und im Interesse des Landes sei, dass man damit – Zitat – „ökoideologische Maßnahmen“ durchsetzen wolle.

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, derartige Diffamierungen und Schmähungen gegenüber der Arbeit der Stiftung sind komplett haltlos, und ich finde sie auch unerträglich

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

angesichts der Arbeit, die dort gefördert und finanziert wird. Für uns ist jeder Euro gut investiert, hat einen sehr hohen gesellschaftlichen Mehrwert. Ich möchte mich ausdrücklich für meine Fraktion bei der Stiftung und bei allen, die dort arbeiten, bedanken für ihre wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl im Interesse des Landes NRW. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Düker. – Jetzt hat das Wort Frau Ministerin Heinen-Esser.

**Ursula Heinen-Esser,** Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wie ich es formulieren soll; Frau Düker hat es schon sehr gut formuliert. Aber ich finde, man muss noch einmal klar sagen: Dieser Antrag ist echt eine Unverschämtheit.

Er ist deshalb eine Unverschämtheit, weil er ein Schlag ins Gesicht all derjenigen Menschen ist, die sich in unserem Land ehrenamtlich engagieren für Fragen des Naturschutzes, des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit, der Entwicklung. Denen sagen Sie, sie seien Ökoideologen und machten nichts, was wertvoll für die Gesellschaft sei.

Dieser Antrag, den Sie hier formuliert haben, Herr Dr. Blex, ist nicht wertvoll für unsere Gesellschaft, nicht wertvoll für unser Parlament. Er ist wirklich eine bodenlose Frechheit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Die Stiftung ist seit 20 Jahren den Bürgerinnen und Bürger unseres Landes eine verlässliche Partnerin. Sie ist der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Der Ökoideologie!)

Wir unterstützen sie dabei. Sie trägt mit ihrer Arbeit zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, des Pariser Klimaschutzabkommens bei.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Ich weiß: Das alles verleugnen Sie.

Die Stiftung hat seit ihrem Bestehen 1.650 Projekte von

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das Land NRW!)

640 unterschiedlichen Organisationen aus allen Teilen des Landes gefördert. Denen sagen Sie, ihre Arbeit ist nichts wert, das ist alles Unsinn.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ja!)

Ich finde, dafür müssten Sie sich entschuldigen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Sie behaupten, Sie sitzen im Stiftungsrat. – Ja, das tun Sie. Im Übrigen saßen sie nicht dazwischen, weil die Sitzungen virtuell stattgefunden haben, sondern Sie saßen wahrscheinlich irgendwo vor Ihrem Laptop,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Nein, ein Desktoprechner! Ein Desktop war das, kein Laptop!)

und Sie sitzen die ganze Zeit ... Sie sind die einzige Fraktion, die nicht auf uns zukommt und mit uns über die Projekte spricht.

(Zuruf Dr. Christian Blex [AfD])

In allen Fraktionen gibt es Gespräche über das eine oder andere Projekt. Da wird auch gerne auch mal, Herr Dr. Nolten, das eine oder andere Projekt kritisch begleitet.

Aber Ihre Fraktion interessiert sich nicht dafür und fordert gleich mal die Abschaffung. Das ist ein ganz seltsames Politikverständnis, das Sie hier an den Tag legen.

Ich möchte Sie wirklich bitten, diesen Antrag abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, Grüne und FDP

stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16271** mit großer Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Ich rufe auf

**7 Abgabe eines Zwischenberichts des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V (Hochwasserkatastrophe) gemäß § 24 Absatz 5 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen (UAG NRW)**

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16280 – Neudruck

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16321 – Neudruck

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/16401

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Schnelle das Wort. – Bitte schön.

**Thomas Schnelle** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer des letzten Jahres erlebte unser Land die bislang schwerste und folgenreichste Flutkatastrophe. Es kamen 49 Menschen ums Leben, viele wurden verletzt, Eigentum in Milliardenhöhe vernichtet.

Der Landtag hat im Nachgang zur Katastrophe am 9. September 2021 den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V zur Hochwasserkatastrophe eingerichtet.

Wir sind es den Menschen in den betroffenen Gebieten und den Angehörigen der Opfer schuldig, dass wir die Geschehnisse und das Handeln der Behörden in der Katastrophe aufarbeiten, dies insbesondere mit der Zielrichtung, für zukünftige Katastrophen besser gerüstet zu sein.

Der Untersuchungsausschuss hat sich am 8. Oktober letzten Jahres konstituiert und damit seine Arbeit begonnen. Am heutigen Nachmittag bis wahrscheinlich wieder spät in die Nacht werden wir die 11. Ausschusssitzung abhalten.

An zwei Tagen wurden die betroffenen Orte Stolberg, Ertfstadt-Blessem und Bad Münstereifel besucht. Es wurden bislang 20 Zeugen bzw. Sachverständige angehört.

Durch die Landesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden wurden mit Stand von gestern 252 Gigabyte an Akten zur Verfügung gestellt – mehr als zwei Millionen Blatt Papier. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei nicht um überwiegend strukturierte Ermittlungsakten handelt, die sonst in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Verfügung stehen.

Es ist enorme Arbeit geleistet worden gerade von denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Abteilungen mit der Flut, den Folgen und den Schlüssen daraus beschäftigt waren und sind.

Für die kommende Zeit sind bereits wöchentliche Sitzungen anberaumt. Die Schlagzahl der Sitzungen ist hoch, ebenso deren Dauer. Das zeigt den Aufklärungswillen und die Aufklärungsbereitschaft aller.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der Landtagsverwaltung für ihren großen Einsatz bis spät in die Nacht danken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir fokussieren uns in unserem Antrag auf einen Zwischenbericht. Dieser Bericht umso wichtiger, als wir kurz vor Ende der Legislatur stehen und damit zumindest soweit möglich die gewonnenen Erkenntnisse in einen Bericht einfließen lassen, der vom Plenum beschlossen werden kann.

Mit dem Zeitplan, der dieser Bericht für unsere Ausschussarbeit bedeutet, haben sich alle Fraktionen im Ausschuss einverstanden erklärt.

Seit 11:49 Uhr kennen wir nun einen neuen Entschließungsantrag von SPD und Grünen.

(Christian Dahm [SPD]: Was?)

Dazu einige Anmerkungen: Die Landesregierung hat in dieser Woche bis heute Vollständigkeitserklärungen und Erklärungen über die Schwärzungen vorgelegt. Hier geht der Antrag von falschen Voraussetzungen aus.

Frau Ministerin Heinen-Esser hat schon vor ihrer über die Presse verteilten Aufforderung angeboten, heute dem Ausschuss über die Aktenlage aus ihrem Ministerium zu berichten.

Zu Ihren Beschlusspunkten: Punkt 1 – zum Zwischenbericht – tragen wir natürlich mit.

Punkt 2: Beweisaufnahme über den Zwischenbericht hinaus ist längst mit Terminierungen bis zum 6. Mai dieses Jahres beschlossen.

Punkt 3 lehnen wir ab. Aus der Erfahrung des PUAs „Amri“ in der letzten Legislaturperiode wissen wir, dass ein eventuell weiterer Zwischenbericht ohne Beteiligung des Parlaments keine Bewandnis mehr hat und die Verwaltung nur in weitere Arbeit bindet, die dringend für die weiteren Vernehmungen und die Organisation benötigt wird.

Der damalige Zwischenbericht war eine Aufzählung von Sitzungen, Zeugen und Beweisanträgen ohne inhaltlichen Mehrwert und wurde nach der Landtagswahl veröffentlicht.

Zu Punkt 4 sei gesagt: Es gibt keine Blockadehaltung oder Verzögerungstaktik der Landesregierung.

Ich bitte die anderen Parteien daher um Zustimmung zu unserem Antrag unter Berücksichtigung des vorgelegten Änderungsantrags. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Schnelle. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Herr Kämmerling das Wort.

**Stefan Kämmerling (SPD):** Danke schön. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zehntausende Menschen sind in diesem Land persönlich vom Hochwasser im Juli 2021 betroffen. 49 von ihnen ließen ihr Leben. Im Raum steht die Frage, warum geschehen konnte, was geschehen ist. Um darauf Antworten zu finden, wurde der Untersuchungsausschuss „Hochwasserkatastrophe“ eingesetzt.

Dieser Untersuchungsausschuss kann nicht das entstandene Leid lindern. Durch eine umfassende Aufklärung kann er jedoch sehr wohl künftigem Leid vorbeugen. Das ist die Aufgabe der Koalition, und das ist die Aufgabe der Opposition.

Die kurze Zeit, die diesem PUA beschieden ist, muss effizient genutzt werden. Hätte früher gewarnt werden können? Kann man künftig früher warnen? Hätten so viele ihr Leben lassen müssen? Kann man das künftig verhindern? – Das sind enorm wichtige Fragen. Darum fasst mich persönlich auch ganz ordentlich an, dass die Landesregierung nach Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses bis heute immer noch nicht alle erforderlichen Akten geliefert hat.

(Christian Dahm [SPD]: Ach guck!)

Die Landesregierung hat sogar eine neue Definition für das Wort „Vollständigkeitserklärung“ erfunden. „Vollständig“ bedeutet jetzt nicht mehr vollständig, sondern „vollständig“ bedeutet jetzt: Es kann sein, dass die Landesregierung noch etwas findet. Es kann sein, dass sie noch etwas freigibt. Es kann sein, dass sie noch etwas liefert. Dann schickt sie das dem Parlament noch, vielleicht aber auch nicht.

Meine Damen und Herren, der Umgang der Exekutive mit diesem Untersuchungsausschuss ist einmalig, ist nie dagewesen, ist beispiellos und ist absurd.

(Beifall von der SPD und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Daran ändert auch nichts, dass der Chef der Staatskanzlei nach fünf Monaten noch einen Koffer voller Akten gefunden hat und diese Akten dem Landtag vor zwei Tagen doch noch zur Verfügung gestellt hat. Diese Landesregierung zelebriert Wortklaubereien und erschwert dadurch die Aufklärungsarbeit in einer nicht akzeptablen Art und Weise.

(Beifall von der SPD und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Trotz dieser Widrigkeiten konnten wir in den letzten Monaten erste wichtige Erkenntnisse über die Flutkatastrophe gewinnen. Diese beantworten Fragen nach der Möglichkeit frühzeitiger Warnungen und nach der meteorologischen Vorhersehbarkeit des Ereignisses im Juli des vergangenen Jahres.

Wir unterstützen das Anliegen nach Zwischenberichten, damit dem Parlament und der Öffentlichkeit die Antworten gegeben werden, die wir alle gemeinsam hier in diesem Haus schuldig sind. Aber, meine Damen und Herren, wir unterstützen das ganz bestimmt nicht auf diese Art und Weise, wie das jetzt angegangen wird. Das ist auch der Grund dafür, warum Ihnen von unserer Seite aus ein Entschließungsantrag zugegangen ist.

Weil ich persönlich jetzt schlicht und ergreifend von den Tricks und von den Verzögerungsstrategien der Landesregierung und der CDU genug habe – ich nenne hier gut überlegt und wohlbedacht nicht die FDP, denn die Kolleginnen und Kollegen dort machen erkennbar nicht alle Verhinderungsvolten mit –, will ich für die Öffentlichkeit transparent machen, was sich hinter diesem Tagesordnungspunkt hier am Freitagnachmittag in Wahrheit verbirgt.

Die Koalition fragt vor 14 Tagen bei der SPD an, ob diese mit einem Zwischenbericht einverstanden sei. Beschlossen werden sollte dieser im Februar. Weil das Ziel gut und richtig ist, sagt die SPD Ja. Kurz darauf teilt die Koalition mit, dass das jetzt doch im Januar beschlossen werden müsse. Die SPD stimmt wieder zu, wobei sie will, dass Erkenntnisse, die deshalb noch gewonnen werden, weil zum Beispiel die Landesregierung die Akten so zögerlich herausgibt, auch veröffentlicht werden. Die Koalition stimmt dem zu.

Eine Woche später meldet sich die Koalition wieder bei der SPD. Jetzt soll mit einem Zwischenbericht doch Schluss sein, und von allem danach soll die Öffentlichkeit nichts mehr erfahren.

(Zuruf von der CDU)

Begründung: Doch noch einmal Bericht erstatten zu wollen, sei ein Redaktionsversehen gewesen. An diesem Punkt bin ich persönlich ausgestiegen, meine Damen und Herren. Das mache ich nicht mit, und das macht auch meine Fraktion nicht mit, wofür ich ihr dankbar bin.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haus werden alle bis zum Schluss der Wahlperiode entlohnt und bezahlt.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Dann können gefälligst aber auch alle bis zum Schluss arbeiten.

(Thomas Schnelle [CDU]: Und nicht nur Herr Kämmerling!)

Was wir erarbeiten, wird transparent gemacht werden. Das erwarten die Betroffenen, meine Damen und Herren, und diese Erwartung wird zumindest die SPD erfüllen – ob mit oder ohne die Koalition ist mir an dieser Stelle mittlerweile herzlich egal. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kämmerling. – Nun hat Herr Kollege Dr. Pfeil für die FDP das Wort.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der Landtag NRW hat in seiner Sitzung am 9. September 2021 den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V „Hochwasserkatastrophe“ eingesetzt. Der Landtag hat auch entschieden, dass bei Vorliegen eines allgemeinen öffentlichen Interesses ein Schlussbericht erfolgen soll.

Wenn kein Schlussbericht vorgelegt werden kann, soll ein Zwischenbericht oder ein Teilbericht erfolgen. Das ist der Sinn des Antrags, den wir als Koalitionsfraktionen heute hier eingebracht haben, weil uns allen klar ist, dass vor Ablauf der Wahlperiode kein Schlussbericht erstellt werden kann und es im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt, einen Zwischenbericht vorzulegen. Nach § 24 Abs. 5 des Untersuchungsausschussgesetzes bedarf es für die Vorlage eines solchen Zwischenberichts durch den Untersuchungsausschuss eines Landtagsbeschlusses. So weit, so gut.

Dann kommen Störfeuer. Diese Störfeuer gibt es bereits seit Beginn des Untersuchungsausschusses mit der Begründung, die Unterlagen seien nicht vollständig, und es seien Schwärzungen vorgenommen worden, die nicht erklärt seien.

Ich gebe dem Kollegen Kämmerling recht: Die Unterlagen sind nicht vollständig, und es sind Schwärzungen vorgenommen worden.

(Christian Dahm [SPD]: Aha! Oh!)

Es stellt sich jedoch die Frage, ob das unsere Arbeit behindert.

(Thomas Schnelle [CDU]: Nein!)

Behindert das die Erstellung eines Zwischenberichts? Behindert das die weitere Aufklärung, was wir im BHKG und im Katastrophenschutz ändern müssen? Denn gestern haben die Koalitionsfraktionen mit Zustimmung der Grünen einen Antrag für ein Update des Katastrophenschutzes hier eingebracht und mit Mehrheit verabschiedet.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Gab es Fehler der Landesregierung? – Dazu frage ich: Welcher Landesregierung? – Gab es Fehler der jetzt amtierenden Landesregierung oder der Landesregierung, die im Jahr 2015 für das neue BHKG verantwortlich war?

Ein Krisenstab wurde unstreitig nicht einberufen. Den Grund dafür kennen wir seit der vorletzten Sitzung des Untersuchungsausschusses. Es gibt verfassungsrechtliche Probleme, ihn überhaupt einsetzen zu können, weil wesentliche Grundlagen dafür im Gesetz nicht geregelt sind.

Ein Echtzeitlagebild gab und gibt es bis heute nicht in NRW. Das gab es durch das BHKG auch seit 2015 nicht.

Es fehlen Szenarien und Katastrophenschutzbedarfspläne, die in der Anhörung im Jahr 2015 gefordert, aber nicht umgesetzt, nicht ins Gesetz geschrieben wurden.

Es fehlt eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Meteorologen, Hydrologen, Geografen und damit praktisch von allen Professionen. Das wissen wir. Das wusste man auch schon 2015, aber man hat daran nichts geändert.

Bei der Frage, inwieweit das BHKG eine ausreichende Grundlage ist, um im Katastrophenschutz aktiv zu handeln, sind wir mittlerweile auch schlauer.

Der Sinn und der Zweck der Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses ist es, Fehler festzustellen. Wir wissen, dass Fehler passiert sind. Wir wissen nur nicht, ob diese Fehler alleine auf dem Gesetzestext des BHKG oder auf Umsetzungsfehlern gründen, die im Sommer 2021 erfolgt sind.

Unstreitig wissen wir aber auch, dass die Ergebnisse des Deutschen Wetterdienstes überall hingeliefert wurden, und zwar dorthin, wo sie hinsollten, nämlich zu den Kreisen.

Den Katastrophenschutz weiter zu stärken und neu auszurichten, ist der Sinn unseres Antrags, der gestern verabschiedet wurde. Jetzt wollen wir einen Zwischenbericht, was uns aber nicht daran hindert, selbst in einer neuen Legislaturperiode hier weiterzuarbeiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr Entschließungsantrag fordert vier Punkte.

Der erste ist, dass der Zwischenbericht vorgelegt wird. Ja, der Zwischenbericht wird vorgelegt. Das wollen wir auch.

Der zweite ist, dass wir jeden Tag nutzen, um die Beweisaufnahme weiter durchzuführen. Auch das tun wir.

Wir nutzen jeden Tag, der möglich ist, und wir nehmen auch Rücksicht auf die Mitarbeiter, wie Sie selbst fordern. Zu kurzfristige Termine erschweren die Arbeit oftmals. Bis 2 Uhr, 3 Uhr nachts zu arbeiten, ist auch für die Mitarbeiter eine Anstrengung.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Eine Änderung des PUA-Gesetzes ermöglicht unter Umständen auch, die Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses in die nächste Wahlperiode zu ziehen, sodass ich an Ihrem Entschließungsantrag nichts finde, was uns dazu bewegen sollte, dem zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Dr. Pfeil. – Jetzt spricht für die Grünen Herr Rimmel.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Pfeil, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie hier in aller Offenheit dargelegt haben, worum es eigentlich geht. Der Kollege Schnelle hat es verklausuliert und in formale Formeln gegossen. Sie haben dargelegt, um was es geht.

Sie haben meines Erachtens an zwei Stellen die Wahrheit gesagt. Das ist möglicherweise legal, aber nicht legitim. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz klar.

Sie haben zum einen eine Bewertung der Ausschussarbeit vorweggenommen, indem Sie bestimmte Erkenntnisse, die Sie gewonnen haben, politisch eingeordnet haben. Wir alle dürfen das eigentlich nicht, so sagt es das Untersuchungsausschussgesetz. Sie haben es heute hier getan.

Zum Zweiten haben Sie den Untersuchungsauftrag infrage gestellt, indem Sie gefragt haben: Ist das überhaupt der richtige Auftrag? Müssen wir nicht auch Fehler der Vergangenheit mitbetrachten?

(Rainer Deppe [CDU]: Das wollen Sie ja nicht! – Christian Dahm [SPD]: Steht doch gar nicht im Beschluss!)

– Ja, darüber können wir gern diskutieren. Der Ort, das zu tun, wäre hier.

Der Untersuchungsauftrag ist ein anderer. Der Untersuchungsauftrag ist begrenzt auf einen engen Zeitraum.

(Rainer Deppe [CDU]: Warum wohl?)

In diesem engen Zeitraum soll untersucht werden: Was hätte anders gemacht werden können, müs-

sen? Was ist für die Zukunft zu lernen? Aber auch: Was ist die Verantwortung der in diesem Land Regierenden? – Das ist genau das, was Sie nicht klären wollen. Deshalb stellen Sie heute hier diesen Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Deshalb nehmen Sie die Beweiswürdigung vorweg. Deshalb wollen Sie den Untersuchungsauftrag auch auf anderes erweitern.

(Zuruf von der CDU: Eine Unterstellung!)

Sie wollen den Auftrag des Parlaments, das Minderheitenrecht nicht wahrnehmen. Sie beschädigen das Minderheitenrecht. Genau deshalb stellen Sie diesen Antrag heute hier.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Unsinn! – Henning Höne [FDP]: Was ist hier los? Von Leuten, die ... brauche ich keine Nachhilfe!)

Das ist der eigentliche ...

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP – Glocke)

– Warum regen Sie sich denn hier so auf?

(Henning Höne [FDP]: Sie verstoßen jeden Tag ... – Zurufe von der CDU)

Sie haben am Anfang auf die Glaubwürdigkeit der SPD gesetzt. Mit diesem Änderungsantrag haben Sie sie hinten rumgehoben. Die SPD war gutgläubig, aber Sie haben sie hinten rumgehoben. Das ist das, was heute hier passiert.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Glocke – Henning Höne [FDP]: Sie sind noch nicht mal Gesprächsbereit!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie Ihr Anliegen ernst nehmen, den Parlamentsauftrag zu erfüllen, dann ermöglichen Sie einen Zwischenbericht einschließlich Wertung. Das wollen Sie aber nicht. Genau das wollen Sie verhindern.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Insofern ist das ein gutes Zusammenspiel in Ihrem Sinn. Die Landesregierung verhindert zeitlich durch die Aktenlieferung den einen Teil,

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Kein Mensch verhindert was!)

und Sie erledigen mit dem Zwischenbericht kurz vor Ende der Legislaturperiode den anderen Teil.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Quatsch! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unterstellungen!)

Also, Operation gelungen! Wir diskutieren hier nicht mehr über die politische Verantwortung der Landesregierung.

Aber ich sage Ihnen auch: Wenn das heute angenommen wird, ist das zwar legal, aber es nicht legitim. Wir werden alle Mittel nutzen, diese Illegitimität zu durchbrechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Remmel. – Nun spricht Herr Keith für die AfD-Fraktion.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU] – Henning Höne [FDP]: Herr Remmel, Sie laufen doch ständig raus aus dem PUA! – Nadja Lüders [SPD]: Sie sitzen gar nicht drin! – Glocke – Henning Höne [FDP]: Ich kann das alles in der Presse nachlesen! Dafür sorgen ja gewisse Leute!)

So, Herr Kollege Keith. Sie haben das Wort.

**Andreas Keith (AfD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Pfeil, es ist schon ein starkes Stück, dass Sie eben die Mitarbeiter mit ins Boot genommen haben. Ich habe damals einen Antrag gestellt, dass wir um halb zwei vielleicht mal darüber nachdenken könnten, die Sitzung zu unterbrechen bzw. abubrechen, weil es nicht verantwortlich ist, Mitarbeiter über zehn Stunden hier im Landtag zu beschäftigen, ohne gewährleisten zu können, dass entsprechende Pausen eingehalten werden. Das habe ich gemacht. Sie haben übrigens nicht zugestimmt, aber sei's drum.

Die schrecklichen Bilder der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 haben sich uns ins Gedächtnis gebrannt: meterhohe Sturzfluten, Ortschaften unter Wasser, zerstörte Häuser, Schuttberge und Schlamm. Sechs Monate sind seitdem vergangen – sechs Monate, in denen viel geredet und noch mehr versprochen worden ist. Von schnellstmöglicher und unbürokratischer Hilfe war die Rede. Das war allerdings vor der Bundestagswahl.

Ende Januar 2022 ergibt sich ein trauriges Bild. Zahlreiche traumatisierte Helfer und Betroffene warten seit Monaten vergeblich auf Therapieplätze. Viele Flutopfer warten noch heute auf die versprochenen Auszahlungen der Hilfgelder. Die Bearbeitung der Anträge kommt nur schleppend voran. Schnell und unbürokratisch sieht anders aus.

Umso wichtiger ist, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zügig und seriös arbeitet. Ich nenne Ortsbesichtigungen in Stolberg, Bad Münterfeifel und Erftstadt-Blessem, wöchentliche Sitzungen bis tief in die Nacht, Zeugenvernehmungen wie am Fließband, weit über 2 Millionen Seiten an Aktenmaterial, die in nur wenigen Tagen gesichtet werden müssen, um sich auf die nächste Sitzung und die

nächsten Zeugen vorzubereiten. Ob die Posse um den Zwischenbericht, die nun seit zwei Tagen hier gespielt wird, dazu beiträgt, die Seriosität des Ausschusses zu steigern, darf wohl bezweifelt werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und dem Stenografischen Dienst bedanken, dass sie jede Woche im Akkord die Sitzungen organisieren und protokollieren.

(Beifall von der AfD)

In den acht Sitzungen der vergangenen zwei Monate haben wir insgesamt 19 Zeugen vernommen. Das ist nur machbar, wenn alle Parteien das gleiche Ziel verfolgen.

Aber machen wir uns nichts vor. Das Thema „Flutkatastrophe“ hat natürlich eine hohe Brisanz und eine ganz andere Dimension – so kurz vor der Landtagswahl.

Wenn im April der erste Zwischenbericht vorgelegt wird, soll es eigentlich darum gehen, die Menschen über den aktuellen Stand unserer Untersuchungen zu informieren und eine Art Arbeitsnachweis vorzulegen. Leider wird aber auf Kosten der Arbeitsfähigkeit des Ausschusses viel zu viel Zeit darauf verwendet, parteipolitisches Klein-Klein aufzuarbeiten.

Bis heute haben wir nur einen Bruchteil der Zeugen vernennen können. Viele Fragen sind bis dato offen geblieben. Aufgrund des Umfangs an Material war es gar nicht möglich, sich ein Gesamtbild über die Abläufe in den jeweiligen Ministerien, den nachgeordneten Behörden und sonstigen Stellen, die in den Tagen der Hochwasserkatastrophe in Verantwortung waren, zu verschaffen.

Bedauerlicherweise steht zu befürchten, dass die bisherigen Erkenntnisse für den politischen Schlagabtausch im Vorfeld der Landtagswahl weiter missbraucht werden. Das scheint leider traurige politische Praxis zu sein.

Nicht dass dies ein einmaliger Vorgang wäre – die damaligen Oppositionsparteien von CDU und FDP dürften bei der Wahl 2017 von den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses zum Fall „Amri“ profitiert haben, weil sie so das Thema „innere Sicherheit“ verstärkt spielen konnten. Damit riskiert man aber, dass bei den Betroffenen der schrecklichen Hochwasserkatastrophe der Eindruck entstehen könnte, die Politik instrumentalisieren den Untersuchungsausschuss für politische Geländegewinne. Das wäre nicht nur respektlos gegenüber den Opfern, das wäre schändlich.

Uns alle sollte einlenken, dass wir einen Beitrag zur lückenlosen Aufklärung leisten wollen. Nein, wir müssen einen lückenlosen Beitrag leisten. Das ist zwingend geboten. Auf keinen Fall darf das Arbeitstempo nach der Wahl zurückgefahren werden.

Wir hoffen daher aufrichtig, dass wir die Arbeit in der neuen Legislaturperiode zielgerichtet und effizient fortsetzen können. Ein fatales und katastrophales Zeichen an die Bürger wäre es, wenn der Untersuchungsausschuss nach der Vorlage des Zwischenberichts und insbesondere nach der Landtagswahl klammheimlich versanden würde.

Weiter aufzuklären und aus den gemachten Fehlern die Lehren und die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit eine so schreckliche Katastrophe nie wieder eintritt, das sind wir den Opfern und Hinterbliebenen schuldig. Ihnen gilt unsere Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Keith. – Nun spricht für die CDU-Fraktion noch einmal Herr Schnelle.

**Thomas Schnelle**<sup>1)</sup> (CDU): Herr Remmel, zunächst möchte ich für die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP mit aller Entschiedenheit zurückweisen, dass wir keinen Aufklärungswillen hätten oder diese Arbeiten nicht unterstützen wollten. Das ist eine bodenlose Frechheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Plenum hat aber gerade einen Eindruck vom Verhalten der Opposition in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bekommen. Meiner Meinung nach geht es nicht um Aufklärung, sondern um größtmögliche Inszenierung für den Wahlkampf.

Anstatt Dinge dort zu besprechen, wo sie hingehören, gehen Sie zuerst an die Presse. Sie nutzen Ihren Antrag heute dafür, um den Vorsitzenden öffentlich zu kritisieren. Unabhängig davon, ob dies berechtigt ist oder nicht – wir meinen, natürlich nicht –, ist so etwas ganz schlechter Stil.

(Lachen von der SPD)

Es passt aber zum bisherigen Auftreten der SPD in diesem PUA.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da werden Medienvertretern schon einmal Ergebnisse des PUA serviert, bevor er darüber überhaupt beraten hat. Die einen nennen das vorweggenommene Beweiswürdigung, ich nenne das eine freche Missachtung des PUA.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Da wird mit fadenscheinigen Gründen versucht, ein Gutachten zu verhindern, weil es eventuell nicht zu Ihrer Meinung passt.

(Ralf Jäger [SPD]: So etwas hätte die CDU nie getan!)

Sie haben die Coronapandemie angeführt und wollten deshalb zwei Ausschusstermine verschoben wissen, weil die Zeugenaussagen wahrscheinlich nicht zu Ihrem vorgefassten Urteil passen.

Ich sage Ihnen: Wir wollen eine schnelle Aufklärung im PUA. Dem werden wir gerecht. Das werden wir mit aller Deutlichkeit weiterverfolgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Nadja Lüders [SPD]: Das war jetzt die öffentliche Beweiswürdigung! – Christian Dahm [SPD]: So ist es!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schnelle. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt, erstens über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16321 – Neudruck. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/16321** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16280 – Neudruck. Wer stimmt diesen Antrag ab?

(Nadja Lüders [SPD]: Ab?)

– Wer stimmt dafür? Pardon, wir stimmen alle ab.

Wer ist dafür? – CDU und FDP stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Sehen wir nicht. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/16280** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ebenfalls **angenommen**.

Drittens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/16401. Wer stimmt diesem zu? – Die SPD-Fraktion sowie Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP stimmen dagegen. Damit haben sie eine Mehrheit, und der **Entschließungsantrag Drucksache 17/16401** ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Bleiben Sie alle gesund! Genießen Sie draußen ein bisschen das Wetter, es soll am Sonntag besser werden. – Vielen Dank.



Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:13 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht  
überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll  
so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.